

Humboldt-Universität zu Berlin

Philosophische Fakultät III
Institut für Sozialwissenschaften
Unter den Linden 6
10099 Berlin

Diplomarbeit

zum Thema:

Parteiidentifikation und Gerechtigkeitsideologien in Deutschland. Ein Ost-West-Vergleich.

eingereicht von:

Kalle Hauss

Immatrikulationsnummer: 120743

20. September 2002

Erstkorrektor: Prof. Dr. Bernd Wegener

EINLEITUNG	3
-------------------------	----------

**TEIL I: THEORETISCHER BEZUG: KLASSISCHE MODELLE
POLITISCHER KULTUR..... 7**

1. THEORIEN POLITISCHER KULTUR 8

1.1. ALLGEMEINES ZU POLITISCHER KULTUR	8
1.2. DER BEHAVIORALISTISCHE ANSATZ VON ALMOND UND VERBA. EINE STRUKTURFUNKTIONALISTISCHE SICHTWEISE.....	9
1.3. POLITISCHE KULTUR NACH FRANZ URBAN PAPPI	13
1.4. MARXISTISCHE THEORIEN POLITISCHER KULTUR UND DIE KRITIK AN ALMOND UND VERBA	16
1.5. PRAXIS- UND PROZESSCHARAKTER VON POLITISCHER SOZIO- UND DEUTUNGSKULTUR. DER KULTURELLE ANSATZ VON KARL ROHE	19
1.6. ANTHROPOLOGISCHER ZUGANG ZU POLITISCHER KULTUR	22
1.7. ZUSAMMENFASSUNG	28

**2. THEORIEN POLITISCHEN HANDELNS. DENKSCHULEN DER
EMPIRISCHEN WAHLFORSCHUNG..... 30**

2.1. MIKRO- UND MAKROSOZIOLOGISCHE ERKLÄRUNGSMODELLE DER COLUMBIA-SCHULE	30
2.1.1. <i>Politische Prädisposition durch soziale Beziehungen. Das Modell von Lazarsfeld und seinen Mitarbeitern</i>	31
2.1.2. <i>Die politische Relevanz historischer Konflikte. Der sozialhistorische Ansatz von Lipset und Rokkan</i>	32
2.2. DER SOZIALPSYCHOLOGISCHE ANSATZ DER MICHIGAN SCHULE	33
2.3. RATIONAL-CHOICE-MODELLE DER WAHLENTSCHEIDUNG	36
2.4. ZUSAMMENFASSUNG	39

**TEIL II: DESKRIPTIVER ZUGANG ZUR PROBLEMSTELLUNG:
POLITISCHE KULTUR IN OST- UND WESTDEUTSCHLAND 42**

**3. BESONDERHEITEN DER POLITISCHEN KULTUR IN DEUTSCHLAND
IN DEN 90ER JAHREN..... 43**

3.1. ZWEI GETRENNTE ELEKTORATE IN DEUTSCHLAND?.....	44
3.2. DIE SONDERROLLE DER PDS ALS PARTEI DER OSTDEUTSCHEN	47
3.3. BENACHTEILIGUNGSGEFÜHLE UND POLITISCHE UNTERSTÜTZUNG	49
3.4. SOZIALE GERECHTIGKEIT ALS NEUE KONFLIKTLINIE?.....	51
3.5. ABSCHLIEBENDE BEMERKUNGEN	54

TEIL III: EMPIRISCHE ANALYSE UND AUSWERTUNG DER ERGEBNISSE	57
4. EMPIRISCHE GERECHTIGKEITSFORSCHUNG ZWISCHEN POLITISCHER KULTUR UND KULTURTHEORIE	58
4.1. GRUNDLEGENDE BEGRIFFE IN DER SOZIOLOGISCH-EMPIRISCHEN GERECHTIGKEITSFORSCHUNG	58
4.2. ORDNUNGSBEZOGENE GERECHTIGKEITSURTEILE: GERECHTIGKEITSIDEOLOGIEN.....	59
4.3. ZUSAMMENFASSUNG	64
5. OPERATIONALISIERUNG DER VARIABLEN UND METHODISCHE DURCHFÜHRUNG.....	64
5.1. BESCHREIUNG DES DATENMATERIALS.....	65
5.2. BESCHREIBUNG DER VARIABLEN	66
5.3. OPERATIONALISIERUNG DER GERECHTIGKEITSIDEOLOGIETYPEN.....	70
5.3.1. <i>Die Grid-Group-Theorie Revisited</i>	70
5.3.2. <i>Messung der Gerechtigkeitsideologien</i>	73
5.3.3. <i>Orientierung gegenüber Gerechtigkeitsideologien. Die Bildung von Ideologietypen</i>	76
6. AUSWERTUNGEN UND ERGEBNISSE.....	79
6.1. DER ZUSAMMENHANG ZWISCHEN GERECHTIGKEITSIDEOLOGIEN UND PARTEIIDENTIFIKATION IN OST- UND WESTDEUTSCHLAND	79
6.2. KOMBINIERT VORSTELLUNGEN VON GERECHTIGKEIT. 81 TYPEN UND IHRE POLITISCHE RELEVANZ	85
6.2.1. <i>Anmerkung zur visuellen Darstellung</i>	85
6.2.2. <i>Darstellung der Gerechtigkeitsideologietypen in Ost- und Westdeutschland</i>	88
6.2.3. <i>Parteiidentifikation und kombinierte Gerechtigkeitsideologien. Ideologie-Profile der Parteien</i> .	93
6.3. ZUSAMMENFASSUNG DER ERGEBNISSE.....	108
7. AUSBLICKE	110
8. LITERATUR	113
9. ABBILDUNGSVERZEICHNIS.....	121
10. TABELLENVERZEICHNIS	122

Einleitung

Ziel der vorliegenden Arbeit ist es, Ergebnisse der empirischen Gerechtigkeitsforschung für die politische Kulturforschung in Deutschland nutzbar zu machen. Dabei beschränkt sich die Nutzbarkeit auf Aspekte der Wahlsoziologie, die in den letzten Jahren verstärkt versucht, die Unterschiedlichkeit der Wahlabsichten in Ost- und Westdeutschland zu erklären. Obgleich die Wahlforschung als eigenständige sozialwissenschaftliche Disziplin nicht als Bestandteil der politischen Kulturforschung begriffen wird (vgl. Pollack und Pickel 2000a), ist sie dennoch im Rahmen dieser Arbeit von Bedeutung, insofern, als *Vorstellungen von Gerechtigkeit* als Teil der politischen Kultur einer Gesellschaft verstanden werden können, die politische Handlungen beeinflussen und im Zusammenhang stehen mit der *Identifikation* mit politischen Parteien. Die *Parteiidentifikation* wird in der politikwissenschaftlichen, insbesondere aber in der modernen Wahlforschung, als psychologische Größe verstanden, die neben einer Reihe anderer Faktoren die Wahlabsicht determiniert (Falter, et al. 2000, Falter, et al. 1990, Roth 2000). Vor diesem Hintergrund soll in dieser Arbeit der Zusammenhang untersucht werden, der zwischen *Gerechtigkeitsideologien* - also spezifischen Auffassungen und Vorstellungen von Gerechtigkeit - und der Parteiidentifikation besteht. Somit wird es möglich, Aussagen über die Bedeutung von Gerechtigkeit für zukünftige Wahlforschungsansätze, und damit indirekt auch Aussagen über den Stellenwert von Gerechtigkeit innerhalb der politischen Kulturforschung zu treffen. Andererseits wird durch die Hervorhebung von Gerechtigkeit ein neuer Weg in der politischen Kulturforschung gegangen, der bisher wenig Beachtung findet. Insbesondere vor dem Hintergrund der Erklärungsnot, in der sich die Politikwissenschaft mit Bezug auf die zwei mittlerweile „getrennten Elektorate“ in Deutschlands befindet, kann die empirische Gerechtigkeitsforschung einen wichtigen Beitrag liefern.

Kaum an philosophisch-politischer Komplexität zu überbieten, wirft der Begriff *Gerechtigkeit* eine Vielzahl an Fragen auf, wobei liberale und kommunitaristische Positionen gleichermaßen in den letzten Jahren seinem eigentlichen Wesen auf der Spur waren. Die empirische Gerechtigkeitsforschung interessiert dabei vor allem die Frage, welche Gerechtigkeitsvorstellungen von Menschen tatsächlich vertreten werden. Sie untersucht gewissermaßen die empirische Existenz eines überwiegend von der Philosophie beherrschten Konstrukts, wobei ein interdisziplinäres Vorgehen gewählt wird. Die Suche nach dem empirischen Wesen von Gerechtigkeit brachte in den letzten Jahren Ergebnisse hervor, an die im Rahmen dieser Arbeit angeknüpft werden soll. Es kann gezeigt werden, dass innerhalb von Gesellschaften vier voneinander verschiedene Gerechtigkeitsideologien identifiziert werden

können: *Askriptivismus*, *Fatalismus*, *Individualismus* und *Egalitarismus*, denen jeweils unterschiedliche Auffassungen über die Regeln der Güterverteilung innerhalb der Gesellschaft zugrunde liegen. Damit verbunden ist nicht nur eine ideologisierte Sichtweise der Güterverteilung. Gleichzeitig kommt in den Gerechtigkeitsideologien eine Vorstellung zum Ausdruck, wie Gesellschaften geordnet sein sollen, damit gerechte Verhältnisse bestehen. Die durch Ordnungsvorstellungen determinierten Gerechtigkeitsideologien bilden die empirische Basis dieser Arbeit. Die Suche nach der politischen Relevanz von Gerechtigkeit ist im Rahmen dieser Arbeit also die Suche nach dem Zusammenhang zwischen Gerechtigkeitsideologien und der Parteiidentifikation.

Neben der empirischen Gerechtigkeitsforschung beschäftigt sich die politische Kulturforschung für die Wirkung und Existenz von Ideologien, die Gegenstand der Unterscheidung von Merkmalen zwischen Gesellschaften sein können. Einen besonderen Weg geht dabei der anthropologische Strang der Kulturforschung, der Anfang der 90er Jahre in Anlehnung an die *Grid-Group-Theorie* der amerikanischen Anthropologin Mary Douglas von der Existenz vier verschiedener Ideologien ausgeht.¹ Danach sind die vier Ideologien – oder auch die *ways of life: Hierarchist, Fatalist, Individualist und Egalitarian* – ein Produkt der wahrgenommenen sozialen Umwelt und der sozialen Beziehungen, die sie begleiten. Diese vier *ways of life* stehen im engen Zusammenhang mit den aus der empirischen Gerechtigkeitsforschung ermittelten vier Gerechtigkeitsideologien, die den gleichen theoretischen Annahmen entspringen.

In der früheren politischen Kulturforschung wird die Annahme vertreten, die vier *ways of life* seien konkurrierende Konstrukte, die sich gegenseitig ausschließen aber gerade in ihrer Konkurrenz zueinander ihre Existenz begründen. Mit anderen Worten: Vertritt ein Mensch eine bestimmte Ideologie, folgt daraus die gleichzeitige Ablehnung aller anderen Ideologien. Individuen sind somit Verfechter eines einzigen *way of life* (vgl. Thompson, et al. 1990).

Neuere Ansätze der politischen Kulturtheorie betonen die Möglichkeit, nach der Individuen Träger gleichzeitig mehrerer Ideologien sein können. Dabei wird davon ausgegangen, dass zwar die vier Lebensweisen untereinander konkurrieren, um somit ihre Existenz zu begründen. Allerdings kann daraus noch nicht der Schluss gezogen werden, dass dies auch auf der Ebene der Individuen der Fall ist. Vielmehr sei es denkbar, dass Individuen Orientierungen gegenüber den vier Lebensweisen entwickeln, die *Kombinationen* von

¹ Ursprünglich handelt es sich um fünf verschiedene Ideologien. An anderer Stelle wird genauer darauf eingegangen.

präferierten Lebensweisen ermöglichen (vgl. Olli 1999). Diese Vorstellung soll im Rahmen dieser Arbeit übernommen werden und auf die vier Gerechtigkeitsideologien übertragen werden. Vor dem Hintergrund der Vorstellung des Menschen als „Kombinierer“ von Gerechtigkeitsideologien, sollen bestimmte Kombinationen identifiziert werden, die in Zusammenhang gebracht werden mit der Identifikation mit einer politischen Partei². Somit wird es möglich spezifische *Typen* von Gerechtigkeitsideologien zu ermitteln, die die Identifikation mit einer bestimmten politischen Partei begünstigen oder eher unwahrscheinlich erscheinen lassen³. Vor dem Hintergrund der bestehenden Differenzen bezüglich politischer Einstellungen in Ost- und Westdeutschland entstehen Typen von Gerechtigkeitsvorstellungen, die als Bestandteil der jeweiligen politischen Kultur in Ost- und Westdeutschland zur Erklärung für unterschiedliches Wahlverhalten in Betracht gezogen werden können.

Die theoretische Verortung des Stellenwertes von Gerechtigkeit innerhalb der politischen Kulturforschung erfolgt in mehreren Schritten. Zunächst wird der Begriff der politischen Kultur anhand einiger in der klassischen politischen Kulturforschung diskutierten Theoriezweige erläutert. Im Vordergrund steht in diesem Abschnitt die Darstellung der Verschiedenartigkeit, mit der politische Kultur in den verschiedenen Disziplinen der politischen Theorie behandelt wird. Besondere Beachtung findet in diesem Zusammenhang der anthropologische Zugang zu politischer Kultur, da die im späteren Verlauf der Arbeit stattfindende Operationalisierung der Gerechtigkeitsideologien an diesen Theoriestrang anknüpft.

In einem zweiten Schritt werden die verschiedenen Denkschulen der empirischen Wahlforschung näher analysiert und diskutiert. Von besonderem Interesse ist hierbei die Verortung des Konstruktes der *Parteiidentifikation*, der zwar innerhalb der modernen Wahlforschung auch heute noch eine besondere Rolle zugesprochen wird, die aber keinesfalls die einzige Möglichkeit darstellt die Wahlabsicht von Menschen zu modellieren.

² Die Annahme Individuen seien Träger nicht nur einer dominanten Ideologie, sondern würden aufgrund eines „gespaltenen Bewusstseins“ (*Split-consciousness*) teilweise widersprüchliche Ideologien vertreten, wurde bereits in den 80er Jahren diskutiert (vgl. Kluegel und Smith 1986). Danach muss davon ausgegangen werden, dass ein und dieselbe Person gleichzeitig sich widersprechende Verteilungsmechanismen befürwortet, und in Gesellschaften deshalb immer mehrere Gerechtigkeitspräferenzen existieren vgl. hierzu auch (Liebig und Wegener 1995).

³ In gewisser Weise stellt diese Arbeit eine Erweiterung des Gedankens komplexer Gerechtigkeitspräferenzen dar, unterscheidet sich aber von den Arbeiten von Kluegel (1986) und Liebig & Wegener (1995) insofern, als nicht nach *primären* und *sekundären* Ideologien auf der gesellschaftlichen Ebene unterschieden wird (vgl. Liebig und Wegener 1995), sondern die Komplexität vorhandener Gerechtigkeitspräferenzen bei Individuen in Form von Typen untersucht wird, dessen Bildung im empirischen Teil der Arbeit behandelt wird. Die *Split-consciousness-Theorie* von Kluegel (1986) wird als gegeben vorausgesetzt.

Anschließend folgt die Untersuchung spezieller Aspekte der politischen Kultur in Deutschland in den 90er Jahren. Im Vordergrund steht die Frage, inwiefern in Deutschland tatsächlich von zwei getrennten Wählerschaften gesprochen werden kann und inwieweit sich politische Einstellungen in Ost- und Westdeutschland unterscheiden. Die Sonderrolle der PDS als Identifikationssymbol der Ostdeutschen wird vor dem Hintergrund spezifischer in Ostdeutschland wirkender Einstellungsmuster diskutiert. Des Weiteren soll die Frage erläutert werden, inwiefern das Thema soziale Gerechtigkeit eine neue Konfliktlinie darstellt, die mit Bezug auf die Untersuchung der politischen Kultur und der Wahlabsicht von Bürgern in Ost- und Westdeutschland berücksichtigt werden muss.

Der dritte Teil der Arbeit beinhaltet die empirische Behandlung der Frage, inwiefern Typen von Gerechtigkeitsideologien in Ost- und Westdeutschland identifiziert werden können, die zur Beschreibung der Parteiidentifikation herangezogen werden können. Nachdem zunächst das Datenmaterial und die relevanten Variablen beschrieben worden sind, folgt die Operationalisierung der Gerechtigkeitsideologien. Dabei wird auf die *Grid-Group-Theorie* zurückgegriffen, die als Bestandteil der anthropologischen politischen Kulturforschung für die Zwecke dieser Arbeit gedanklich erweitert wird.

Der Auswertung und Darstellung der Ergebnisse vorausgehend wird die Frage nach dem Zusammenhang zwischen Gerechtigkeitsideologien und Parteiidentifikation anhand logistischer Regressionen ermittelt. Ziel dabei ist es, vorab Aussagen über die Erklärungskraft und die Wirkungsrichtung der Ideologien für die Identifikation mit den ausgewählten Parteien CDU/CSU, SPD, Bündnis 90/GRÜNE und der PDS zu treffen und somit Unterschiede in Ost- und Westdeutschland zu ermitteln. Das Phänomen der Nichtidentifikation geht als Sonderfall der Parteiidentifikation in die Analyse ein.

Die anschließende Darstellung der Typen von Gerechtigkeitsideologien bildet den Schluss der Arbeit. Dabei werden zunächst die in Ost- und Westdeutschland vorkommenden Kombinationen von Gerechtigkeitsideologien (Typen) getrennt analysiert um Differenzen aufzuzeigen. Anschließend wird die Identifikation mit den zu untersuchenden Parteien als Grundlage für die Bildung von Subsamples herangezogen. Soweit möglich, wird hierbei das ost- und das westdeutsche Subsample getrennt betrachtet, um häufig vorkommende Kombinationen innerhalb der Parteisamples in beiden Landesteilen zu ermitteln. Mit einer anschließenden Diskussion der Ergebnisse und einer Darstellung zukünftiger Forschungsfragen schließt die Arbeit ab.

Teil I: Theoretischer Bezug: Klassische Modelle politischer Kultur

1. Theorien politischer Kultur

Im Laufe der Zeit entwickeln sich unterschiedliche Denkschulen innerhalb der politischen Kulturforschung, die teilweise als Kritik an vorhergegangenen Definitionen, oder aber als eigenständige Theorien in das Feld der politischen Kulturforschung eingehen. Im Folgenden werden einige Theoriestränge der klassischen politischen Kulturtheorie dargestellt.

1.1. Allgemeines zu politischer Kultur

Seit Anfang der 60er Jahre Gabriel A. Almond und Sidney Verba das Konzept der politischen Kultur erstmals empirisch beleuchten, gehört es zum Inventar politikwissenschaftlicher Forschung. Obgleich Überlegungen über Politik und Kultur schon seit Plato und Aristoteles Gegenstand intellektueller Auseinandersetzung sind, wird erst durch den Fortschritt in den Methoden der Sozialwissenschaften in den 60er Jahren, aber auch durch neue sozialpsychologische und anthropologische Ansätze, die Grundlage für eine moderne politische Kulturforschung gelegt. Im Laufe der Zeit entwickelt sich der Begriff der politischen Kultur weiter und wird zu einem der meistgebrauchten Begriffe in der Politikwissenschaft.

Historisch erwächst die moderne politische Kulturforschung aus der Kritik an den Vorstellungen der Aufklärung des 17. bis 19. Jahrhunderts. Von der Idee geprägt, der stetige Fortschritt der Wissenschaft und die fortschreitende Säkularisierung führen unausweichlich zu Wohlstand und zur Demokratisierung von Nationen, ist die anfängliche politische Kulturforschung eine psychologisch deterministische Vorstellung vom Menschen als kreativen Gestalter politischen Fortschritts. Die menschliche Natur sei gut und der Mensch wissensdurstig und strebsam, folglich können seinem Gedankengut entspringende politische Institutionen nicht schlecht sein. Die Idee der politischen Kultur des 17. bis 19. Jhd. ist das Produkt aus „man’s nature as an inalienable right-bearing creature, as a hedonic pain avoider and pleasure seeker, and as a creator, transmitter, and consumer of knowledge“ (Almond 1980:7). Die industrielle Revolution, die naturwissenschaftlichen Erfolge insbesondere der Evolutionstheorie, und die erfolgreichen politischen und sozialen Reformen in England nähren in der zweiten Hälfte des 19. Jhd. die Vorstellung, dem menschlichen Drang nach Fortschritt und Aufklärung folgt die politische Modernisierung, deren einzig mögliches Ziel die Demokratie ist (Almond 1980).

Obgleich schon Marx, später auch Vilfredo Pareto, Gaetano Mosca und Robert Michels die Idee des stetigen Fortschritts der politischen Organisation kritisieren und weniger

optimistische Aussichten hervorheben⁴, leitet der Zusammenbruch der Weimarer Demokratie und der Aufstieg des Nationalsozialismus einen Paradigmenwechsel in der politischen Kulturforschung ein (Berg-Schlosser und Schissler 1987a). Wenn der historische Trend nur Demokratien zulässt, beginnen sich Politikwissenschaftler jener Zeit zu fragen, wie können antidemokratische Entwicklungen in Deutschland und Italien erklärt werden? In den Nachkriegsjahren entstehen eine Reihe neuer Ansätze der politischen Kulturforschung, die grob in drei Orientierungen zusammengefasst werden können.

Die *behavioralistische* Schule, in dessen Tradition Almond und Verba in den 60er Jahren mit ihrem Werk *The Civic Culture* die amerikanische politische Kulturforschung revolutionieren, prägt die Politikwissenschaften nachhaltig, und ist noch heute aktuell. Eine zweite Denkschule – inspiriert durch orthodox-marxistische Schriften – interpretiert das Konzept der politischen Kultur in Abhängigkeit der herrschenden Produktionsverhältnisse. Raymond Williams prägt diesbezüglich 1977 das Konzept der „herrschenden Kultur“ und meint damit „ein zentrales System von Praktiken, Bedeutungen und Werten“ (Williams, 1977). Neuere kulturanthropologische Ansätze entstehen in den 70er Jahren um Mary Douglas und Pierre Bourdieu, die Symbole und deren Bedeutung in sozialen Kontexten als Bestandteil politischer Kultur verstehen (Berg-Schlosser und Rytlewski 1993). Inspiriert durch die amerikanische Anthropologin Mary Douglas erweitern Anfang der 90er Jahre Aron Wildavsky, Michael Thompson und Robert Ellis den kulturanthropologischen Strang und entwerfen eine politische Kulturforschung, die auf der Grundlage der Douglas'schen Grid-Group-Theorie politische Kultur als Produkt der wahrgenommenen sozialen Umwelt versteht.

1.2. Der behavioralistische Ansatz von Almond und Verba. Eine strukturfunktionalistische Sichtweise.

Die Entwicklungen sozialwissenschaftlicher Methoden in den 60er Jahren ermöglichen die gezielte Erfassung von politischen Einstellungen und Meinungen großer Teile der Bevölkerung. Profitierend von diesen Entwicklungen greifen Vertreter des behavioralistischen Ansatzes auf ein empirisch-positivistisches Vorgehen zurück und stellen dabei die Falsifizier- bzw. Verifizierbarkeit von Hypothesen bezüglich politischen Verhaltens in den Vordergrund (Falter 1982). Im Mittelpunkt des Interesses der behavioralistischen politischen

⁴ Nach Marx, der in der Tradition der Aufklärung steht, führt der stetige Fortschritt der Menschheit nicht zur Demokratie, sondern gezwungenermaßen zum Sozialismus, der gleichzeitig die notwendige Antwort auf die kapitalistische Ausbeutung der Arbeitskraft darstellt. Die politische Theorie um Pareto, Mosca und Michels kritisiert hingegen sowohl die Marx'sche, als auch die liberale Idee der politischen Organisation. Nach ihrer Auffassung werden politische Systeme stets von einer kleinen Gruppe politischer Eliten regiert, die in Demokratien nur ausgewechselt werden, aber keine systemischen Änderungen hervorbringen. Demokratien, so ihre Schlussfolgerung, sind immer autoritäre Systeme.

Kulturforschung steht somit die Überprüfung konkreter politischer Denkmuster des Einzelnen (Mikro-Ebene), wobei Kritiker dieses Ansatzes auf die „Geschichtslosigkeit“ bzw. das Fehlen einer „Tiefenkultur“ verweisen (Berg-Schlosser und Schissler 1987b).

Gabriel A. Almond und Sidney Verba, als wichtige Vertreter der behavioralistischen Schule, entwickelten auf der Grundlage von Bevölkerungsumfragen eine empirisch orientierte politische Kulturforschung, die – inspiriert von soziologischen, sozialanthropologischen und psychologischen Theorien politischen Verhaltens und politischer Stabilität– noch heute zur zeitgenössischen Schule politischer Kulturforschung zählt (Berg-Schlosser 1999).

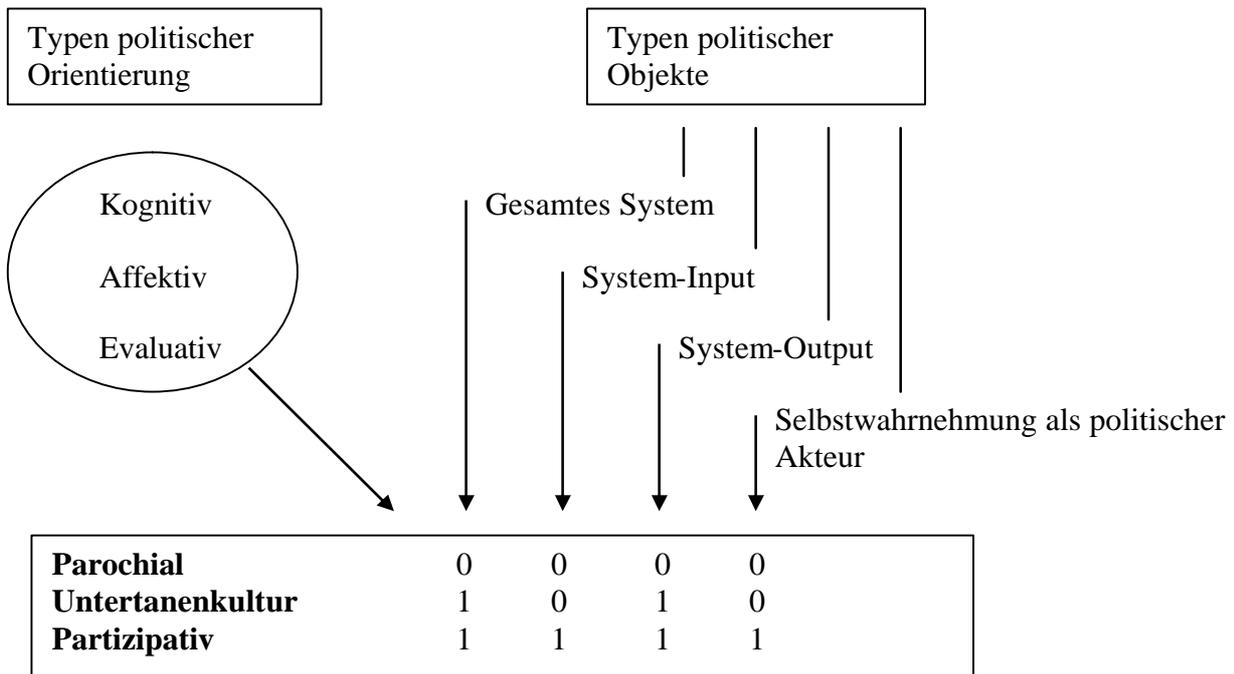
In ihrem Werk *The Civic Culture* fragen die Autoren nach den Bedingungsfaktoren einer stabilen Demokratie. Sie wählen dabei ein komparatives Vorgehen und vergleichen die Länder: USA, Großbritannien, Deutschland, Italien und Mexiko. Die Wahl der Länder erfolgt vor dem Hintergrund ihrer unterschiedlichen historischen Erfahrungen und sozialpolitischen Strukturen, wodurch ein möglichst unterschiedliches Spektrum an politischen Kulturen abgedeckt werden soll.

Unter politischer Kultur verstehen Almond und Verba spezifische „...political orientations – attitudes toward the political system and its various parts, and attitudes towards the role of the self in the system“ (Almond und Verba 1963:13). Bereits aus der Definition geht hervor, dass nach bestimmten Orientierungen des Einzelnen, aber auch nach bestimmten Teilen des politischen Systems differenziert wird. Die Bildung von speziellen Typen politischer Orientierung folgt hierbei Parsons und Shils's Klassifizierung von Orientierungen und Objekten⁵. Die Komplexität, die einerseits durch die Anwendung der Parsons'schen „modes of orientation to action“, und andererseits durch das Easton'sche Input-Output Modell entstehen⁶, wird durch die Bildung von Typen politischer Kultur reduziert. Diese entstehen als Konsequenz aus den Dimensionen politischer Orientierung und der Orientierungsobjekte, die verschiedene Aspekte des politischen Systems abbilden.

⁵ Parsons und Shils unterscheiden in *Toward a General Theory of Action* zwischen drei Komponenten, die jede Orientierung politischen Verhaltens ausmachen: 1) Perzeption oder Erkennen. Gemeint ist das Wissen über - und die Unterscheidung der politischen Objekte, Ereignisse, Aktionen, usw. (*kognitiv*). 2) Präferenz, Engagement oder Überzeugung (*cathexis*). Hierunter verstehen Parsons und Shils die emotionale und affektive Bindung zu den Objekten, Ereignissen oder Aktionen (*affektiv*). 3) Abwägung und Auswahl durch die Anwendung von Wertmaßstäben gegenüber Erkenntnis- und Überzeugungskomponenten. Die Art und Weise wie Individuen Präferenzen, Erkenntnisse und Werte zu Orientierungen gegenüber politischen Handlungen entwickeln, wird durch das Abwägen und Anwenden von Wertmaßstäben erreicht (*evaluativ*) (vgl. Parsons und Shils 1967: 53 f).

⁶ Almond und Verba beziehen sich in *The Civic Culture* ausschließlich auf die Handlungstheorie Parsons. Die Einflüsse David Eastons, der zusammen mit Gabriel Almond die Bedeutung von *supports* und *demands* für das politische System untersuchte, sind jedoch unverkennbar. Die Input-Output-Analyse nach Almond & Easton sucht nach Wegen, systemtheoretisch die regulative Kraft der politischen Unterstützung durch Individuen zu beleuchten. Diese Entsteht, wenn *demands* (Erwartungen gegenüber dem politischen System) befriedigt werden und sich in *support* (Unterstützung des politischen Systems durch Individuen) umwandeln.

Abb. 1) Typen politischer Kultur nach Almond und Verba.



Orientierungen, die sich entlang des gesamten politischen Systems bewegen, resultieren in Gefühlen wie z.B. Patriotismus aber auch in solchen, die das politische System als demokratisch, sozialistisch oder einfach als stark oder schwach klassifizieren können. Orientierungen am Gesamtsystem sind oberflächlich und bilden das eine Extrem der Typen politischer Objekte. Auf dem anderen Extrem stehen Orientierungen, die das Individuum selbst und seine Rolle als politischen Akteur betreffen. Letzteres wird in der Literatur häufig mit dem Begriff der „Selbstkategorisierung“ im Gegensatz zur „Umweltkategorisierung“ beschrieben (Rohe und Dörner 1990). Zwischen diesen Polen befinden sich diejenigen Orientierungen, die direkt auf Teile des politischen Systems gerichtet sind. Diese betreffen sowohl Institutionen (*roles or structures*), sowie politische Akteure oder Amtsinhaber selbst (*incumbents*) und politische Ergebnisse (*policies, decisions* und *enforcements*). Je nachdem ob diese Strukturen, Akteure und Entscheidungen auf den politischen Prozess wirken, oder aber ihre Wirkung „nach außen“ richten, unterscheiden Almond und Verba zwischen System-Input - den Anforderungen und Vorstellungen, die Individuen an die politischen Teilsysteme richten - und System-Output, wobei es sich um die administrative Umsetzung politischer Prozesse handelt. Gewerkschaften, Interessengruppen, politische Parteien und Verbände fallen nach dieser Klassifizierung in die Kategorie des System-Input, da sie aktiv am politischen Prozess teilhaben. Das Umsetzen eines politischen Programms etwa, oder auch die Feststellung durch

ein Gericht, wären Komponenten des System-Output, da politische Prozesse „nach außen“ wirken (Almond und Verba 1963).

Sind die kognitiven, affektiven und evaluativen Wahrnehmungen der Teile des politischen Systems gering, bzw. herrscht allgemeine Indifferenz gegenüber politischen Orientierungen, liegt der *parochiale* Typus politischer Kultur vor. Unter diesen Typus fallen vormoderne Gesellschaften, in denen oftmals keine Differenzierung nach politischen, ökonomischen und religiösen Funktionen möglich ist. Das politische System als Ganzes tritt nur wenig oder überhaupt nicht ins Bewusstsein. Gleichzeitig verhalten sich Individuen fatalistisch und stellen keinerlei Erwartungen an das politische System. Sind hingegen Orientierungen im Hinblick auf das Gesamtsystem und den System-Output vorhanden, liegt eine *Untertanenkultur* (subject) vor. Die Orientierungen beschränken sich auf das politische System als Ganzes und auf den System-Output, wodurch zwar positive oder negative affektive Bindungen bezüglich des Gesamtsystems auftreten. Die Rolle des Einzelnen in diesem Typus politischer Kultur bleibt jedoch passiv, da keine Selbstwahrnehmung als politischer Akteur zustande kommt und auch keine Orientierungen bezüglich des System-Inputs auftreten, und somit die Rolle und Funktion intermediärer Strukturen nicht bewusst wahrgenommen wird. Der Bürger verharrt in der Position eines Objektes staatlichen Handelns. Der *partizipative* Typ, in dem alle vier Dimensionen politischer Objekte deutliche Orientierungen aufweisen, stellt den dritten reinen Typ politischer Kultur dar. Der einzelne im System nimmt sich selbst als aktiven Teil des politischen Geschehens wahr, orientiert sich an politischen Output-Phänomenen, evaluiert das Gesamtsystem und nimmt intermediäre Strukturen als politischen System-Input wahr.

Almond und Verba sehen in dem partizipativen Typus politischer Kultur keinesfalls die „beste“ Form gegeben, um zu stabilen Demokratien zu gelangen. Vielmehr können neben den reinen Typen Mischtypen auftreten, wobei eine Ausgewogenheit zwischen Partizipation, Interessenartikulation und stabiler staatlicher Macht, die politischen Eliten die nötige Bewegungsfreiheit einräumt, den idealen Mischtyp der *Civic Culture* darstellt (Rohe und Dörner 1990). Die Civic Culture nach Almond und Verba stellt somit einen Mischtyp politischer Kultur dar, der Aspekte der partizipativen, untertanen- und parochialen politischen Kultur kombiniert. „Individuals become participants in the political process, but they do not give up their orientations as subjects nor as parochials. Furthermore, not only are these earlier orientations maintained, alongside the participant political orientations, but the subject and the parochial orientations are congruent with the participant political orientations” (Almond und Verba 1963:32). Hierbei betonen Almond und Verba die „abmildernde“ Funktion, die

parochiale und Untertanenorientierung auf die partizipativen Orientierungen ausüben, und somit nicht-politische Werte, wie z.B. Vertrauen in andere und soziale Partizipation ermöglichen (Almond und Verba 1963). Diesen idealen Mischtyp der Civic Culture sehen Almond und Verba in den angelsächsischen Demokratien realisiert.

Die Civic Culture- Studie von Almond und Verba ist der Versuch Bedingungsfaktoren für die Stabilität von Demokratien zu finden. Im Zuge des in den 50er Jahren in den USA entstehenden Behavioralismus stützen die Autoren ihre Studie auf empirische Umfragen in fünf Vergleichsländern, wobei in erster Linie politische Einstellungen Grundlage ihrer systemtheoretischen Auseinandersetzung sind. Politische Kultur, als Gesamtheit kognitiver, affektiver und evaluativer Orientierungen gegenüber politischen Objekten, wird als wichtiger Bedingungsfaktor für die Stabilität von Demokratien zum zentralen Argument ihrer Studie.

Bis heute erschienen zahlreiche Kritiken und Nachfolgestudien, die den Stellenwert der Studie verdeutlichen. Zusammenfassend lassen sich die Hauptkritikpunkte auf eine zu einseitige Betrachtung des Konzepts reduzieren⁷. Die Politikwissenschaft der 80er und 90er Jahre zieht die Möglichkeit der empirischen Erhebung für die politische Kulturforschung allgemein in Zweifel und fordert Forschungsmethoden, die ein empirisches, historisches sowie hermeneutisches Verständnis von politischer Kultur miteinander verbinden (Greiffenhagen und Greiffenhagen 1999).

1.3. Politische Kultur nach Franz Urban Pappi

An der Almond und Verba- Tradition anknüpfend, erweitert Franz Urban Pappi die politische Kulturforschung in den 80er Jahren, indem er das Parsons'sche AGIL-Schema aufarbeitet. Ausgangspunkt ist dabei die Frage nach dem eigentlichen Erklärungswert politischer Kultur, die in der positivistischen Tradition des Behavioralismus vernachlässigt wird. Es stellt sich Pappi folgend zunächst die Frage, welchen Stellenwert das Konzept der politischen Kultur im Rahmen moderner sozialwissenschaftlicher Paradigmen eigentlich einnimmt.

Kritisch bewertet Pappi (1986) verschiedene Ansätze politischer Kulturforschung, die oftmals die verbindenden Elemente zwischen dem Politischen und dem Kulturellen vernachlässigen.

⁷ Verschiedene Aspekte wurden an der Civic Culture- Studie kritisiert. Eine gute Zusammenfassung der Hauptkritikpunkte findet sich bei Klaus von Beyme, der Almond und Verba Subjektivismus vorwirft, da ohne Begründung eine existierende Variante der politischen Kultur über die andere gestellt wird. Weitere Kritik äußert von Beyme an den Mechanismen der Veränderung in der politischen Kultur, die unklar bleiben. Außerdem stellt die von den Autoren hervorgehobene *Civic Culture* eine hohe Form der politischen Aktivität dar. Tatsächlich aber handelt es sich um eine Pseudoaktivität, da sie nur eine sporadische Teilnahme am politischen Leben zum Inhalt hat (vgl. Beyme 1972). Eine neuere Kritik findet sich bei Karl Rohe, der in den Einstellungen und subjektiven Orientierungen einen verkürzten Kulturbegriff erkennt (vgl. Rohe 1987).

Dadurch erfolgt eine Loslösung des politischen aus seinem kulturellen Rahmen. Almond und Verba entwickeln eine politische Kulturforschung, die politische Kultur als kognitive, evaluative Orientierung gegenüber politischen Phänomenen versteht. Inhaltlich steht jedoch nur der subjektive Bezug zu *politischen* Denkweisen im Vordergrund. Die Autoren verbleiben bei der Betrachtung eines einzelnen Aspektes. Eine sinngemäße Verortung der Beziehung zwischen Politik und Kultur darf sich, so Pappi, nicht auf das Politische allein konzentrieren, sondern muss in Bezug auf Kultur allgemein bestimmt werden (Pappi 1986). In der von Richard Münch weiterentwickelten systemtheoretischen Handlungstheorie von Parsons (vgl. Münch 1982) sieht Pappi eine Möglichkeit, diese Schwäche vieler Theorieansätze auszugleichen und zu einem politischen Kulturbegriff zu gelangen, der gesellschaftliche, kulturelle und politische Aspekte berücksichtigt und somit von der Betonung nur einzelner Faktoren abkommt⁸ sowie politische Kultur in einen systemischen Zusammenhang zwischen den Subsystemen der Gesellschaft stellt.

In Anlehnung an Max Webers Herrschaftssoziologie versteht Pappi politische Kultur als *Legitimitätseinverständnis mit der Herrschaftsordnung* eines sozialen Systems. Dabei unterliegt das politische System dem Parsons'schen AGIL-Schema folgend ständigen Wechselwirkungen mit seinen Subsystemen – dem Gemeinschaftssystem, dem Treuhandsystem (sozio-kulturellen System) und dem ökonomischen System.

Das *Gemeinschaftssystem* liefert das besondere Profil, das durch Normen, Werte und Symbole in der Form von sozialer und nationaler Identität entsteht (Berg-Schlosser 1999). Damit steckt das Gemeinschaftssystem den äußeren Rahmen des sozialen Systems ab. Rituale, Gedenktage, Fahnen, Hymnen usw. prägen das Erscheinungsbild des Gemeinschaftssystems, das nicht notwendigerweise homogenen Charakters sein muss. Für die politische Kultur hat das Gemeinschaftssystem eine Ordnungsfunktion, denn die politische Unterstützung durch das Gemeinschaftssystem wird von einem gemeinschaftlichen Konsens getragen (Pappi 1986)⁹.

Das *sozio-kulturelle System* besteht aus den Grundwerten des Gemeinschaftssystems. Ein ständiger Diskurs zwischen Vermittlern und Interpreten jener Grundwerte bildet die

⁸ Während Almond und Verba nur die Bedeutung politischer Denkweisen in den Vordergrund stellen, betonen ausschließlich kulturelle Ansätze, wie z.B. von Elkins und Simeon die Bedeutung politisch-kultureller Codes, ohne dabei die Vermittlung dieser Codes durch das Parsons'sche „Treuhandsystem“ für die politische Kultur zu berücksichtigen (vgl. Elkins und Simeon 1978). Letzteres ist für die Erhaltung institutionalisierter kultureller Muster und zur Spannungsbewältigung zwischen den einzelnen sozialen Systemen verantwortlich und ist somit Teil der politischen Kultur. Das Treuhandsystem (Parsons) und das sozio-kulturelle System (Münch) sind identische Konstrukte und unterscheiden sich nur begrifflich.

⁹ Soziale Ungleichheiten durch gesellschaftliche Klassen, ethnische Minderheiten, religiöse und rassische Konfliktlinien sind Faktoren durch die sich Gemeinschaftssysteme auszeichnen. Das durch Konsens geschaffene Legitimitätseinverständnis mit der Herrschaftsordnung eines sozialen Systems wird von ständigen sozialen Konflikten begleitet.

Legitimationsbasis des politischen Systems¹⁰. Gleichzeitig bildet das sozio-kulturelle System zusammenhängende Elemente aus, die Wertesysteme, Glaubenssysteme und Symbolsysteme ausbilden und Handlungen von Individuen steuern. Abstrahierte Symbole werden somit zum Kommunikationsinstrument sozialer Interaktion zwischen Akteuren. Gleichzeitig spielen sie eine wichtige Rolle für die Selbstwahrnehmung des Einzelnen und seiner Rolle im politischen System. Die im sozio-kulturellen System vermittelten Werte entscheiden über Einstellungen gegenüber anderen, soziale und politische Toleranz sowie über politische Partizipation, und sind somit zentrale Steuerungsgrößen für die Unterstützung des politischen Systems (Berg-Schlosser 1999). Der Ansatz nach Almond und Verba wäre im sozio-kulturellen System zu verorten, denn die Wahrnehmung des Einzelnen als politischen Akteur, die kognitiven und affektiven Orientierungen gegenüber dem politischen System sind zentrale Größen, die die Typen politischer Kultur charakterisieren (Almond und Verba 1963).

Das *ökonomische* System, das in der Terminologie von Richard Münch auch *spezifische Unterstützung* genannt wird, bezieht sich auf die materielle Grundlage des jeweiligen sozialen Systems. Nach Pappi kann sie nicht direkt der politischen Kultur zugerechnet werden, da sie die Reaktion der Individuen auf die mittelfristige Leistungsfähigkeit einer Regierung abbildet und somit nur eine temporäre Erscheinungsform ist, die einer ständigen Evaluierung unterliegt. Entspricht der aktuelle Output einer Regierung den Interessen des Einzelnen, wird die spezifische Unterstützung gegenüber der amtierenden Regierung positiv ausfallen. Sinkt hingegen die Zufriedenheit, entspricht also die Leistungsfähigkeit der Regierung nicht den Anforderungen der Wähler, wird die spezifische Unterstützung negativ ausfallen¹¹. Rückwirkungen der spezifischen Unterstützung auf das Legitimitätseinverständnis sind zwar über einen längeren Zeitraum hinweg denkbar, begrifflich ist das System der spezifischen Unterstützung aber vom Kern der politischen Kultur zu trennen (Pappi 1986).

Das komplexe Zusammenwirken von Teilsystemen in einem politischen Gemeinschaftssystem ist nach Pappi der entscheidende Vorteil, der eine systemübergreifende Analyse der politischen Kultur gegenüber der Analyse einzelner Aspekte mit sich bringt. Konkret bedeutet dies, dass die Analyse politischer Einstellungen nach behavioralistischer Tradition nicht der Komplexität von Wirkungszusammenhängen nachkommt und somit den Erklärungswert von politischer Kultur einschränkt. Die zusätzliche Erklärungskraft, die Pappi in seiner Weiterentwicklung vorschlägt, liegt in der Betrachtung des Verhältnisses der

¹⁰ Als Vermittler und Interpreten des sozio-kulturellen Systems (Treuhandsystem nach Parsons) können Intellektuelle aus Philosophie, Kunst und Kultur, sowie Wissenschaftler eintreten.

¹¹ In Anlehnung an Easton wird der Output, oder die Leistungsfähigkeit einer Regierung an der Befriedigung der materiellen Ansprüche und Forderungen der Wähler gemessen (Easton 1979).

Subsysteme und deren Institutionen zueinander, die Aufschluss über die politische Kultur liefert. In welcher Art und Weise es zu einer Interpenetration der gesellschaftlichen Subsysteme kommt, ist eine Frage der politischen Kultur, und die Lösungen, die Gesellschaften diesbezüglich entwickeln, sind höchst unterschiedlich (Pappi 1986)¹².

1.4. Marxistische Theorien politischer Kultur und die Kritik an Almond und Verba

Während die systemtheoretischen Ansätze von Beziehungen zwischen dem Einzelnen und dem System ausgehen sowie Wirkungszusammenhänge zwischen Individuum und System betrachten, entwickeln einige wenige orthodox-marxistische Autoren in den 70er und 80er Jahren Konzepte, die politische Kultur als Resultat eines Basis-Überbau-Schemas begreifen und in Anlehnung an Marx davon ausgehen, dass politische Erscheinungsformen auf die Produktionsverhältnisse im ökonomischen System zurückzuführen sind. Spezielle Bedeutung erfährt in diesem Zusammenhang der Kulturbegriff nach Antonio Gramsci. In den Ausarbeitungen der Schriften Gramscis von Raymond Williams¹³ kann Kultur unter bestimmten Bedingungen einen herrschenden Charakter annehmen. Die Art und Weise der *kulturellen Hegemonie* einer Klasse zeichnet sich Gramsci folgend durch die gesellschaftliche Selektion von Themen und Sichtweisen aus, die dazu führt, dass bestimmte Bedeutungen und Praktiken ausgewählt, andere dagegen vernachlässigt bzw. uminterpretiert werden. Durch diese Form der Selektion und Manipulation werden Elemente der *herrschenden Kultur* bestärkt. Einerseits liefert Gramsci somit eine Erklärung für den Erfolg der bürgerlichen Gesellschaft in Westeuropa. Andererseits kann er erklären, warum es der herrschenden Klasse gelingt Zustimmung bei den unterdrückten Klassen zu erhalten (Seitz 1997).

In der deutschen marxistischen Kulturforschung entstehen alternative Konzepte zur politischen Kultur aus einer Kritik an der amerikanischen politischen Kulturforschung. Peter Reichel, der als einer der ersten Politologen den Begriff der politischen Kultur in der deutschen Forschung etabliert, sieht die ursprüngliche Herkunft des Begriffs in der „Kalkulierbarkeit und Steuerung von Stabilität und Wandel politischer Systeme – vor allem aus der Perspektive und von dem Interesse einer Super- oder Weltordnungs- bzw.

¹² Nach Pappi meint Interpenetration das „Durchdringen ausdifferenzierter Systeme in eigenen Vermittlungsinstitutionen, wobei die Handlungen innerhalb der Subsysteme ihre Eigenlogik zwar beibehalten, aber ihre spezifischen Leistungen auf die anderen Systeme übertragen, so dass es insgesamt zu einer Leistungssteigerung kommt.“ (Pappi 1986:286)

¹³ Die Schriften Antonio Gramscis sind unvollständig und wurden von Raymond Williams in verschiedenen Veröffentlichungen aufgearbeitet (vgl. Williams 1983)

Interventionsmacht wie die USA –, (Reichel 1981a:320) geleitet. Vor diesem Hintergrund kritisiert Reichel insbesondere den restriktiven Demokratiebegriff bei Almond und Verba. Dieser stehe in einem engen Zusammenhang mit der politischen Kultur, die rein funktional einem übergeordnetem Systemziel dient – der *Stabilität* westlicher Demokratien. Reichel wirft der Civic Culture- Studie vor, in der Art und Weise propagandistisch vorzugehen, in der versucht wird nach den idealen Wertüberzeugungen, Einstellungen, Verhaltensformen und Sozialisationsprozessen zu fragen, die für das Funktionieren von westlichen Demokratien verantwortlich sind. Als Konsequenz fordert Reichel eine sowohl normative als auch analytische Neuorientierung des Konzeptes politischer Kultur, die nicht die Funktionalität und die Bedingungen für demokratische Stabilität in den Vordergrund stellt, sondern darauf abzielt die Bedingungen von (mehr) Partizipation zu beleuchten. Dadurch wird ein politischer Kulturbegriff möglich, der die Interessen sozial schwacher Gruppen berücksichtigt und Macht- und Herrschaftsverhältnisse in den Mittelpunkt stellt. Andererseits fordert Reichel ein analytisches Umdenken, das ein hervorgehobenes Interesse an der politischen Sozialisation voraussetzt. Politische Sozialisation wird zum fehlenden Link zwischen Mikro- und Makroebene, denn die frühe politische Sozialisation in der Kindheit sowie die spätere Vermittlung politischer Kenntnisse, beziehen Individuen direkt auf das politische System. Veränderung oder Reproduktion der politischen Kultur erfolgt somit direkt über Sozialisation, weshalb sich politische Kulturforschung analytisch auf Formen und Inhalte der „Politik im Alltag“ richten muss (Reichel 1981b)¹⁴.

Im Unterschied zu den deutschen Interpreten betonen die sowjetischen Vertreter der marxistischen Schule die historische Bedeutung bei der Formierung von politischer Kultur. Der sowjetische Historiker Alexander A. Galkin bringt dies durch die Hervorhebung der Rolle der Tradition zum Ausdruck, die im Mittelpunkt seines analytischen Interesses steht. Vorstellungen und Werte werden von einer Generation an die nächste weitergegeben, wobei diese nie in „reiner“, sondern in umgewandelter Form tradiert werden. Da die herrschende Klasse das System von Ideologien, Werten und Normen beherrscht – jenes System also das für die Vermittlung von Werten verantwortlich ist - werden diejenigen Aspekte der politischen Kultur gefestigt, die sich gleichzeitig stabilisierend auf den Führungsanspruch der herrschenden Klasse auswirken (vgl. Galkin 1986: 156 f). Unverkennbar kommt in der Rolle

¹⁴ Neben Peter Reichel entwickelt Heide Gerstenberger in Deutschland in den späten 70er Jahren ein alternatives Konzept zur politischen Kultur, wobei ihre Kritik an der Almond und Verba -Studie sich größtenteils mit der von Peter Reichel deckt. Auch sie geht von einem engen Zusammenhang zwischen politischer Kultur und politischer Sozialisation aus und betont das Fehlen von Herrschafts- und Machtverhältnissen bei Almond und Verba (vgl. Gerstenberger 1978)

der Tradition der hegemoniale Charakter jener herrschenden Kultur zum Ausdruck, der nach Raymond Williams selektiv nur die Tradierung bestimmter Werte zulässt. Mit dem Begriff der Tradition verknüpft, begreift Galkin politische Kultur als die „...institutionalisierte und nichtinstitutionalisierte historische und soziale Erfahrung einer nationalen oder transnationalen Gemeinschaft..., die einen mehr oder minder starken Einfluss auf die Formierung der politischen Orientierungen und schließlich des politische Verhaltens der Individuen, kleinen und großen gesellschaftlichen Gruppen ausübt.“ (Galkin 1986: 156). Neben der Rolle der Tradition richtet Galkin seine Aufmerksamkeit somit auch auf den Versucht, mit Hilfe des Begriffs der politischen Kultur einen analytischen Zugang zum Verhältnis zwischen gesellschaftlichem Bewusstsein, politischem Verhalten und politischen Institutionen zu schaffen. Dabei geht er davon aus, dass die politische Kultur die Grundlage für das politische Verhalten bildet und bedient sich einer analytischen Trennung der Begriffe, die es ermöglicht „...tiefreichende Gründe für die Spezifik des Verhaltens dieser oder jener gesellschaftlichen Gruppen bei relativ gleichem Entwicklungsniveau und verwandten Existenzbedingungen zu erhellen...“ (Galkin 1986: 157). Erst die strenge Trennung der Begriffe und die Auseinandersetzung mit den Wechselwirkungen zwischen politischem Bewusstsein, politischem Verhalten und politischen Institutionen macht es möglich eine komparative politische Kulturforschung zu betreiben, die den Prozess der Entwicklung politischer Institutionen und politischen Organisationen in Ländern vergleicht, die sich „...auf einer ähnlichen Etappe der sozialökonomischen Entwicklung befinden.“ (Galkin 1986:138).

Die marxistischen Ansätze politischer Kulturforschung unterscheiden sich sowohl normativ, als auch analytisch von den systemtheoretischen Theorien. Normativ stellen die marxistischen Ansätze die Frage nach den Stabilitätsbedingungen in Zweifel und fordern ein Umdenken, dss nach den Partizipationsbedingungen von Bürgern unterschiedlicher sozialer Klassen fragt. Aufgabe der politischen Kulturforschung soll ihrer Meinung folgend sein, nach Mitteln zur Verbesserung der politischen Partizipation insbesondere bei sozial schwachen Gruppen zu suchen (Seitz 1997). Analytisch unterscheiden sich die marxistischen von den systemtheoretischen Ansätzen in ihrer Betonung der Macht- und Herrschaftsverhältnisse. Die *Civic Culture* oder Bürgerkultur, die Almond und Verba folgend aus einem Glauben an Partizipationsmöglichkeiten besteht und allein durch diesen Glauben demokratisierende Effekte mit sich bringt, wird sowohl von Bürgern als auch von Eliten gleichermaßen geteilt. Marxistische Theorien politischer Kultur setzen an der Schnittstelle zwischen Bürger und politischer Elite an und bezweifeln die demokratisierende Wirkung jener Bürgerkultur, da sie

ihrer Meinung nach lediglich ein von der herrschenden Klasse kontrolliertes Instrument zur Aufrechterhaltung ihrer Macht darstellt und den hegemonialen Charakter der herrschenden Kultur zum Ausdruck bringt. Analytisch muss eine politische Kulturforschung deshalb an den bestehenden Macht- und Herrschaftsverhältnissen ansetzen, um dem unterschiedlichen politischen Bewusstsein sozialer Klassen gerecht zu werden (Reichel 1981b).

In der heutigen politischen Kulturforschung spielen marxistische Sichtweisen keine wesentliche Rolle mehr. Nach einer kurzen Renaissance in den 80er Jahren verschwinden sie nahezu vollständig aus der wissenschaftlichen Diskussion.

1.5. Praxis- und Prozesscharakter von politischer Sozio- und Deutungskultur. Der kulturelle Ansatz von Karl Rohe

Ebenfalls ein *Basis-Überbau*-Verständnis von politischer Kultur hat der Politikwissenschaftler Karl Rohe, der sich in seinen Arbeiten in den 80er und 90er Jahren von den systemtheoretischen Ansätzen abgrenzt. Anders als das marxistische Verständnis von Basis und Überbau, verwendet Rohe (1987, 1994) die Begriffe um seine Definition von politischer Kultur zu verdeutlichen. Danach existieren in Gesellschaften zwei Ebenen von politischer Kultur, die er als *politische Soziokultur* und als *politische Deutungskultur* bezeichnet. Beide Ebenen „...sind jedoch als konstitutive und notwendige Bestandteile von politischer Kultur zu begreifen. Politische Kultur wäre somit stets beides, Soziokultur und Deutungskultur, «Basis» und «Überbau» und das spannungsreiche Austauschverhältnis, das zwischen beiden existiert, ein konstitutives Wesensmoment von politischer Kultur.“ (Rohe 1987: 39). Beide Ebenen sind zentrale Bestandteile der politischen Kultur, unter der „...die für die soziale Gruppe maßgebenden Grundannahmen über die politische Welt und damit verknüpfte operative Ideen verstanden werden, soweit sie sich mental und/oder habituell auskristallisiert haben.“ (Rohe 1994: 1).

Entgegen dem Verständnis von Almond und Verba liegt die Betonung bei Rohe nicht in den *Einstellungen* gegenüber politischen Systemen oder Orientierungen gegenüber politischen Objekten, sondern in grundlegenden *Vorstellungen* „...darüber was Politik eigentlich ist, sein kann und sein soll.“ (Rohe 1994: 1). Der maßgebliche Unterschied zwischen den Verständnissen von politischer Kultur bei Almond und Verba und bei Rohe liegt in der Ebene, in der politische Kultur eigentlich anfängt. In der Almond und Verba- Tradition sind Einstellungen gegenüber verschiedenen Bereichen des politischen Systems bereits Bestandteile, die in der Summe die politische Kultur eines Landes bilden. Karl Rohe hingegen wählt eine Ebene, die dort ansetzt, wo seiner Meinung nach die klassische Umfrageforschung

versagt, nämlich auf der grundsätzlichen Ebene von kulturellen Selbstverständlichkeiten, die häufig dem Befragten nicht bewusst sind und somit nicht durch klassische Einstellungsbefragung zu erfassen sind. Für Rohe kann es der Umfrageforschung nicht gelingen zwischen Einstellungs- und tatsächlichem kulturellem Wandel zu unterscheiden. Liegt ein politischer Einstellungswandel vor, so kann dies Ursache eines kulturellen Wandels sein. Allerdings kann es auch Ursache eines Regierungswechsels oder eines Austausches von politischen Eliten sein. Zukünftige politische Kulturforschung muss anfangen „zwischen den Zeilen“ zu lesen, um kulturelle Selbstverständlichkeiten aufzudecken (Rohe 1987).

Unter *Soziokultur* versteht Karl Rohe jene Ebene von politischer Kultur, die „...so etwas wie eine Resultante aus überlieferter Tradition, bereits teilweise symbolisch verarbeiteter eigener Realitätserfahrung und von außen einströmender Sinn- und Deutungsangebote darstellt.“ (Rohe 1987: 43). Im Grunde genommen handelt es sich um einsozialisierte Normen und Werte, die allerdings unter den Bedingungen moderner politischer Vergesellschaftung und moderner Massenkommunikation von einem Rückgang an eigenen Realitätserfahrungen und von einem Ansteigen an von außen wirkenden Sinn- und Deutungsangeboten betroffen sind.

Daneben unterscheidet Rohe die *politische Deutungskultur*. Ihre wichtigste Funktion besteht in einer Art Versorgung der Soziokultur mit kulturellem Input. Aufgabe der politischen Deutungskultur ist es, die bestehende politische Soziokultur ständig zu thematisieren und dadurch die vorhandenen Selbstverständlichkeiten in Frage zu stellen. Durch diese Form des Diskurses entstehen neue Selbstverständlichkeiten, die dann zu Teilen der (neuen) Soziokultur werden. Durch das ständige Thematisieren von politischen Soziokulturen wird ein wichtiges Element der politischen Kultur realisiert. Ihr Reichtum, ihre Qualität und letztlich ihr Überleben hängt davon ab, auf welche Art und Weise die Soziokulturen auf der Ebene der Deutungskultur thematisiert werden. So können kritische Deutungsmuster neben abstrakten oder affirmativen stehen, die in unterschiedlicher Art und Weise zu neuen Denk- oder Handlungsoptionen führen, oder alte in Vergessenheit geratene Lebensweisen und Erinnerungen wieder in Erinnerung bringen. An ihre Grenzen stößt die politische Deutungskultur dort, wo die politischen Interpretationsangebote selbst Teil der politischen Kultur sind und somit von traditionellen Faktoren beeinflusst. Außerdem werden Individuen stets selbst Interpretationen der Soziokultur vornehmen und den Angeboten durch die Deutungskultur, die hauptsächlich von Intellektuellen aus verschiedenen Gesellschaftsbereichen vorgenommen wird, keine Beachtung schenken (Rohe 1987). Wird die Analyse von politischer Kultur angestrebt, ist es notwendig, neben dem als Resultat historischer kollektiver Prozesse vorliegenden *Produkt* einer politischen Kultur auch nach

dem Prozess zu fragen, den sie einschließt. Danach muss politische Kultur als Prozess begriffen werden, der nicht nur Bewirktes ist, sondern auch Bewirkendes und notwendigerweise die Analyse politisch- kultureller Praxis beinhalten muss (Rohe 1994).

Die Frage, welche Form der politischen Kultur innerhalb einer Gesellschaft dominiert, ob sie eher Elemente der Deutungskultur oder eher Elemente der Soziokultur beinhaltet, wird zum Kriterium der Herleitung einer *Typisierung von politischen Kulturen*. Dominiert die politische Soziokultur, spricht Rohe von einer *politischen Kultur als Lebensweise*. Hierbei handelt es sich um versozialisierte Handlungsweisen, eingeschliffene Gewohnheiten, Konventionen, die sich zu einer Art ungeschriebene Verfassung auskristallisiert haben und „...den politischen Verkehr zwischen individuellen oder kollektiven Akteuren zwar nicht determinieren, aber konditionieren, weil sie das Handeln in bestimmte Bahnen lenken und an sich vorhandene Handlungsmöglichkeiten ausblenden.“ (Rohe 1987: 45)

Diese Form der Handlungsrelevanz besitzt hingegen die *politische Kultur als Weltbild* nicht. Hier werden durch politische Ideen und Ideologien Weltbilder von politischen Institutionen geschaffen, die das politische Denken von Menschen programmieren, aber keine vergesellschafteten Handlungen hervorbringen. Die angelsächsische politische Kultur zeichnet sich durch eine dominierende Soziokultur aus. Informelle Regeln, eine „sachliche Politik“, vergesellschaftete Symbolik und Verhaltensweisen – also Lebensweisen – prägen den Alltag in diesen Gesellschaften. Dagegen dominiert in den kontinentaleuropäischen Gesellschaften die politische Deutungskultur. Politische Probleme werden durch den gesellschaftlichen Diskurs und die Thematisierung von Inhalten behandelt. Gleichsam kommt dem Staat eine besondere Stellung als organisierendes Zentrum der Politik zu (Rohe 1987).

Anders als in der positivistischen Tradition interessiert Rohe sich nicht nur für die Formen und Ausprägungen politischer Kultur. Für ihn ist politische Kultur ein vergängliches Konstrukt - ein Prozess eben – der innerhalb von Gesellschaften stark oder schwach ausgeprägt sein kann. Damit thematisiert Rohe eine neue Perspektive innerhalb der politischen Kulturforschung, indem er den möglichen Verfall von politischen Kulturen in den Blickwinkel der Forschung rückt. Wenn politische Kulturen Intensitäten besitzen, so folgert Rohe, kann man von einem möglichen Verfall oder von der Erosion von politischen Kulturen sprechen. Dies ist dann der Fall, wenn der Programmierungscharakter der politischen Kultur seine Funktion verliert und Menschen nur noch einem Diktat gleich *politischen Moden* folgen. Bestimmte Themen können dann nicht mehr durch die politische Deutungskultur thematisiert werden. In seiner Extremform spricht Rohe von politischer Kultur als *politische Folklore*, die

insbesondere in der politischen Kultur als Lebensweise vorstellbar ist. Danach findet keine Programmierung von Handlungen oder Systemen mehr statt, was bleibt ist die Legitimierungsfunktion. In einem Zustand der vergesellschafteten politischen Kultur wird ein Zustand erreicht „...in der politische Kultur im politischen Alltag nicht mehr «greift» und nur noch am Sonntag gefeiert werden kann.“ (Rohe 1987: 46).

Karl Rohe betont das kulturelle Moment, durch das der Begriff politische Kultur erst einmal mit dem Kulturbegriff in Verbindung gebracht werden kann. Dies gelingt ihm, indem er politische Kultur auch als historischen Prozess versteht, der ständigen Änderungen unterliegt und im Laufe der Zeit bestimmte Typen hervorbringt. Er betont auch die Möglichkeit der Erosion und des Verfalls von politischer Kultur, die empirisch auch in Form einer „unterentwickelten“ politischen Kultur feststellbar sei (Seitz 1997). Offen bleibt allerdings, welche Kriterien herangezogen werden müssten, um eine politische Kultur als unterentwickelt zu klassifizieren. Es sind nur schwerlich Maßstäbe vorstellbar, die sich anmaßen politische Kulturen als unterentwickelt abzustempeln, wollen wir nicht auf das wissenschaftliche Niveau eines Herbert Spencers zurückkehren. Vor dem Hintergrund einer Betonung des kulturellen Aspekts innerhalb der politischen Kulturforschung sind solche Vermutungen verwunderlich und in gewisser Weise rückschrittlich, denn nicht einmal Almond und Verba sehen in der parochialen Form politischer Kultur eine unterentwickelte Kultur realisiert. Es hat den Anschein, als verliere Rohe hier den objektiven Blick für seinen Beobachtungsgegenstand. Wenn politische Kultur verfällt, was bleibt dann, wenn sie sich vollständig aufgelöst hat? Die politische Kulturforschung müsste sich ein neues Betätigungsfeld suchen.

1.6. Anthropologischer Zugang zu politischer Kultur

Eine weitere Perspektive von politischer Kultur liefert die von der Anthropologie inspirierte Kulturtheorie um Aaron Wildavski, Michael Thompson und Richard Ellis, deren Ansatz wichtiger theoretischer Bezugspunkt der Analysen dieser Arbeit sein wird. Theoretisch verknüpfen sie in *Cultural Theory* (1990) den Begriff der Kultur mit der Grid-Group-Theorie der amerikanischen Anthropologin Mary Douglas, die in den späten 70er Jahren ihre Theorie in ihrem Werk *Cultural Bias* veröffentlicht¹⁵. 1982 erscheint in *Essays in the Sociology of Perception* eine Auseinandersetzung mit der Methodik ihrer Theorie, die Anwendung in unterschiedlichen wissenschaftlichen Gebieten findet (vgl. Douglas 1982).

Mary Douglas zufolge, sind Werte und Überzeugungen das Resultat von Bedingungen der sozialen Umwelt, die zugleich das Produkt menschlicher Interaktion ist. Dabei unterscheidet

¹⁵ Nach eigenen Angaben von Mary Douglas entstanden die Grundzüge ihrer Grid-Group-Theorie bereits 1973 in ihrem Werk *Natural Symbols*.

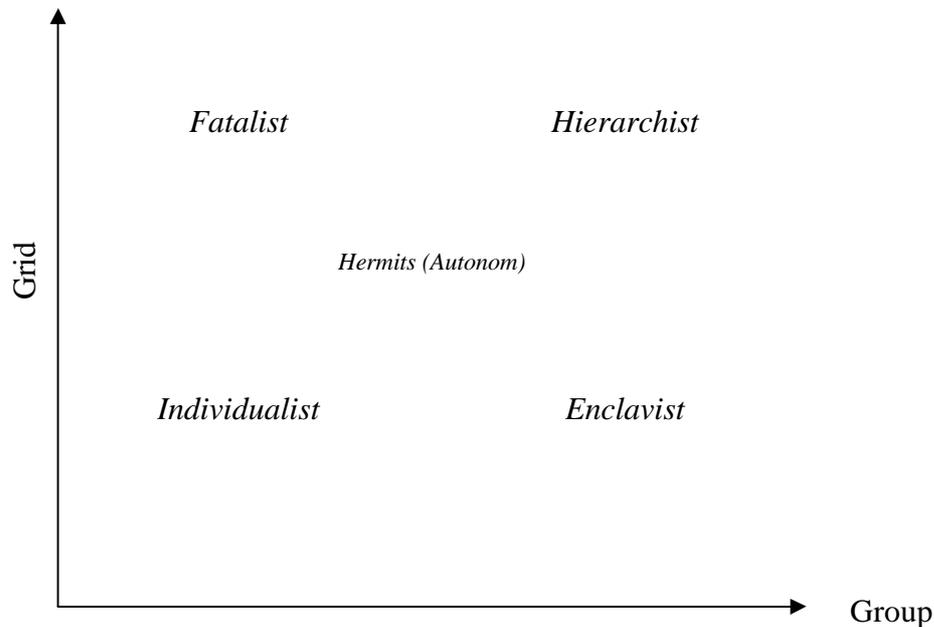
sie zwischen zwei grundsätzlichen Dimensionen, der *Grid* und der *Group*- Dimension, entlang derer sich soziale Umwelten formieren.

Grid beschreibt die Dimension, entlang derer sich Individuen innerhalb externer Regeln und Gesetzmäßigkeiten bewegen. Der Grad der Eingebundenheit in hierarchische Kontexte und die Orientierung an extern festgelegten Regeln resultiert entweder in einem hohen oder niedrigen Grid. Bewegt sich ein Individuum von einem hohen zu einem niedrigen Grid, steigt die Wahrscheinlichkeit seine Beziehungen zu anderen Menschen und sein Handeln auf der Grundlage individueller Entscheidung und unabhängig von Restriktionen und extern festgelegten Regeln zu gestalten. Die Orientierung an bindenden Regeln nimmt ab. Entgegengesetzt verhält es sich beim Übergang von einem niedrigen zu einem hohen Grid. Individuelle Entscheidungen weichen einer Orientierung an Regeln und Gesetzen bei der Formulierung von Handlungen.

Die zweite Dimension, die *Group*- Dimension, beschreibt die soziale Eingebundenheit in eine *group membership*. Von einer hohen sozialen Eingebundenheit in eine Gruppe kann dann gesprochen werden, wenn die soziale Kontrolle durch die Mitglieder der Gruppe hoch ist. In einem Zustand hoher sozialer Eingebundenheit wird die Homogenität der Gruppenmitglieder untereinander maximal und die Abgrenzung der Gruppenmitglieder zu Außenstehenden ist entsprechend hoch. Anders verhält es sich bei einer niedrigen sozialen Eingebundenheit. „An individual who spends the morning in one Group, the evening in another, appears on Sunday in a third, gets his livelihood in a fourth“ (Douglas 1982: 202) unterliegt keiner direkten sozialen Kontrolle durch eine eindeutige Gruppenzugehörigkeit und hat demnach einen niedrigen Grid.

Legt man die zwei Dimensionen Grid und Group zugrunde, ergeben sich insgesamt vier mögliche Kombinationen. Abb. 2 verdeutlicht den Zusammenhang zwischen den Dimensionen.

Abb. 2) Grid-Group-Schema nach Mary Douglas



Nach Douglas lassen sich lediglich vier voneinander verschiedene *cultural bias* unterscheiden, die sie als *Kosmologien* bezeichnet¹⁶. *Fatalisten* zeichnen sich durch eine starke Orientierung an externen Regeln aus (hoher Grid). Ihre Entscheidungsfreiheit wird durch Gesetzmäßigkeiten eingeschränkt, die sie selbst nicht aufstellen. Durch ihre schwache Eingebundenheit in soziale Kontexte existieren keine Kontrollmöglichkeiten durch Mitglieder der Gruppe. Anders verhält es sich bei den *Hierarchists*. Ihre starke Eingebundenheit in die Gruppe einerseits und die Orientierung an externen Hierarchien andererseits, entbindet den Einzelnen im Extremfall vollständig von eigenständigen Handlungsoptionen. Seine Handlungen werden durch Erwartungen der Gruppenmitglieder und durch äußere Regeln vollständig determiniert. Im direkten Kontrast stehen die Handlungsoptionen des *Individualisten*. Weder durch die Gruppenmitglieder, noch durch externe Regeln werden die Handlungen des Individualisten eingeschränkt, wodurch jegliche Form sozialer Handlung Gegenstand individueller Verhandlung mit anderen wird. Obgleich Individualisten frei von Restriktionen leben und keine soziale oder administrative Kontrolle erfahren, sind sie häufig in Positionen, die es ihnen erlauben soziale Kontrolle über andere auszuüben. Die niedrige Orientierung an externen Regeln einerseits und die starke Zugehörigkeit zu einer Gruppe andererseits, kennzeichnen das Handeln und den Lebensstil des *Enclavists*. Externe

¹⁶ Mary Douglas bezeichnet einen fünften Typus als *Hermit*. Hierunter versteht sie Individuen, die sich sowohl externer, als auch gruppenbezogener Kontrolle entziehen und auch selbst keine Kontrolle über andere ausüben. Durch das Fehlen der Orientierung an den Dimensionen Grid und Group verortet Mary Douglas diesen Typus im Zentrum. Im Rahmen dieser Arbeit wird dieser Typus vernachlässigt.

Strukturen werden abgelehnt, lediglich gruppeninterne Regeln und Strukturen werden im Namen aller Mitglieder befolgt. Dadurch wird eine „Gleichschaltung“ unter den Mitgliedern der Gruppe angestrebt, wobei soziale Kontrolle oder das Festlegen von Regeln nur durch die gleichzeitige Legitimierung aller Mitglieder erfolgen kann. Aktive Partizipation am Entscheidungsprozess wird zur unabdingbaren Voraussetzung für jedes Gruppenmitglied.

Anfang der 90er Jahre greifen Michael Thompson, Richard Ellis und Aaron Wildavsky die Douglas'sche Theorie auf und formulieren in *Cultural Theory* (1990) eine eigenständige Kulturtheorie, die menschliches Handeln auf der Grundlage der Douglas'schen *Kosmologien* definiert. Sie unterscheiden zwischen Fatalisten, Hierarchisten, Individualisten und Egalitaristen, wobei in der Terminologie von Mary Douglas die Egalitaristen dem *Enclavist* entsprechen. Sie unterscheiden weiter zwischen *cultural bias*, worunter geteilte Werte und Überzeugungen fallen, *sozialen Beziehungen*, die die Gesamtheit der sozialen Beziehungen eines Einzelnen ausmachen und *ways of life*, die das Resultat der cultural bias und der sozialen Beziehungen sind. Die Gesamtheit an Werten, Einstellungen und Überzeugungen, verknüpft mit dem Vorhandensein sozialer Beziehungen produziert einen spezifischen *way of life*, der von spezifischen sozialen Kontexten abhängig ist. Dabei ist von entscheidender Bedeutung, dass Werte, Überzeugungen und soziale Beziehungen nicht frei miteinander kombiniert werden können. Nach der *compatibility condition* kann dabei die Legitimierung eines bestimmten Sets von Werten und Einstellungen nur von einem entsprechenden sozialen Netzwerk vorgenommen werden. Würden sich Ansichten und Einstellungen bezüglich eines Objektes ändern, würden die vorhandenen sozialen Beziehungen nicht mehr zur Legitimierung der eigenen Überzeugungen herangezogen werden können. Als Folge würden sich soziale Beziehungen ändern. Besondere Bedeutung legen Thompson et al. (1990) auf den reziproken Charakter der zwischen Werten und Überzeugungen einerseits und dem sozialen Netzwerk andererseits besteht und eine kausale Wirkung in die eine oder andere Richtung verbietet. „Causal priority, in our conception of ways of life, is given neither to cultural bias nor to social relations. Rather each is essential to the other. Relations and biases are reciprocal, interacting, and mutually reinforcing.” (Thompson, et al. 1990:1).

Während die klassischen Ansätze politischer Kulturforschung häufig die Suche nach einer nationentypischen politischen Kultur zum Inhalt haben, gehen Thompson et al. (1990) davon aus, dass innerhalb einer Nation konkurrierende politische Kulturen bestehen, die den vier *ways of life* entsprechen. Sie fordern daher eine politische Kulturforschung, die (politische)

Werte und Normen als wandlungsfähige und konkurrierende Gebilde betrachtet. Unter Bezugnahme auf einige ausgewertete Interviews aus der Civic Culture- Studie von Almond und Verba zeigen sie, dass die Unterschiede *innerhalb* der Nationen (USA, Deutschland, Mexiko, Italien und Großbritannien) mindestens genauso groß sind wie *zwischen* den Nationen. Dabei werden die zwei zentralen Dimensionen aus der Civic Culture- Studie (*commitment* und *involvement*) als Grundlage für die Typisierung des Grid-Group-Schemas verwendet¹⁷. Sie können zeigen, dass Einstellungen und Normen von Individuen in Gesellschaften variieren und die *Varianz* innerhalb der Gesellschaften selbst das Untersuchungsobjekt politischer Kulturforschung darstellt.

Jegliche Form sozialen Handelns basiert auf der Grundlage der vier Douglas'schen *cultural bias* und findet universell Anwendung in allen Lebensbereichen. So versuchen Thompson et al. (1990) z.B. zu erklären, warum die Umsetzung gesetzlicher Regelungen zum Klimaschutz in verschiedenen Nationen unterschiedlich verläuft, obwohl die gleichen globalen Klimafaktoren wirken. Die Antwort liegt in der speziellen Vorstellung von der Beziehung zwischen Mensch und Natur, die zwischen Ländern variiert. Die Gesamtheit an Werten und Überzeugungen, die durch einen way of life zum Ausdruck kommt, determiniert auf der Mikro-Ebene individuelles Handeln. Auf der Makro-Ebene schlagen sich geteilte Vorstellungen (ein dominanter way of life) in institutionellen Arrangements und gesetzlichen Verordnungen nieder. Die Erklärungskraft des Douglas'schen Modells liegt Thompson et al. (1990) folgend einerseits in der universellen Anwendung. Andererseits wird eine Brücke zwischen Mikro- und Marko-Ebene geschlagen, durch die sich die Möglichkeit ergibt, nicht nur *zwischen* Ländern komparative Kulturforschung zu betreiben, sondern auch *innerhalb* der Länder. Die Grid-Group-Theorie bietet der Kulturforschung die Möglichkeit Unterschiede im Untersuchungsobjekt selbst zu lokalisieren (Thompson, et al. 1990).

Die Einfachheit mit der Mary Douglas Lebensstile unterscheidet, führt in den 80er und 90er Jahren zu einer Flut an Forschungsvorhaben auf den unterschiedlichsten Gebieten. Anwendung findet das Grid-Group-Schema in der Kriminalitätsforschung, Konsumforschung, Umweltforschung, Energie-Effizienzforschung, Technikfolgenabschätzung, Klimaforschung und verschiedensten Richtungen der Kulturforschung (Thompson, et al. 1999). So vielfältig

¹⁷ *Commitment* misst in der Civic Culture- Studie Einstellungen bezüglich des politischen Systems und unterscheidet loyale von entfremdeten Einstellungen und Orientierungen (Grid). *Involvement* misst den Grad der politischen Partizipation und unterscheidet zwischen Partizipation und Nichtpartizipation am politischen Leben (Group).

der Anwendungsbereich dieses Schemas auch sein mag, desto kritischer sollte man einem Universalanspruch gegenüberstehen. Eine Reduzierung von Handlungen und Lebensstilen auf vier *ways of life* steht im direkten Gegensatz zur tatsächlichen Komplexität, deren Reduzierung zwar Aufgabe und Methode der Sozialwissenschaften ist. Dennoch müssen sich Erklärungsmodelle, die eben diese Komplexität beschreiben wollen, zunächst die Frage stellen, wie weit Komplexität reduziert werden darf, ohne ein verzerrtes Bild der Gesellschaft und ihrer vielfältigen Zusammenhänge wiederzugeben.

Dem anthropologischen Strang der politischen Kulturforschung wird vorgeworfen, durch die Anwendung der Douglas'schen Grid-Group-Theorie eine Vereinfachung vorzunehmen, die jener Komplexität nicht gerecht wird. Ungeklärt bleibt die Frage, ob und wann ein Individuum konsistent seinen Lebensweg in verschiedenen sozialen Situationen vertritt. Thompson et al. (1990) verweisen auf das Problem und argumentieren, Individuen würden hauptsächlich eine einzige Lebensweise vertreten, da sie ihre sozialen Beziehungen nach ihren jeweiligen präferierten Lebensweisen ausrichten (Thompson, et al. 1990). Die Verfolgung verschiedener Lebensweisen in unterschiedlichen sozialen Kontexten kann allerdings vorteilhaft sein, da sie Kooperation ermöglicht¹⁸. Konsequente Individuen, die im Extremfall in allen sozialen Situationen den gleichen way of life vertreten, sind in ihrer Fähigkeit zu kooperieren der Logik Thompsons et al. folgend eingeschränkt. Einerseits wird betont, dass die ways of life *kontextabhängig* sind, andererseits fehlt eine analytische Auseinandersetzung mit der Frage, wie Menschen gleichzeitig persönliche Beziehungen nach ihrem way of life selektieren können, in verschiedenen sozialen Situationen jedoch immer einen – und durchaus variierenden - way of life präferieren. Verfolgen sie hauptsächlich einen way of life, müsste daraus *ein* bestimmtes Netzwerk sozialer Beziehungen resultieren, das keine legitimierende Funktion gleichzeitig mehrerer ways of life zulässt.

Werner Jann (1986) kritisiert sowohl logische als auch empirische Probleme. Es bleibt die eigentliche Bedeutung und die Herkunft der zwei Dimensionen unklar. Warum ausgerechnet Grid und Group? Empirisch bleibt höchst fragwürdig, wie Grid und Group zu operationalisieren sind. Wie können starke bzw. schwache Gruppengrenzen gemessen werden? Wann spricht man von einer starken *group membership*, wann von einer schwachen? Mary Douglas selbst geht davon aus, dass das Auftreten in verschiedenen Gruppen nicht zu einer starken Kontrolle durch eine Gruppe führen kann und Personen, die in verschiedenen sozialen Kreisen verkehren daher niedrig auf der Group-Dimension einzustufen sind (vgl.

¹⁸ Robert Axelrod zeigt, dass Kooperation selbst unter extremen Bedingungen eine von Individuen angestrebte Strategie ist, da sie unabhängig von sozialen Kontexten kurzfristig und langfristig von Vorteil ist (Axelrod 1995).

Douglas 1982). Warum dies so sein soll bleibt allerdings unklar. Es ist ebenso denkbar, dass eine stark ausgeprägte Orientierung an sozialen Gruppen allgemein soziale Kompetenzen fördert, die zu einem sehr heterogenen sozialen Netzwerk führt. Das Auftreten in *verschiedenen* Gruppen kann deshalb ebenso gut ein Indiz für eine starke Orientierung an einer *group membership* sein.

Unklar bleibt auch, ob sich die zwei Dimensionen an der Unterscheidung viel/wenig oder stark/schwach ausrichten. Besitzen Individuen einen hohen Grid, weil die vorhandenen Regeln, an denen sie sich orientieren, besonders stark ausgeprägt und restriktiv sind oder weil die Zahl der Regeln besonders hoch ist? Besonders kritisch wird betont, dass egalitäre Gruppen, die per Definition eine starke Eingebundenheit in die Gruppe und gleichzeitig eine schwache Orientierung an Regeln aufweisen, in der Realität häufig besonders ausdifferenzierte Hierarchien und Regelstrukturen aufweisen (Jann 1986).

Es bleibt außerdem unklar, welche kausalen Wirkungszusammenhänge das Handeln von Individuen bestimmen. In der Theorie wird die Frage der Kausalität mit dem Hinweis umgangen, der bevorzugte Lebensweg (way of life) sei ein ständig von den Individuen neu evaluiertes und reziprokes Resultat aus ihren sozialen Beziehungen sowie ihren geteilten Werten und Ansichten. Tatsächlich wird aber an verschiedenen Stellen der Theorie ein eindeutiger kausaler Zusammenhang angenommen. So bevorzugen Individuen in der Tendenz diejenigen sozialen Kontakte, die ihrem way of life entsprechen (Thompson, et al. 1990: 266 f). Die Art und Weise eine Lebensweise zu führen determiniert hier die Form der sozialen Beziehungen. Unklar bleibt allgemein wo die ursprünglichen Präferenzen herkommen. Werner Jan fragt „Wird man tatsächlich nur Mitglied einer Bürgerinitiative oder der Grünen, weil man freiwillige Assoziationen liebt oder weil man starke Gruppen mit wenig Regeln möchte, und merkt man dann plötzlich, dass man auch für saubere Luft sein muß?“ (Jann 1986: 372). Analytisch wird durch die Annahme eines sich gegenseitig evaluierenden und unterstützenden Effektes zwischen Werten und sozialen Kontakten kein erkenntnistheoretischer Gewinn erzielt.

1.7. Zusammenfassung

Seit den Anfängen der politischen Kulturforschung in den 60er Jahren entwickeln sich verschiedene Strömungen. Die systemtheoretische Schule um Almond und Verba arbeitet auf der Grundlage empirischer Methoden und stellt die Falsifizier- bzw. Verifizierbarkeit konkreter Annahmen politischen Verhaltens in den Mittelpunkt ihres Forschungsinteresses. Mit Franz Urban Pappi erfährt diese oft als klassische politische Kulturforschung bezeichnete

Denkschule eine Erweiterung. In eine andere Richtung gehen marxistisch inspirierte Theorien politischer Kultur. Obgleich auch sie die direkte Erhebung politischer Wertvorstellungen durch empirische Methoden nicht ablehnen, sogar für nötig erklären (vgl. Galkin 1986), steht das Individuum und seine sozioökonomische Stellung im Gesamtsystem im Mittelpunkt der Forschung. Macht- und Herrschaftsstrukturen, die in systemtheoretischen Konstruktionen vernachlässigt werden, stehen in der marxistischen politischen Kulturforschung im Zentrum der Analyse. Das kulturelle Moment steht im Mittelpunkt des politischen Kulturverständnisses von Karl Rohe. Bewusst hebt er sich durch die Betonung einer viel grundsätzlicheren Ebene, an der politische Kultur ansetzt, von der klassischen politischen Kulturforschung von Almond und Verba ab. Empirisch kann die Umfrageforschung nicht jene Selbstverständlichkeiten aufgreifen, durch die sich aber grade politische Kultur auszeichnet. Folglich muss die empirische Kulturforschung anfangen „zwischen den Zeilen“ zu lesen. Eine weitere Forschungsrichtung entsteht aus der Anthropologie und richtet ihr Hauptaugenmerk auf die Wahrnehmung der sozialen Umwelt. Unter Bezugnahme auf die Grid-Group-Theorie wird individuelles Handeln durch das Zusammenwirken zweier Dimensionen erklärt und dadurch politisches Handeln und politische Wertvorstellungen zu einer Funktion einer präferierten Lebensweise.

Es konnte gezeigt werden, dass politische Kultur kein einheitlich verwendetes Konzept in den Sozial- und Politikwissenschaften ist. Je nach Forschungsschwerpunkt werden Aspekte des *politischen* (Almond und Verba), Aspekte der *Herrschaft* (marxistische Theorien), Aspekte des *kulturellen* (Karl Rohe) oder Aspekte der *sozialen Umwelt* (Thompson et al.) mit dem Begriff der Kultur verbunden. Aspekte der *Gerechtigkeit* sind Bestandteil keiner der hier vorgestellten Ansätze, obgleich der Begriff mit allen drei Aspekten des gesellschaftlichen Lebens verwoben ist und somit einen wichtigen Bestandteil innerhalb der politischen Kulturforschung ausmachen muss.

Um Aspekte der Gerechtigkeit für die politische Kulturforschung nutzbar zu machen, bietet der aus der Anthropologie stammende Ansatz von Thompson et al. (1990) eine Möglichkeit die Vorstellung verschiedener Lebensweisen mit Vorstellungen über Gerechtigkeit zu verbinden. Es ist denkbar, dass variierende Lebensweisen auch variierenden Gerechtigkeitsideologien zugrunde liegen. Weder der systemtheoretische Ansatz, noch der marxistische Ansatz bieten die Möglichkeit kulturelle Unterschiede innerhalb von Gesellschaften zu differenzieren. Mit dem Grid-Group-Schema wird es hingegen möglich,

innerhalb einer Gesellschaft Ideologien zu unterscheiden, die zur Beschreibung auch von Differenzen innerhalb der politischen Kultur einer Gesellschaft herangezogen werden können. Im folgenden Abschnitt werden die klassischen Denkschulen der empirischen Wahlforschung bzw. Theorien politischen Handelns dargestellt, die eng mit dem Begriff der politischen Kultur verbunden sind. Ziel ist es dabei, einerseits einen Überblick über vorhandene Konzepte der Wahlforschung zu liefern. Andererseits wird die später zu untersuchende Parteiidentifikation innerhalb der existierenden Ansätze verortet und näher diskutiert. Obgleich die Wahlforschung i. d. R. nicht als Bestandteil der politischen Kulturforschung begriffen wird, soll in dieser Arbeit eine Verbindung zwischen beiden Forschungsrichtungen geschlossen werden. Die Erklärung und Beschreibung von Wahlverhalten ist die Beobachtung von politischer Handlung. Die Verschiedenartigkeit, mit der Regierungssysteme Wahlsysteme ausbilden, ist elementarer Bestandteil der politischen Kultur eines Landes, da sie sich in bestimmten Schemen politischen Verhaltens äußern. Wichtiger Bestandteil des folgenden Abschnittes wird es daher auch sein, die verschiedenen Ansätze der Wahlsoziologie vor dem Hintergrund ihrer Relevanz für die politische Kulturforschung zu begreifen.

2. Theorien politischen Handelns. Denkschulen der empirischen Wahlforschung

Die Soziologie, Psychologie, Ökonomie, Politikwissenschaften und Kulturwissenschaft lehren uns Modelle, die das Handeln von Menschen beschreiben und Erklären. Dabei werden je nach wissenschaftlicher Ausrichtung und Orientierung unterschiedliche Schwerpunkte gelegt. Die Wahl einer politischen Partei als politische Handlung steht im Mittelpunkt dreier Forschungsrichtungen, der *soziologischen* oder *sozialstrukturellen*, der *sozialpsychologischen* und der *Rational-Choice-Theorie* des Wahlverhaltens. Im Folgenden werden die Kernaussagen und Ideen dieser Theorien beleuchtet und anschließend diskutiert.

2.1. Mikro- und makrosoziologische Erklärungsmodelle der Columbia-Schule

Die *soziologischen* Erklärungsmodelle untergliedern sich in die mikro- und makrosoziologischen Modelle, die beide an der Columbia-University entstanden und bis heute theoretische Grundlage der modernen empirischen Wahlforschung sind.

2.1.1. Politische Prädisposition durch soziale Beziehungen. Das Modell von Lazarsfeld und seinen Mitarbeitern

Anfang der 1940er Jahre führen erste empirische Beobachtungen von Lazarsfeld und seinen Mitarbeitern (1944) zur Formulierung einer *mikrosoziologischen* Theorie des Wahlverhaltens. Ursprünglich beabsichtigt das Forscherteam die Untersuchung des Wechsels von politischen Einstellungen und Wahlabsichten im Laufe des Präsidentschaftswahlkampfes in den USA (Roth 2000). Es stellt sich heraus, dass sowohl bei Wechselwählern als auch bei Wählern mit konstanter Parteipräferenz die Zugehörigkeit zu bestimmten sozialen Gruppen ein politisch homogenes Verhalten erzeugt. Änderte ein Wähler seine Wahlabsicht, erfolgte dies in der Regel in Richtung der politischen Prädisposition des sozialen Umfeldes. Inspiriert durch diese Erkenntnisse untersuchten Lazarsfeld et al. (1944) die Determiniertheit der Wahlabsicht durch die soziale Gruppe.

In Anlehnung an Georg Simmels Theorie der sozialen Kreise, nach der Handlungen durch den Einfluss sozialer Gruppen bestimmt sind (vgl. Simmel 1989), wird das Wahlverhalten durch die soziale Umwelt determiniert, in der sich der Wähler aufhält. Die Religionszugehörigkeit, der berufliche Status, der Familienstand, sein Alter und andere Faktoren bestimmen die Zusammensetzung der sozialen Kreise, die jeweils unterschiedliche Normen und Werte nach außen vertreten. Jede Einhaltung dieser Normen durch das Individuum wird mit Integration belohnt und führt somit durch den entstehenden Anpassungsdruck zur sozialen Kontrolle des Individuums durch seine soziale Umwelt, da der Einzelne in einem möglichst konfliktfreien Verhältnis leben möchte (Lazarsfeld, et al. 1944). Methodisch gründet die Wahlentscheidung auf dem Zusammenwirken dreier Wirkungsfaktoren: dem sozioökonomischen Status, der Religionszugehörigkeit und dem Wohnumfeld, die zusammengenommen den *Index der politischen Prädisposition* bilden. Je politisch homogener die sozialen Gruppen (Kreise) dabei sind, desto geringer sind die Wirkungskräfte gegenläufiger Faktoren und desto eher ist die Wahlentscheidung durch die Gruppennorm determiniert.

Die Wahlentscheidung basiert Lazarsfeld et al. (1944) folgend also auf der politischen Sozialisation, die durch soziale Kontrollmechanismen durch die soziale Umwelt ständig aktualisiert und evaluiert wird. Dabei kommt dem Wunsch des Individuums ein möglichst spannungsfreies Verhältnis zu seiner sozialen Umwelt zu pflegen eine besondere Funktion zu. Der so entstehende Anpassungsdruck zwingt den Wähler zu einer durch seine sozialen Kontakte determinierten politischen Handlung. Noch in den 90er Jahren kann von einer relativen Gültigkeit des mikrosoziologischen Ansatzes in Deutschland gesprochen werden (vgl. Roth 2000).

Kritisch bewertet wurde insbesondere, dass die Autoren keine wirkliche Erklärung ihrer Beobachtungen anbieten und der Prognosefähigkeit ihres Modells den Vorrang vor kausaler Erklärungskraft einräumen. Hieran anknüpfend versuchen Lipset und Rokkan (1967) die Wirkung *makrosoziologischer* Faktoren für die Wahlentscheidung zu ermitteln und erweitern das mikrosoziologische Modell von Lazarsfeld et al. (1944) um eine sozialhistorische Komponente.

2.1.2. Die politische Relevanz historischer Konflikte. Der sozialhistorische Ansatz von Lipset und Rokkan

Im Mittelpunkt des makrosoziologischen Ansatzes steht der Konflikt, der in allen Gesellschaften vorkommt und in Demokratien im ständigen Gleichgewicht gehalten werden muss. Gleichzeitig führt die Art der Konfliktstruktur zur Etablierung bestimmter, von ihr abhängiger Parteiensysteme. Parteien entstehen, so die grundlegende Annahme von Lipset und Rokkan, weil sich Individuen aufgrund gleicher Interessen zu Koalitionen zusammenfinden um politische Macht zu erlangen. Die Anzahl der Konflikte und die Zusammensetzung der Koalitionen zwischen Eliten und sozialen Gruppen bestimmen dabei die Nachfrage nach Parteien. Im Verlauf der europäischen Geschichte haben zwei historische Ereignisse zu der Herausbildung der heutigen Parteilandschaft der meisten westlichen Staaten geführt. Einerseits führen *territoriale Konflikte* im Zuge der Nationenbildung des achtzehnten und neunzehnten Jahrhunderts zu Konflikten über die politische Herrschaft. Andererseits bilden sich als Folge der industriellen und sozialen Revolution Konfliktstrukturen *ökonomischer* (oder funktionaler) Art heraus (etwa der Konflikt um Ressourcen und Produkte) (Rokkan und Lipset 1967).

Lipset und Rokkan klassifizieren nur zwei Dimensionen (Konfliktlinien) entlang derer vier Konflikttypen (Cleavages) entstehen. Konflikte *territorialer Art* bestehen zwischen dem Zentrum und regionaler Peripherie sowie zwischen Nationalstaat und Kirche. Fragen der Integration von Minderheiten, Fragen des Erziehungswesens oder auch Fragen der kulturellen Assimilation bestimmen Konflikte dieser Art. Konflikte *ökonomischer Art* entstehen zwischen Agrar- und Industrieinteressen und zwischen Arbeitern und Unternehmern. Tabelle 1 verdeutlicht den Zusammenhang zwischen Konfliktlinie und Art des Konflikts.

Tabelle 1) Konfliktlinien nach Lipset und Rokkan

Territoriale Konfliktlinie	Ökonomische (funktionale) Konfliktlinie
Konflikt zwischen herrschender Elite und abhängigen lokalen Bevölkerungsgruppen (ethnische, sprachliche oder religiöse Gruppen)	Konflikt zwischen agrarischen und industriellen Interessen
Konflikt zwischen säkularisiertem Machtanspruch des Staates und der Kirche	Konflikt zwischen Arbeit und Kapital

Bezogen auf Deutschland hat das makroökonomische Modell von Lipset und Rokkan insbesondere mit Blick auf die zwei großen Volksparteien SPD und CDU Gültigkeit. Seit den fünfziger Jahren lassen sich zwei Hauptkonfliktlinien in Deutschland feststellen (Falter, et al. 1990). Der *Klassenkonflikt* zwischen Arbeit und Kapital, der im Zuge der Industrialisierung entsteht, führt zur politischen Etablierung der SPD, die Interessen der Industriearbeiter vertritt. Die Ursprünge des *konfessionellen* Konflikts reichen zurück bis in die Reformation und betreffen die Auseinandersetzungen zwischen Katholiken und Bismarck während des Kulturkampfes. Die konfessionelle Konfliktlinie, die ursprünglich zwischen Katholiken und Protestanten verläuft, wandelt sich nach dem zweiten Weltkrieg in eine *religiöse* Spannungslinie zwischen religiös orientierten und nicht religiös orientierten Wählern. Sowohl die Konfliktlinie zwischen Arbeit und Kapital, als auch die religiöse Konfliktlinie weisen bis heute eine hohe Stabilität in Deutschland auf und können die Wahl von Parteien erklären (Falter, et al. 1990, Roth 2000), obgleich die spezifischen Milieus in denen die Bindungen verankert sind, sich deutlich verkleinern (Roth 2000).

Die sozialstrukturellen Ansätze (mikro- und makrosoziologisch) bieten die Möglichkeit Wahlverhalten auf der Grundlage soziologischer Kategorien zu erklären. Dabei liegt der Vorteil für die Wahlforschung in der relativen Konstanz dieser Kategorien, aber auch in der Stabilität des deutschen Parteiensystems. Die Ursachen von individuellem Parteiwechsel bleiben jedoch unbeleuchtet, sowie die Tatsache, dass sich bestimmte Wählermilieus in Ostdeutschland deutlich von denen in Westdeutschland unterscheiden (Arzheimer und Falter 1998).

2.2. Der sozialpsychologische Ansatz der Michigan Schule

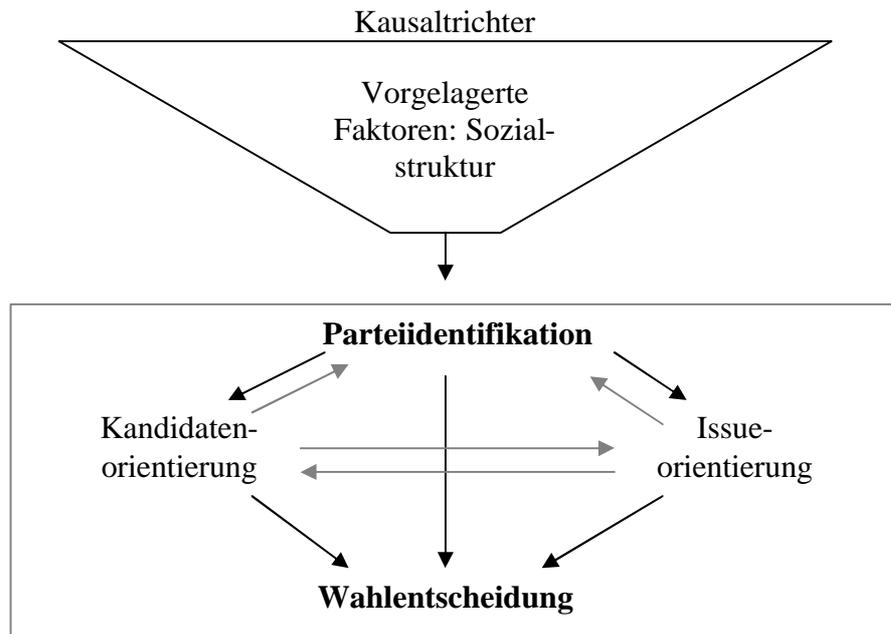
Ein weiterer wichtiger Theoriestrang entsteht in den 1950er Jahren an der University of Michigan. Im Mittelpunkt des sozialpsychologischen Modells von Campbell et al. (1954) steht das Individuum und seine kognitiven und evaluativen Fähigkeiten in Bezug auf die

Entscheidung eine politische Partei zu wählen. Bis Anfang der 90er Jahre wird das Michigan-Modell als führend in der empirischen Wahlforschung betrachtet (Falter, et al. 1990).

Die Wahl einer bestimmten politischen Partei erfolgt, Campbell et al. (1954) folgend, aus einem Zusammenwirken politisch-institutioneller, sozialökonomischer und psychologischer Bedingungsfaktoren. Die Autoren gehen dabei von einer trichterförmigen kausalen Wirkungsrichtung aus, an dessen engster Stelle, der Wahlentscheidung, der Determinanten-Trias steht. Dieser besteht aus der *Parteiidentifikation*, die sich direkt auf die Wahlentscheidung auswirkt, gleichzeitig aber auch Einfluss auf die Bewertung der Kandidaten hat (*Kandidatenorientierung*), und auf die *Issue-Orientierung* wirkt. Bei letzterer handelt es sich um Sachthemen, die vom Wähler wahrgenommen werden müssen und zu denen die Wähler positive bzw. negative Einstellungen haben. Es wird sowohl bei der Kandidatenorientierung als auch bei der Issue-Orientierung zwischen Intensität, Richtung und Stärke der Orientierung unterschieden. Die Stärke der Issue-Orientierung wird durch die Anzahl der nicht neutralen Positionen des Wählers zu verschiedenen Sachthemen ermittelt. Die Richtung und Intensität der Issue-Orientierung ermittelt sich aus der Anzahl der Sachthemen, die der Wähler einer bestimmten Partei zutraut. Bei Campbell et al. (1954) ergeben sich, bezogen auf das politische System der USA, fünfstufige Skalen, die an ihren Extremwerten Eins und Fünf jeweils eine vollständige Issue-Orientierung zugunsten der Demokraten, oder am anderen Ende der Skala eine vollständige Issue-orientierung zugunsten der Republikaner abbilden (Campbell, et al. 1954).

Diesen direkten Einflussfaktoren (Kandidaten- und Issue-Orientierung) sind eine Reihe sozialer und psychischer Faktoren vorgelagert, wobei der Parteiidentifikation eine wichtige Rolle zukommt. Diese setzt sich aus soziostrukturellen Einflussfaktoren zusammen, wie etwa der Mitgliedschaft in bestimmten Gruppen sowie der politischen Sozialisation in der Kindheit durch das Elternhaus.

Abb. 3) Sozialpsychologisches Modell der Wahlentscheidung nach Campbell



Die Parteiidentifikation kann als psychologische Mitgliedschaft verstanden werden, die eine gefühlsmäßig verankerte Einflussgröße darstellt. Sie ist neben der kurzfristigen Kandidaten- und Issue-Orientierung eine langfristige Größe und zeitlich den Orientierungen vorgelagert. Als langfristige Größe kann sie jedoch auch von den kurzfristigen Größen beeinflusst werden, so dass zwischen der Parteiidentifikation und den Kandidaten- bzw. Issue-Orientierungen eine reziproke Beziehung entsteht. Das Bild der Kandidaten wird von der langfristigen Parteiidentifikation „gefärbt“; umgekehrt kann sich diese ändern, wenn die kurzfristige Orientierung an bestimmten Kandidaten oder Issues stark ausfällt. In ihren Studien können Campbell et al. (1960) jedoch feststellen, dass die kurzfristigen Größen stärkeren Änderungen unterliegen als die Parteiidentifikation. Sie gehen deshalb in späteren Studien in Bezug auf die Parteiidentifikation von einer stabilen Größe aus, die von der Kandidaten- und Issue-Orientierung nicht mehr beeinflusst wird (Campbell 1960).

In Deutschland wird das Konzept der Parteiidentifikation kritisch diskutiert. Im Mittelpunkt der Diskussion steht die Frage, inwiefern das aus der US-amerikanischen Forschung stammende Konstrukt überhaupt auf die Bundesrepublik übertragen werden kann. In den 70er und 80er Jahren entstehen Versuche, die Konzeption des Konstrukts für die Bundesrepublik nutzbar zu machen. Anhand von Validierungsanalysen zeigen die Protagonisten des Michigan-Modells, dass sich das Konstrukt auf die Bundesrepublik übertragen lässt. Mit der Wiedervereinigung stellt sich die Frage, inwiefern sich in der DDR eine Identifikation mit westdeutschen Parteien entwickeln konnte. Man geht Anfang der 90er Jahre davon aus, dass

die Wahlabsicht in Ostdeutschland nur aufgrund von kurzfristigen Faktoren determiniert wird (vgl. Roth 1990). Mitte der 90er Jahre kann gezeigt werden, dass schon zur Zeit der Teilung in der DDR eine „Quasi-Parteiidentifikation“ mit westdeutschen Parteien stattfindet. Die Übertragbarkeit des Konzepts der Parteiidentifikation auf das wiedervereinte Deutschland wird heute in der empirischen Wahlforschung nicht mehr bezweifelt (Falter, et al. 2000).

Auffallend am sozialpsychologischen Modelle der Michigan-Schule ist, dass im Gegensatz zu den soziologischen Modellen die individuelle Interpretation sozioökonomischer Größen von Bedeutung ist. Auch die tatsächliche Mitgliedschaft in einer bestimmten sozialen Gruppe ist nur insofern von Bedeutung, als die subjektive Identifikation mit dieser Gruppe von Bedeutung ist. Aus Sicht der Michigan-Schule wird die individuelle Wahlentscheidung als eine Funktion gegenwärtiger und vergangener Ereignisse gesehen, bei der alle Hintergrundfaktoren, mit Ausnahme einiger objektiver Faktoren, durch die individuelle Wahrnehmung vermittelt sind. Lediglich *persönliche*, und oder *politische* Faktoren können nach Ansicht der Autoren einen entscheidenden Einfluss auf die Wahl haben (Campbell, et al. 1954).

2.3. Rational-Choice-Modelle der Wahlentscheidung

Sowohl soziologische als auch sozialpsychologische Modelle des Wahlverhaltens gehen von einer grundsätzlichen Prägung des Wählers durch soziale Kategorien oder psychologische Größen aus. Rational-Choice-Modelle setzen dies als bereits gegeben voraus und stellen den Wähler als sich anpassendes rationales Individuum in den Mittelpunkt, das durch individuelle Nutzenmaximierung getrieben, bestimmte politische Programme auf der Grundlage von Kosten-Nutzen-Kalkulationen anderen vorzieht. Verhaltensveränderungen werden als Anpassung an die Veränderung situativer Bedingungen begriffen. Faktoren, die die Wahl beeinflussen, werden nicht wie im Falle der soziologischen und sozialpsychologischen Modelle, direkt beim Wähler gesucht. Die subjektive Wahrnehmung situativer Bedingungen steht allerdings, wie auch beim sozialpsychologischen Ansatz im Mittelpunkt. Ausgehend vom Rationalitätsprinzip, bauen Rational-Choice-Modelle des Wählens auf der in der Wirtschaftstheorie weit verbreiteten Annahme auf, Individuen wählen diejenigen Verhaltensoptionen in einer gegebenen Situation, die ihnen in der Zukunft von größtmöglichem Nutzen sein werden.

Der amerikanische Nationalökonom Anthony Downs überträgt das Konzept des rationalen Handelns Ende der 1950er Jahre auf die Wahlforschung und liefert eine Alternative zu den

klassischen soziologischen und sozialpsychologischen Ansätzen (vgl. Downs 1968)¹⁹. In seiner Theorie ist der Wähler egoistisch und lediglich durch sein rationales Nutzenkalkül motiviert einer Partei seine Stimme zu geben. Das von ihm benannte *Eigennutzenaxiom* wird zum zentralen Fundament seiner Theorie, und gilt für den Wähler, der seinen Eigennutzen etwa in der Form von Eigentumssteigerung maximieren will, als auch für die Parteien, die an einer Maximierung von Wählerstimmen interessiert sind.

Die Wahl einer bestimmten politischen Partei erfolgt durch den direkten Vergleich des politischen Angebotes der Parteiprogramme. Dabei fließen in die Wahlkalkulation die Kosten des Wählens ein, sowie die Anzahl der Stimmen, die eine Partei vermutlich erhält. Die Kosten des Wählens beziehen sich auf die Informationsbeschaffung, die aus Informationen über zurückliegende politische Ereignisse und aktuellen Parteiprogrammen besteht. Als rational handelnder Mensch ist der Wähler dabei notwendigerweise auf *vollständige* Informationen angewiesen. Wird unter Berücksichtigung aller Alternativen und unter Verwendung aller verfügbaren Informationen keine Maximierung des eigenen Nutzens erwartet, wird nicht gewählt (Downs 1968: 244 f).

Das Problem der Downs'schen Theorie besteht in der Vollständigkeit von Informationen. In der Realität liegen Informationen nur teilweise vor, oder aber ihre Beschaffung ist mit einem hohen (Kosten-) Aufwand verbunden. Downs selbst geht daher in seiner Theorie von einer *Unvollständigkeit* an Informationen aus. Um die Kosten der Informationsbeschaffung zu reduzieren, entwickeln sowohl Wähler, als auch Parteien verschiedene Strategien. Der Wähler reduziert die Informationsbeschaffung dabei auf diejenigen Problemfelder, die aus rationalen Gesichtspunkten für wichtig erachtet werden. Die Kosten einer solchen reduzierten Informationsbeschaffung dürfen dabei nicht größer sein, als der Nutzen, den eine zusätzliche Informationsbeschaffung bieten würde. Als Informationsquelle werden Medien, Interessengruppen, soziale Gruppen oder die Parteien selbst herangezogen. Parteien gehen ebenfalls von einer unvollständigen Informiertheit ihrer Wählerschaft aus. Um dem Wähler dennoch eine Beurteilung auf der Grundlage weniger Informationen zu ermöglichen, wird die Komplexität politischer Zusammenhänge in Form von Ideologien reduziert (Downs 1968).

¹⁹ Es war nicht die ursprüngliche Intension von Anthony Downs einen alternativen Beitrag zur empirischen Wahlforschung zu entwickeln. Downs interessiert sich in seinem Werk *Ökonomische Theorie der Demokratie* für die Rolle des Staates in demokratischen Gesellschaften. Er sucht nach Wegen, auf der Grundlage des Rationalitätsprinzips Verhaltensregeln von demokratischen Regierungen zu finden, die in das Handeln privater Entscheidungsträger eingreifen. Erstmals wurde die Idee des rationalen Wählers von Vladimir Key in *The Responsible Electorate* formuliert (vgl. Key 1966).

Als alternatives Konzept zu den in den 60er Jahren dominierenden soziologischen und sozialpsychologischen Ansätzen, bieten Rational-Choice-Modelle eine Antwort auf das Phänomen der Nichtwahl. Auch die Protestwahl kann als rationales Kalkül gewertet werden, die zum Ziel hat, der präferierten Partei einen „Denkzettel“ zu verpassen um somit die politische Programmatik der Parteien zu beeinflussen. Allerdings liefert die Rational-Choice-Theorie des Wählens keine zufriedenstellende Erklärung dafür, warum überhaupt gewählt wird. Insbesondere hohe Wahlbeteiligungen sind deshalb mit der Downs'schen Theorie nicht zu erklären, da die Stimme des Einzelnen niemals entscheidend für die Wahl ist und somit für das Ergebnis nicht relevant. Die Teilnahme an Wahlen ist also nicht rational. Um diesem Paradox entgegenzuwirken geht Downs davon aus, dass neben dem instrumentellen Nutzen einer Wahl, auch ein nichtinstrumenteller Nutzen existiert. Dieser besteht aus einem langfristigen Wohlfahrtsgewinn, an dessen Realisierung jeder Wähler ein Interesse formuliert, und ist unabhängig davon, welche Partei die Wahl gewinnt. Die Rationalität der Teilnahme an Wahlen, so Downs, besteht in dem Interesse eines jeden, demokratische Werte aufrecht zu erhalten. (Downs 1968)²⁰.

Bezogen auf Deutschland lassen sich Aspekte der Rational-Choice-Modelle insbesondere auf die unterschiedlichen Wahlverhalten in Ost und West anwenden. 1994 überstieg der Anteil der Arbeiter, die CDU wählten im Osten den Anteil der Arbeiter, die SPD wählten (vgl. Arzheimer und Falter 1998, Roth 2000). Sowohl mit soziologischen als auch sozialpsychologischen Erklärungsmodellen lässt sich nur schwer argumentieren, woher diese Abnormität herrührt, denn gerade im Osten sollte aufgrund der politischen Sozialisation in einen Staat der *Arbeit* zum Leitfadens eines Lebensstils hochstilisiert, die Neigung unter Arbeitern zur SPD größer sein. Das Verhalten lässt sich als rational erklären, insofern als die Enttäuschung über den ökonomischen Zusammenbruch unter den Arbeitern im SED-Regime besonders groß war. Diese wählten folglich diejenige Partei, die wirtschaftliche Prosperität versprach (Roth 2000).

²⁰ Becker (2001) nennt einige Strategien die versuchen, das *Paradox der Wahlbeteiligung* aufzulösen. Zur ersten zählt das bereits erwähnte Prinzip des nichtinstrumentellen Nutzens. Danach beteiligen sich Akteure an Wahlen um demokratische Werte aufrechtzuerhalten. Allerdings bleibt unklar warum rationale Wähler aus reiner Bürgerverantwortung an Wahlen teilnehmen sollten. Das Paradox der Wahlbeteiligung wird lediglich durch das Paradox der Partizipation aus Bürgerverantwortung ersetzt. Eine zweite Strategie behauptet, der Wähler schätzt die Wahrscheinlichkeit, mit der seine Stimme entscheidend für den Wahlausgang ist, falsch ein. Der rationale Wähler wird allerdings hier nur ersetzt durch einen dummen Wähler. Nach einer dritten Strategie entwickeln Parteien Strategien den Wähler durch den Einsatz propagandistischer Mittel (jede Stimme zählt) zur Wahl zu motivieren. Rationale Wähler allerdings sollten immun gegenüber solchen Strategien sein, denn es beeinflusst in keiner Weise die Kosten der Wahl, bzw. Nichtwahl (vgl. Becker 2001)

2.4. Zusammenfassung

Seit einigen Jahren wird mit wachsender Beliebtheit auf Rational-Choice-Modelle zur Erklärung der Wahlentscheidung zurückgegriffen. Die Rede vom Paradigmenwechsel in der Wahlsoziologie macht die Runde, obgleich kritische Stimmen dem sozialpsychologischen Ansatz nicht ohne Skepsis bezüglich des Erkenntniswertes der Rational-Choice-Modelle, seine dominante Rolle absprechen wollen (Shahla 2001).

Insgesamt gelingt es den soziologischen Erklärungsmodellen die Wahlabsicht als Funktion der sozialen Umwelt zu beschreiben, in die jeder Wähler eingebunden ist. Gewählt wird in Übereinstimmung mit der Eingebundenheit in soziale Kontexte. Somit vermag der soziologische Ansatz zu erklären, warum bestimmte Parteien von einer bestimmten Klientel bevorzugt werden. Die Stärke des (makro)soziologischen Ansatzes liegt deshalb in seiner Fähigkeit, auf der Grundlage historischer und sozialer Konstellationen die Wahlabsicht einer bestimmter Klientel als Folge institutioneller und sozialstruktureller Gegebenheiten zu erklären und bezogen auf Deutschland, die bis heute andauernde Bedeutung der religiösen Orientierung oder der beruflichen Stellung zu untermauern. Ein Wandel zwischen dicht aufeinanderfolgenden Wahlen kann dagegen nur unter Zuhilfenahme zusätzlicher Annahmen erklärt werden, indem etwa auf die unterschiedliche Bedeutung gruppenspezifischer Normen in den unterschiedlichen Wahlen verwiesen wird. Allerdings sind derartige sich schnell ändernde Bedeutungen von Normen in der Realität unwahrscheinlich und nur unzureichend durch soziologische Kategorien zu erklären. Hierin liegt gleichzeitig die Schwäche soziologischer Modelle.

Abgesehen von der steigenden Beliebtheit des Rational-Choice-Ansatzes, dominiert in der Wahlsoziologie heute der sozialpsychologische Ansatz. Er betont die Bedeutung des Zusammenwirkens sozioökonomischer, psychischer und politischer Bedingungsfaktoren und stellt einen Zusammenhang zwischen *individuellen Einstellungen* des Wählers und seiner Wahlabsicht her. Nicht nur soziologische Größen, wie etwa Beruf, Alter oder religiöse Orientierung spielen eine Rolle, obgleich sie als dem kausalen Wirken vorgelagerte Größen in die Wahlentscheidung mit einfließen. Bereits in der Kindheit werden politische Werte sozialisiert, die sich in zukünftigen Wahlentscheidungen über die Parteiidentifikation entscheidend auswirken. Politische Einstellungen zu aktuellen Sachthemen und Kandidaten beeinflussen ebenfalls die Wahlabsicht. Die Stärke des sozialpsychologischen Ansatzes der Michigan-Schule liegt in ihrer Einbeziehung vergangener und gegenwärtiger Faktoren, sowie der Annahme, dass die *subjektive Wahrnehmung* und *Interpretation* bestimmter sozialer und politischer Sachverhalte von entscheidender Bedeutung ist. Die unterschiedlichen politischen

Ansichten in Ost- und Westdeutschland etwa, können mit dem sozialpsychologischen Modell das abweichende Wahlverhalten in Ost und West teilweise erklären. Was passiert aber, wenn keine, oder wie im Falle Ostdeutschlands, eine nur sehr kurze politische Sozialisation die Wirkung zurückliegender Ereignisse unmöglich macht? Die Identifikation mit einer (westdeutschen) Partei beginnt für viele Ostdeutsche nicht in der Kindheit und ist daher kein vergleichbar stabiles Konstrukt. Der sozialpsychologische Ansatz stößt dort an seine Grenzen, wo die subjektiven Wahrnehmungen und Interpretationen der sozialen und politischen Umstände unterschiedlichen Maßstäben unterliegen. Allerdings zeigen Studien über die Gültigkeit der Parteiidentifikation in Deutschland nach der Wiedervereinigung, dass durch eine „Quasi-Parteibindung“ an westliche Parteien bereits vor der Wiedervereinigung das Konstrukt der Parteiidentifikation auch in Ostdeutschland Gültigkeit hat (Falter, et al. 2000). Sowohl die Wirkung soziologischer Kategorien, als auch den Einfluss psychologischer Faktoren setzen Rational-Choice-Modelle als gegeben voraus. Entgegen der sozialen bzw. psychologischen Determiniertheit, stellen Rational-Choice-Modelle den Wähler als rational handelndes Individuum dar, der durch kalkultiertes Abwägen seine Wahl trifft. Die besondere Erklärungskraft dieser Modelle liegt in ihrer Fähigkeit die Nichtwahl als rationales Phänomen des „Bestrafens“ zu interpretieren. Sowohl die Columbia- als auch die Michigan-Schule liefern diesbezüglich keine plausiblen Antworten. Ebenfalls kann das Verhalten von taktischen Wählern erklärt werden, die aus strategischen Gründen Koalitionen erzwingen wollen, und deshalb der eigentlich präferierten Partei ihre Stimme nicht geben. Die Rational-Choice-Theorie des Wählens kommt allerdings zu dem paradoxen Ergebnis, dass es für einen Wähler rationaler wäre, nicht zu wählen. Der prominenteste Vertreter des Rational-Choice-Ansatzes, Anthony Downs, liefert mit seiner Theorie des Wohlfahrtsgewinns eine eher schwache Erklärung. Das Ausklammern bzw. Voraussetzen sozialer Wirkungsfaktoren reduziert den Wähler auf ein streng nach Kosten-Nutzenrechnung handelndes Wesen, das unter gleichen objektiven Bedingungen, und unter Abwägung unvollkommener Information, nicht zur Wahl geht, wenn die Gesamtheit der politischen Alternativen keine persönliche Nutzenmaximierung verspricht.

Die Schwerpunkte der prominentesten Ansätze der Wahlforschung wurden hier unter dem Aspekt ihrer potentiellen Erklärungskraft, sowie ihrer Stärken und Schwächen diskutiert. Dabei stellen die Wahlsoziologie und die in ihr verankerten Modelle zur Erklärung des Wahlverhaltens einen speziellen Bereich der politischen Kulturforschung dar, da politische

Handlung im Kontext historischer, sozialer und somit auch kultureller Gegebenheiten untersucht wird.

Der sozialpsychologische Ansatz liefert mit der Betonung psychologischer Faktoren ein Konstrukt – die Parteiidentifikation – die als konstante Größe bereits in der Kindheit sozialisiert wird. Die unterschiedliche politische Sozialisation in Ost- und Westdeutschland lässt vermuten, dass bezüglich der Parteiidentifikation Unterschiede in beiden Landesteilen auftreten. Obgleich eine „Quasi-Parteiidentifikation“ mit westdeutschen Parteien bereits zu Zeiten der DDR wirksam war, kann davon ausgegangen werden, dass die Identifikation mit den Parteien durch Vorstellungen von Gerechtigkeit determiniert ist, die zu Zeiten der DDR in West- und Ostdeutschland variierten. Die politisch-psychologische Wirkung von Gerechtigkeitsideologien ist somit einerseits vor dem Hintergrund differierender politischer Sozialisationen und unterschiedlicher Vorstellungen von Gerechtigkeit relevant, um Unterschiede in den politischen Kulturen aufzuzeigen. Das Konstrukt der Parteiidentifikation wird im Rahmen dieser Arbeit verwendet um zu untersuchen, inwiefern Gerechtigkeitsideologien die Parteiidentifikation beschreiben können.

Im folgenden Abschnitt wird die zunehmende Bedeutung von Gerechtigkeitsvorstellungen für die politische Kulturforschung in Deutschland explizit verdeutlicht. Dabei richtet sich das Hauptaugenmerk auf die Entwicklung der politischen Kultur in Deutschland in den letzten zehn Jahren. Es soll gezeigt werden, dass Differenzen in den Einstellungen der Bürger in Ost- und Westdeutschland zu zwei getrennten Elektoraten - zu zwei getrennten politischen Kulturen - in Deutschland führen, und dass neue Wege in der politischen Kulturforschung gegangen werden müssen, um adäquate Erklärungsansätze für die Differenzen zu finden. Die empirische Gerechtigkeitsforschung kann dies zwar nicht leisten. Allerdings vermag sie die Unterschiedlichkeiten im Wahlverhalten in Ost- und Westdeutschland vor dem Hintergrund unterschiedlicher Vorstellungen von Gerechtigkeit zu interpretieren und dadurch einen Zusammenhang herzustellen zwischen den oft zitierten Ohnmachtsgefühlen der Ostdeutschen gegenüber den Westdeutschen und daraus resultierenden Wahlabsichten.

**Teil II: Deskriptiver Zugang zur Problemstellung:
Politische Kultur in Ost- und Westdeutschland**

3. Besonderheiten der politischen Kultur in Deutschland in den 90er Jahren

Dass mit der Entstehung demokratischer Strukturen nicht automatisch auch eine demokratische politische Kultur entsteht, hat Sidney Verba bereits Mitte der 60er Jahre formuliert (Verba 1965: 517 f). Anfang der 90er Jahre erinnert man sich sorgenvoll mit Blick auf die steigende Unzufriedenheit der Ostdeutschen an diese Feststellung zurück und spricht von einer ungewissen Entwicklung der politischen Kultur in Ostdeutschland (vgl. Gabriel 1994). Die demokratische Entwicklung beider Teile Deutschlands würde heute niemand bezweifeln. Allerdings basiert sie nach dem Fall der Mauer auf unterschiedlichen politischen Kulturen. Ziel des folgenden Abschnittes ist es, die unterschiedlichen politischen Ansichten zwischen Ost- und Westdeutschen aufzuzeigen und dabei insbesondere den Aspekt der *Einstellung gegenüber Gerechtigkeitsvorstellungen* hervorzuheben. Die Bedeutung von Gerechtigkeitseinstellungen in Bezug auf politische Kultur im Allgemeinen und speziell in Ostdeutschland, basiert Thumfart (2002) folgend auf vier Argumenten. Erstens überschneiden sich mit dem Konzept der politischen Kultur eine Reihe von Einstellungskomponenten, wie etwa die Bewertung der Demokratie, der Wirtschaft oder der Vergangenheit. Zweitens ist mit dem Begriff der Gerechtigkeit sowohl eine normativ-kognitive, als auch eine emotional-affektische Dimension verbunden. Durch eine theoretische Verbindung beider Dimensionen kann die Gerechtigkeitsforschung in der politischen Kulturforschung verankert werden. Drittens bietet das Thema Gerechtigkeit die Möglichkeit, die Erfahrungen von Gewinnen und Verlusten der vergangenen Jahre deutscher Einheit aufzufangen, und viertens lassen sich durch die Erfassung von Gerechtigkeitseinstellungen Aussagen über die (politischen) Konsequenzen spezifischer Einstellungen treffen (Thumfart 2002).

Neben den genannten Gründen gibt es eine Reihe von Gründen, die auf die direkte politische Relevanz von Gerechtigkeit abzielen. Darunter fällt insbesondere die Beobachtung des Zusammenhangs zwischen Gerechtigkeitseinstellungen und politischer Handlung, bzw. die Beobachtung des Zusammenhangs zwischen politischen und gerechtigkeitsrelevanten Einstellungen. In diesem Kapitel werden gerechtigkeitsrelevante Aspekte der politischen Kultur in Deutschland, speziell in Ostdeutschland diskutiert.

In einem ersten Schritt wird die These der zwei getrennten Elektorate in Deutschland vor dem Hintergrund der Ergebnisse der Bundestagswahl 1998 diskutiert. Inwiefern unterscheiden sich die Wählerschaften in Ost- und Westdeutschland bezüglich ihres Wahlverhaltens, und welche Erklärungen können wir für eventuelle Diskrepanzen heranziehen? In einem zweiten Schritt

wird die Rolle der PDS hervorgehoben, der als Identifikationsfigur in Ostdeutschland eine entscheidende Rolle mit Blick auf die politische Kultur zukommt. Es werden potentielle Gründe für die Wahl der PDS unter dem Aspekt der besonderen Wichtigkeit sozialer Themen in Ostdeutschland diskutiert. Anschließend wird die Bedeutung von Benachteiligungsgefühlen aufgegriffen und diskutiert, welche Folgen sich für die politische Kultur in Deutschland daraus ergeben. Abschließend soll diskutiert werden, inwiefern das Thema Gerechtigkeit für die Untersuchung der politischen Kultur relevant ist, und inwiefern es zur Analyse von politischer Handlung herangezogen werden kann. Unter Zuhilfenahme von Studien aus dem Wahljahr 1998 werden spezifische Aspekte der Wahlsoziologie beleuchtet, um die Relevanz von Gerechtigkeitsthemen für die Wahl von Parteien herauszuarbeiten.

3.1. Zwei getrennte Elektorate in Deutschland?

Die These der zwei getrennten Elektorate in Deutschland basiert auf der Annahme, dass sich 1990 bis 1994 Teile der Arbeiterschaft in Ostdeutschland langfristig an die CDU gebunden hätten und für die SPD verloren seien (Dalton und Bürklin 1995). Arzheimer & Falter (1998) überprüfen diese These für die Wahl 1998 und kommen zu dem Ergebnis, dass sich zwar deutliche Unterschiede in der soziostrukturellen Zusammensetzung der Parteibindung in Ost- und Westdeutschland finden lassen. Diese resultieren allerdings, so das Argument, aus einer bisher eher schwach vermittelten soziostrukturellen Parteibindung, von der insbesondere die Arbeiterschaft in Ostdeutschland betroffen sei. Von einer langfristigen Bindung der Arbeiterschaft an die CDU, so die Autoren, kann keine Rede sein. Durch die schwache Parteibindung muss in zukünftigen Wahlen davon ausgegangen werden, dass in Ostdeutschland - stärker als in Westdeutschland - mit schwankendem Wahlverhalten zu rechnen ist. Die These der zwei getrennten Elektorate in Deutschland ist daher nur teilweise zutreffend (Arzheimer und Falter 1998).

Die Wahlergebnisse von 1994 und 1998 zeigen allerdings, dass in Ost- und Westdeutschland unterschiedlich gewählt wird.

Tabelle 2) Das Wahlergebnis 1994 und 1998 in Ost- und Westdeutschland. Angaben in Prozent

	Westdeutschland		Ostdeutschland	
	1994	1998	1994	1998
SDP	37,5	42,3	31,5	35,1
CDU/CSU	42,1	37,1	38,5	27,3
Bündnis 90/GRÜNE	7,9	7,3	4,3	4,1
F.D.P	7,7	7,0	3,5	3,3
PDS	1,0	1,2	19,8	21,6
Republikaner	2,0	1,9	1,3	1,5
DVU	0,0	0,8	0,0	2,8

Quelle: Zusammenstellung auf Basis der Wahlanalyse der Konrad-Adenauer-Stiftung 1998 und der amtlichen Endergebnisse der Bundestagswahl 1998. Tabelle aus Pollack und Pickel (2000)

Tabelle 2 ist zu entnehmen, dass der Verlust der CDU in Ostdeutschland 1998 viel größer ist, als in Westdeutschland. Während in Westdeutschland die CDU 5% Punkte zwischen 1994 und 1998 verliert, beträgt der entsprechende Verlust in Ostdeutschland 11,2% Punkte. Ebenfalls auffällig ist das Wahlergebnis der kleinen Parteien im Ost-West-Vergleich. Deutlich geringer fällt die Wahl für Bündnis 90/GRÜNE und F.D.P. in Ostdeutschland aus – dort wären sie an der 5% Hürde gescheitert. Weiterhin wird deutlich, dass die DVU in Ostdeutschland mit immerhin 2,8% ein annähernd so starkes Ergebnis erzielt, wie beispielsweise die F.D.P (3,3%). Das Wählen rechter Parteien scheint auf den ersten Blick ebenfalls ein Phänomen der neuen Bundesländer zu sein. Studien zeigen, dass insbesondere unter Jugendlichen das Potential rechte Parteien zu wählen hoch ist (vgl. Minkenberg 2000) (Pickel und Pickel 2000). Doch erst mit Blick auf die Wahl der PDS kommt der eigentliche Unterschied zwischen Ost- und Westdeutschland zum Vorschein, der sich zwischen 1994 und 1998 sogar noch vergrößert hat. Nahezu bedeutungslos ist das Wahlergebnis der PDS in den alten Bundesländern. In den neuen Bundesländern wird die PDS mit 21,6% drittstärkste Partei. Auf der Ebene des Parteiensystems lassen sich also durchaus Anzeichen für das Argument der zwei getrennten Elektorate finden, die in der Wahl der PDS und der stärkeren Neigung rechte Parteien zu wählen zum Ausdruck kommt.

Pollack und Pickel (2000) untersuchen den Wahlausgang 1998 und kommen zu dem Ergebnis, dass sich neben den zahlenmäßigen Unterschieden auch teilweise sozialstrukturelle Unterschiede in den Wählerschaften sowie Unterschiede bezüglich der Parteiidentifikation finden lassen (Pollack und Pickel 2000a). Bezüglich der sozialstrukturellen Zusammensetzung der Wählerschaften in Ost- und Westdeutschland stellen die Autoren fest, dass insbesondere der Anteil der Kirchenmitglieder in Ostdeutschland mit 30% weitaus geringer im Vergleich zu Westdeutschland ist (85%). Dies sollte sich negativ für die CDU in

Ostdeutschland auswirken, da die CDU traditionell einen hohen Anteil von Kirchenmitgliedern zu ihrer Anhängerschaft zählt. Abgesehen von einem höheren Arbeiteranteil in Ostdeutschland können jedoch keine weiteren Signifikanten sozialstrukturellen Unterschiede festgestellt werden.

Die Frage, ob allein das Cleavage Kirchenmitglied vs. nicht Kirchenmitglied, bzw. der höhere Anteil an Arbeitern in Ostdeutschland das unterschiedliche Wahlverhalten erklären kann, kann nur teilweise bejaht werden. Die hohen sozialstrukturellen Fluktuationen in den Wählerschaften sprechen eher gegen eine eindeutige Bestimmung der Wahl durch sozialstrukturelle Faktoren. Bereits vor der Wahl 1998 stellen Arzheimer & Falter (1998) fest, dass zwischen 1990 und 1994 unter Arbeitern die Wahrscheinlichkeit in Ostdeutschland größer war die CDU zu wählen (vgl. Arzheimer und Falter 1998). Diese „Anomalie“ löst sich 1998 jedoch auf (Pollack und Pickel 2000a).

Können sozialstrukturelle Unterschiede das Wahlverhalten nur unzureichend erklären, so stellt sich die Frage inwiefern der sozialpsychologische Erklärungsansatz Hinweise liefert, die Theorie der getrennten Elektorate zu bekräftigen. Neben der Parteiidentifikation, sind danach sowohl die kurzfristige Komponente der zu wählenden Kanzlerkandidaten und die Komponente der Issues- oder Sachthemen für den Ausgang einer Wahl entscheidend. Auf der Aggregatebene zeigen sich bezüglich der Parteiidentifikation erhebliche Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland. Besonders deutlich tritt der Unterschied bei denjenigen Personen zum Vorschein, die angeben keinerlei Parteibindung zu haben. Während der Anteil dieser Personengruppe 1998 in Westdeutschland 28% ausmacht, sind mit 44% fast die Hälfte aller Menschen in Ostdeutschland ohne Parteibindung (Pollack und Pickel 2000a).

Bezüglich der Bewertung der Kanzlerkandidaten entsprechen sich die Befürworter Helmut Kohls bzw. Gerhard Schröders in ihrer Bewertung in Ost- und Westdeutschland fast auf die Prozentpunkte. Die Kanzlerkandidatenbewertung 1998 unterscheidet sich daher in Ost- und Westdeutschland nicht signifikant voneinander.

Die Wichtigkeit von Sachthemen ist nach dem sozialpsychologischen Modell insofern von Bedeutung, als Menschen bestimmten Parteien Kompetenzen in verschiedenen Bereichen zutrauen. Aktuelle Themen, wie Arbeitslosigkeit, soziale Sicherheit oder Altersfürsorge können entscheidend die Wahl beeinflussen, wenn sie in den Kompetenzbereich bestimmter Parteien fallen. Doch auch hier, so weisen Pollack und Pickel (2000) nach, dass sich nur geringfügige Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland feststellen lassen. In beiden Landesteilen wird das Thema Arbeitslosigkeit 1998 als wichtigstes Thema erachtet, gefolgt von den Themen Steuern und Rente. Dem Themenbereich Sozialpolitik weisen ostdeutsche

Wähler eine höhere Bedeutung zu, worin eine höhere Orientierung an sozialen Belangen zum Ausdruck kommt. In beiden Bundesländern wird der SPD bezüglich dieses Bereichs eine höhere Problemlösungskompetenz zugeschrieben als der CDU. Der Unterschied zwischen Ost- und Westdeutschland ist allerdings relativ hoch. Während der CDU 12% der Wähler in Ostdeutschland eine Kompetenz in Sachen Sozialpolitik zusprechen, liegt der Anteil mit 24% in Westdeutschland deutlich höher. Etwa gleich stark wird die Problemlösungskompetenz der SPD bezüglich Sozialpolitik mit 56% und 55% in Ost- und Westdeutschland bewertet. Insgesamt stellen Pollack und Pickel (2000) fest, dass die CDU in fast allen gesellschaftsrelevanten Issues negativer bewertet wird als die SPD. Es stellt sich bezüglich der CDU besonders in Ostdeutschland ein Ablehnungseffekt ein. Die Autoren gehen davon aus, dass der Wahlerfolg der SPD nicht auf ihrer positiven Bewertung bezüglich ihrer Sachkompetenz, sondern in erster Linie auf die schlechte Bewertung der CDU zurückzuführen ist. Es ist davon auszugehen, dass die unterschiedliche Issue-Orientierung in Ost- und Westdeutschland, und die Diskrepanzen in der Kompetenzzuweisung einen Einfluss auf die Wahl 1998 besitzen. Insgesamt kommen die Autoren jedoch zu dem Schluss, dass sowohl sozialstrukturelle Einflussgrößen, als auch die Bewertungen der Sachthemen und die Kandidatenpräferenz *keinen* ausschlaggebenden Einfluss auf die Wahlabsicht 1998 haben. Für die Differenzen in der Wahlentscheidung können sozialstrukturelle und sozialpsychologische Erklärungsmodelle, mit Bezug auf die Bundestagswahl 1998, nur bedingt herangezogen werden.

3.2. Die Sonderrolle der PDS als Partei der Ostdeutschen

Während die etablierten Westparteien Bündnis 90/GRÜNE und FDP in Ostdeutschland ein Schattendasein führen, avanciert die PDS zur Partei der Ostdeutschen, die im Westen das eher unbeliebte Image der SED-Nachfolgepartei trägt. Wurden Anfang der 90er Jahre die Prognosen für die Überlebenschancen der PDS als eher gering eingestuft (vgl. Moreau 1992), wird Ende der 90er Jahre von einigen Autoren ihre Sonderrolle als Identifikationssymbol der Ostdeutschen betont (vgl. Brunner und Walz 1998, Pickel 1998). Den relativen Erfolg der PDS in Ostdeutschland sieht Gert Pickel (1998) als ein Zusammenwirken verschiedener Faktoren.

Danach führt eine *DDR-Nostalgie* in Ostdeutschland, zusammen mit einer Befürwortung der Idee des Sozialismus zu einer erhöhten Wahrscheinlichkeit die PDS zu wählen. Auch die Wahrnehmung realer sozialer Ungleichheitsbehandlung führt zu einer *Identitätsabgrenzung*, die „Ossis“ von „Wessis“ abgrenzt und somit der PDS die Funktion der Repräsentantin der

Ostdeutschen einräumt. Weiterhin unterscheidet Pickel zwischen *Protestverhalten*, womit eine stärkere Politikverdrossenheit in Ostdeutschland einhergeht, *ideologischen Erwägungen*, durch welche klassische „Arbeiterthemen“ mit einer eher linken politischen Position verbunden werden, *sozialen Werten*, durch welche die PDS als Partei der sozialen Gerechtigkeit von Ostdeutschen eher präferiert wird, und *Effekten der sozialen Lage*. Letzteres kann als Transformationseffekt verstanden werden, der insbesondere bei „Verlierern“ der Wende das Gefühl auslöst, die PDS als Partei zu sehen, die mit aktuellen Problemen (Arbeitslosigkeit) am besten umgehen kann und Lösungsansätze zugunsten ostdeutscher Interessen anbietet. Anhand von empirischen Auswertungen am ALLBUS 1994 und 1996 zeigt Pickel, dass die Wahl der PDS durch eine deutlich schlechtere Wahrnehmung der wirtschaftlichen Lage und einer negativen Bewertung der Wiedervereinigung determiniert ist. Hierbei handelt es sich aber nicht um ein Protestverhalten oder Politikverdrossenheit. Die Wahl der PDS geht gleichzeitig mit einem überdurchschnittlichen Interesse an politischen Themen einher. Insgesamt zeigt Pickel, dass die PDS von einer breiten Bevölkerungsschicht Ostdeutschlands gewählt wird. Allerdings weisen PDS-Anhänger einige soziostrukturelle Besonderheiten auf, die in einer eher linken politischen Orientierung, einer überdurchschnittlichen Bildung, einer stärkeren Präsenz in Städten und einem signifikant niedrigeren Kirchgang zum Ausdruck kommt (Pickel 1998). Auch bezüglich des Alters und des Berufes lassen sich Abweichung vom Bundesdurchschnitt feststellen. Während die Gruppe der 18-29 Jährigen unterrepräsentiert ist, sind die Altersgruppen der 40-59 Jährigen überrepräsentiert. Gerade letztere Personengruppe gehört häufig zu den „Wendeverlierern“, die aufgrund ihres Alters schlechte Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben. Allerdings zeigen sich beispielsweise bezüglich der Merkmale Geschlecht, Berufstätigkeit, Familienstand, Einkommen und Wohnstatus keine wesentlichen Unterschiede zwischen PDS-Anhängern und dem Bundesdurchschnitt (Brunner und Walz 1998).

Warum also wählen hauptsächlich Menschen in Ostdeutschland die PDS? Die Frage verdeutlicht sich an einer EMNID-Studie aus dem Jahr 1997, die unter sächsischen Wahlberechtigten durchgeführt wurde (vgl. Brunner und Walz 1998). Danach wird die Wahl als Ausdruck regionalen Protests gegen die (vermeintliche) Vorherrschaft westlicher Interessen gesehen. Insgesamt 74% der Befragten stimmten diesem Argument voll bzw. teilweise zu. Zieht man ausschließlich die PDS-Anhänger unter den sächsischen Wahlberechtigten als Grundlage der Berechnung heran, ändert sich das Bild: An erster Stelle rangiert nun das Argument, die PDS würde gewählt, weil sie die Interessen der Ostdeutschen vertrete (82% Zustimmung). Das Protestargument, dass von der sächsischen Bevölkerung als

häufigster Grund genannt wurde, verliert zwar bei den PDS-Anhängern an Bedeutung, da es nicht mehr an erster Stelle rangiert. Mit ebenfalls 74% Zustimmung stimmen allerdings PDS-Anhänger dem Argument, die PDS würde aufgrund ihres Protests gegenüber westlicher Vorherrschaft gewählt, mit gleicher Intensität zu, wie im sächsischen Gesamtvergleich. Auch spätere vergleichbare Studien zur Untersuchung der Wahlabsicht der PDS kommen zu ähnlichen Ergebnissen. Brunner & Walz (1998) extrahiert auf der Grundlage einer Telefonumfrage (N=1000 PDS-Wähler) drei Dimensionen von PDS-Wählern. Unter einer *Vertretung von Ostinteressen* fallen diejenigen PDS-Wähler, die in der PDS einerseits eine Partei sehen, die aus dem Osten kommt, und gleichzeitig die Interessen der Ostdeutschen vertritt. Andererseits subsumiert sich eine Protesthaltung gegenüber der Vorherrschaft westlicher Interessen in dieser Dimension. Zum Ausdruck kommt eine Haltung, bei der es um die Herausstellung ostspezifischer Interessen geht, die gegen die Vorherrschaft westlicher Übermacht verteidigt werden muss. Eine zweite Dimension verkörpert *PDS-bezogene Gründe* und stellt die Ideologie, die Programmatik, das Personal und die Leistungen der Partei in den Mittelpunkt. Auch die Betonung als sozial engagierter Partei, sowie das sozialistische Profil ihrer Politik verankern sich in dieser Dimension. Ein dritter Faktor hebt die *Protesthaltung* hervor. Allerdings handelt es sich nicht um eine Protesthaltung im Sinne einer Politikverdrossenheit. Zum Ausdruck kommen vielmehr Gefühle, die sich gegen die Wiedervereinigung einerseits richten, aber auch die Bundesregierung und wiederum die Vorherrschaft des Westens kritisch sehen. Die Sonderrolle der PDS als Partei ostdeutscher Interessen resultiert, wie sich gezeigt hat, aus einem offenen Gefühl der Ohnmacht gegenüber westdeutscher Übermacht, aber auch aus einem direktem Bezug zu politischen Sachthemen, wie etwa der Einschätzung, die PDS engagiere sich mehr als andere Parteien für soziale Gerechtigkeit. Stärker als westdeutsche Wähler, scheinen Ostdeutsche den Sachverhalt der sozialen Gerechtigkeit zu politisieren.

3.3. Benachteiligungsgefühle und politische Unterstützung

Auch das Gefühl „Bürger zweiter Klasse“ zu sein, wird in den letzten Jahren vielfach diskutiert. Die besondere politische Bedeutung einer wahrgenommenen Ungerechtigkeit im Sinne eines „Bürgers zweiter Klasse“ liegt in ihren Folgen für die politische Unterstützung. In Anlehnung an Easton kann davon ausgegangen werden, dass sich die spezifische (leistungsbezogene), aber auch die diffuse (legitimitätsbezogene) Unterstützung über einen längeren Zeitraum auf die Demokratiefähigkeit auswirken (Easton 1975). Das dauerhafte Gefühl „Bürger zweiter Klasse“ zu sein, kann sich im Osten in Form einer ständigen Kritik

am politischen System negativ auf die Stabilität des politischen Systems auswirken, bzw. zur Auseinanderentwicklung der politischen Kulturen in Ost- und West beitragen.

Dieter Walz und Wolfram Brunner (1998) untersuchen anhand einer repräsentativen EMNID-Umfrage das Gefühl Bürger zweiter Klasse zu sein. Im Vordergrund steht die Frage, woher das subjektive Gefühl der Benachteiligung kommt, und welche Folgen sich für das politische System in Deutschland ableiten lassen. In früheren Untersuchungen konnte gezeigt werden, dass sich das Gefühl des Bürgers zweiter Klasse primär aus einem sozioökonomischen Benachteiligungsempfinden zusammensetzt. Zusätzlich resultierten die Benachteiligungsempfindungen von einem wahrgenommenen wirtschaftlichen und sozialen Ost-West-Gefälle (Walz und Brunner 1997). Durch die soziale und wirtschaftliche Angleichung zwischen Ost und West ist davon auszugehen, dass das Gefühl der Benachteiligung rückläufig ist. In einer wiederholten EMNID-Umfrage in den Jahre 1997 und 1998 kann wiederum bestätigt werden, dass die Benachteiligungsgefühle primär durch persönliche und ökonomische Empfindungen geprägt sind. Vor allem die wahrgenommenen Unterschiede im Lohnniveau zwischen Ost und West werden 1997 als häufigster Grund genannt. Mittels Regressionsanalyse wird die Bedeutung einiger ausgewählter Items für das Benachteiligungsgefühl ermittelt. Die Autoren kommen zu dem Schluss, dass 1997 die Wahrnehmung des Lohnunterschieds zwischen Ost und West, aber auch Abwertungsitems (Die Westdeutschen glauben die „Ossis“ seien dümmer) und strukturell-historische Items (40 Jahre Trennung sind nicht so schnell zu überwinden) hauptsächlich das Gefühl des „Bürgers zweiter Klasse“ erklären können. 1998 ändert sich die Bedeutung dahingehend, dass nun eine wahrgenommene Dominanz der westdeutschen gegenüber der ostdeutschen Wirtschaft einen hochsignifikanten Effekt aufweist (Walz und Brunner 1998). Allerdings zeigen die Analysen, dass insgesamt die erklärte Varianz der Modelle zwischen 1997 und 1998 rückläufig ist (36,2% zu 21,1%). Es ist möglich, dass mit dem Gefühl Bürger zweiter Klasse zu sein, nicht mehr auf Ost-West-Unterschiede abzielende Gründe, sondern eventuell strukturell bedingte Effekte zusammenhängen.

Die politischen Folgen der wahrgenommenen Benachteiligung schlagen sich in einem rückläufigen Vertrauen in politische Institutionen und politische Eliten nieder. Es kann von einer geringeren politischen Unterstützung in Ostdeutschland 1998 gesprochen werden (Pollack, et al. 1998). Leo Montada (1997) will gar einen „sozialen Sprengsatz“ feststellen, der sich entzünden könnte, wenn die Unzufriedenheit mit Gerechtigkeitsnormen und Ergebnissen in den neuen Bundesländern verhaltensrelevant wird (Montada 1997: 270).

Benachteiligungsgefühle sind eng mit dem Gerechtigkeitsgedanken verbunden, denn die Wahrnehmung sozialer Ungleichheit basiert auf der Beurteilung von situativen Bedingungen, denen Gerechtigkeitsgedanken zugrunde liegen. Aus der stärkeren Wahrnehmung sozialer Ungleichheit in Ostdeutschland kann die Vermutung abgeleitet werden, dass sie auch in einem stärkeren Maße politisiert wird. Inwiefern das Thema soziale Gerechtigkeit als neue (politische) Konfliktlinie begriffen werden kann, soll Gegenstand des nächsten Kapitels sein.

3.4. Soziale Gerechtigkeit als neue Konfliktlinie?

Die politische Relevanz von Gerechtigkeit ist unbestritten und so alt wie die Menschheit. Sie stellt allerdings insofern eine *neue* Konfliktlinie dar, als das sie in der politischen Kulturforschung und insbesondere in der Wahlforschung bisher eher unterschwellig thematisiert wurde.

Die Sonderrolle der PDS als Partei des Ostens, die unterschiedlichen politischen und sozialen Einstellungen in Ost und West sowie die Unterschiede in der Kompetenzzuschreibung und Parteiidentifikation sind Anlass zur Annahme, in Ost- und Westdeutschland haben wir es nicht nur mit zwei getrennten Elektoraten, sondern auch zwei unterschiedlichen politischen Kulturen zu tun. In Kapitel 2 wurde versucht, die Unterschiede in den Wahlabsichten durch die zu Verfügung stehenden Modelle der empirischen Wahlforschung zu erklären. Dabei zeigte sich, dass sowohl sozialstrukturelle als auch sozialpsychologische Modelle nur bedingt in der Lage sind, Erklärungen für die Unterschiede in den Wahlabsichten zwischen Ost- und Westdeutschland zu liefern.

Zunehmend lassen sich Erklärungsmodelle finden, die Differenzen in der Wahlentscheidung durch politische Einstellungen und Überzeugungen erklären. Dabei wird von der Annahme ausgegangen, dass Indikatoren der politischen Kultur (z.B. die Bewertung der Performanz der Demokratie und des Wirtschaftssystems), aber auch Einstellungen zur sozialen Gerechtigkeit zur Erklärung des Wahlverhaltens beitragen können (Pollack und Pickel 2000b). Nicht zuletzt die Tatsache, dass soziale Gerechtigkeit nicht nur Gegenstand alltäglichen Politikgeschehens ist, sondern auch in Wahlkämpfen an die Öffentlichkeit getragen wird, untermauert ihre Bedeutung. Die gesellschaftspolitische Relevanz von Gerechtigkeit äußert sich ohnehin in der Tatsache, dass die Herstellung sozial gerechter Verhältnisse ein ebenso beliebtes wie altes Ziel von Politiken ist, und im Zuge weiter anhaltender sozialer und ökonomischer Differenzen zwischen Ost und West in den kommenden Jahren vermutlich nicht an Popularität einbüßen wird.

Die Bedeutung von Gerechtigkeitsfragen für die politische Kulturforschung ist nicht nur seit der Wiedervereinigung ein an Brisanz gewinnendes Thema. Mit den Gerechtigkeitsvorstellungen und -urteilen²¹ von Individuen sind eine Reihe kognitiver und emotional-affektiver Wahrnehmungen und Einstellungen verbunden, die in die Bewertung politischer, sozialer und wirtschaftlicher Verhältnisse einfließen (Thumfart 2002). Persönliche Enttäuschungen über ausbleibende materielle Verbesserungen, Arbeitslosigkeit, Ungleichheitsgefühle etc. sind von Gerechtigkeitsvorstellungen und -urteilen begleitet und tragen im Falle länger anhaltender Enttäuschungen zum Rückgang der politischen Unterstützung bei. Mit Blick auf die Wiedervereinigung lassen sich eine Reihe von Gewinn- und Verlustbilanzen in verschiedensten Bereichen von Kultur, Wirtschaft und Politik nennen, die von den Bürgern beider Teile Deutschlands wahrgenommen und evaluiert werden. Ständiger Begleiter dieser Wahrnehmungen sind Vorstellungen über Gerechtigkeit, die diese Wahrnehmungen beeinflussen, aber auch ihrerseits durch die Wahrnehmung sozialer, politischer, kultureller oder wirtschaftlicher Bewegungen und Veränderungen verändert werden können.

Alexander Thumfart (2001, 2002) untersucht die unterschiedliche Bedeutung von Gerechtigkeit unter dem Gesichtspunkt ihrer Funktion für die politische Kultur in Deutschland und stellt fest, dass Ostdeutsche im historischen Vergleich mit der neuen Bundesrepublik, die DDR als die gerechtere Gesellschaft bewerten. Im einzelnen trifft diese Beurteilung auf die Lebenslagen von Frauen, die Verteilung von Arbeit, sozialen Leistungen, Einkommen, Löhnen, Eigentum sowie Ausbildungsplätzen und die Bewertung der Rechtssprechung zu (Thumfart 2001). Aber auch bezüglich solcher Items wie Solidarität, gemeinschaftliches Leben, gesellschaftliche Anerkennung von Leistung, sowie Chancengleichheit bewerten die Ostdeutschen 1996/97 die damalige DDR besser als das vereinte Deutschland. Einzig und allein in den Bereichen Umweltschutz, Reisefreiheit und freie Meinungsäußerung wird eine positive Bilanz gezogen (Thumfart 2002). Die direkte Bewertung gesellschaftspolitischer Bereiche scheint einer Logik zu folgen, die vermuten lässt, dass sozialen und wirtschaftlichen Belangen für die Evaluierung der Bewertung als positiv/negativ oder gerecht/ungerecht eine wichtige Bedeutung zukommt. In der negativen Bewertung der neuen BRD durch die Ostdeutschen als *ungerechte* Gesellschaft kommt bezüglich der Wende das Gefühl einer „feindlichen Übernahme“ zum Ausdruck, die sich gepaart mit einem Gefühl der „Sehnsucht nach der alten Lebensweise“, sich mit den Studien über die Ostdeutschen als „Bürger zweiter Klasse“ decken.

²¹ Auf die genauere Bedeutung von Gerechtigkeitsurteilen wird an anderer Stelle eingegangen

Das Vorhandensein dieses Gefühl wird durch andere Studien bestärkt, die zeigen, dass nicht nur die Bewertung makroskopischer Bereiche, sondern auch die Bewertung der eigenen wirtschaftlichen Situation, insbesondere dann von Ostdeutschen als ungerecht wahrgenommen wird, wenn sie im direkten Vergleich zu westdeutschen Verhältnissen stattfindet. Ostdeutsche bezeichnen sich bezüglich ihres eigenen Einkommens ausschließlich dann als überbezahlt, wenn die Referenz andere Ostdeutsche sind. Im Vergleich zu Westdeutschen bezeichnen sich Ostdeutsche immer als ungerecht entlohnt, während sich Westdeutsche auch im Vergleich zu Westdeutschen als ungerecht bezahlt betrachten. Gerechtigkeit wird für Ostdeutsche dann relevant, wenn sie in Beziehung gesetzt wird mit den Verhältnissen in den alten Bundesländern (Wegener und Steinmann 1995).

Dieses sind Aspekte, die zwar nicht direkt politische Kultur im klassischen Sinne etwa von Almond und Verba betreffen. Politische Kultur wird dort verstanden als die Gesamtheit an Orientierungen gegenüber Elementen des politischen Lebens. Deren Bewertungen unter Zuhilfenahme von Gerechtigkeitsvorstellungen und -urteilen bestimmen jedoch Einstellungen jener Elemente (also politische Einstellungen zu politischen Objekten), die politische Kultur im klassischen Sinne ausmacht. Auch das von Franz Urban Pappi (1986) dargestellte *Legitimitätseinverständnis mit der Herrschaftsordnung eines sozialen Systems* wird dementsprechend von bestehenden Gerechtigkeitsvorstellungen und -urteilen determiniert. Sowohl das Gemeinschaftssystem als auch das sozio-kulturelle System sind nach Pappi wichtige Systeme, die unmittelbar mit der Unterstützung des sozialen Systems Bundesrepublik zusammenhängen. Bilden sich keine Normen und Werte in Form von sozialer und nationaler Identität aus, hat dies Folgen für die politische Unterstützung insofern, als der das Gemeinschaftssystem tragende Konsens nicht vorhanden ist. Die gesellschaftspolitische Bedeutung eines solchen gemeinschaftlichen Konsenses muss jedoch dahingehend relativiert werden, dass gesellschaftliche Konflikte ein ebenso ständiger (und notwendiger) Begleiter sozialer Systeme sind, wie die unterstützende Konsensfunktion eines gemeinschaftlichen Wertesystems.

Anders verhält es sich mit Blick auf das sozio-kulturelle System. Die Wahrnehmung sozialer Ungleichheit oder die Bewertung gesellschaftspolitischer Aspekte im Sinne von gerecht oder ungerecht kann sich auf die Selbstwahrnehmung und die Rolle des Einzelnen im politischen System auswirken. Die von Alexander Thumfart (2001) angesprochene ungerechtere Wahrnehmung der Rechtsprechung durch die Ostdeutschen etwa, kann zu einer Einschränkung in der Selbstwahrnehmung im politischen System führen und sich somit negativ auf die politische Partizipation auswirken. Als direkte Steuerungsgrößen für die

Unterstützung des politischen Systems (vgl. Berg-Schlösser 1999) sind Gerechtigkeitsvorstellungen somit für das sozio-kulturelle System von Bedeutung.

Die Relevanz von Gerechtigkeit für die politische Kulturforschung kann auch als eine *zunehmende* Relevanz von Gerechtigkeit auf einer gesamtgesellschaftlichen Ebene interpretiert werden. Ulrich Eith und Gerd Mielke (2000) untersuchen auf der Grundlage der Deutschen Nationalen Wahlstudie den Wahlausgang 1998. Die Autoren gehen von zwei grundsätzlichen Politikverständnissen aus, wobei sie eher neokonservative Positionen einem eher wohlfahrtsstaatlichen Verständnis von Politik gegenüberstellen. Sie vertreten die These, der Wahlerfolg der SPD 1998 sei das Resultat einer sich abzeichnenden Trennlinie zwischen neoliberalen Positionen und ihrem wohlfahrtsstaatlichen Widerpart (Eith und Mielke 2000). Nach Ansicht der Autoren ist es die grundsätzliche Forderung nach einer gerechten Gesellschaftsordnung und ihrer Ressourcenverteilung, die den entscheidenden Erfolg für die SPD einbrachte.

Die Orientierung an wohlfahrtsstaatlichen Elementen und damit die Forderung nach sozialer Gerechtigkeit wird heute von einer breiten Bevölkerungsschicht getragen und verläuft nicht mehr entlang klassischer Konfliktlinien. Nach dem Cleavage-Modell von Lipset und Rokkan, müssten sich neoliberale bzw. wohlfahrtsstaatliche Einstellungen entlang der Konfliktlinie zwischen Arbeit und Kapital bewegen. Heute finden sich unter den Befürwortern wohlfahrtsstaatlicher Elemente Personen mit überdurchschnittlichem Einkommen, die größtenteils in modernen Berufsgruppen, wie z.B. dem Humandienstleistungssektor angesiedelt sind. Die klassischen Einstellungsmuster haben sich in der Tendenz in die gesellschaftliche Mitte verschoben, so dass die Forderung nach (mehr) Gerechtigkeit von einer breiten Mehrheit der Bevölkerung, und zudem von unterschiedlichen sozioökonomischen Gruppen getragen wird (Eith und Mielke 2000).

3.5. Abschließende Bemerkungen

Die relative Bedeutung von Gerechtigkeit für die politische Kulturforschung im Allgemeinen und für die Wahlsoziologie im Einzelnen ist nicht anhand einzelner Punkte festzumachen. Zu komplex ist das Verständnis von politischer Kultur und ebenso komplex sind normative und empirische Ansätze der Gerechtigkeitsforschung, die in den letzten Jahren verstärkt versucht ihre Ergebnisse in der politischen Kulturforschung zu verankern. Vielmehr kommt die Bedeutung von Gerechtigkeit in ihrer Funktion für jedes einzelne Element zum Tragen, durch dass politische Kultur in der Literatur definiert wird.

Mit Blick auf die sozialen und politischen Unterschiede in Ost- und Westdeutschland bietet die Gerechtigkeitsforschung Möglichkeiten der gezielten Untersuchung von Ungleichheitswahrnehmungen und Gefühlen der Benachteiligung. Es konnte gezeigt werden, dass solche Gefühle sich in politischem Protestverhalten äußern, das in den neuen Bundesländern zur Wahl der PDS führt. Der Protest richtet sich dabei gegen die vermeintliche Übermacht westdeutscher Interessen, aber auch gegen eine „ungerechte Gesellschaft“, die von der PDS thematisiert wird und ihr Zuspruch verschafft, indem sie die Interessen und wirtschaftlichen Probleme der Ostdeutschen anspricht und somit als Partei der sozialen Gerechtigkeit zur Identitätsfigur der Ostdeutschen wird.

Gerechtigkeit als Wertmaßstab wahrgenommener sozialer, wirtschaftlicher und politischer Umstände beeinflusst aber auch unmittelbar die Wahrnehmung der Typen politischer Objekte nach Almond und Verba. Es ist denkbar, dass die Typen politischer Orientierung (kognitiv, affektiv und evaluativ) in einem reziproken Wechselverhältnis zu Gerechtigkeitsvorstellungen und -urteilen stehen, wodurch die Orientierung gegenüber politischen Objekten, auch durch Gerechtigkeitseinstellungen im Sinne von gerecht/ungerecht determiniert, zur politischen Einstellung gegenüber den Typen politischer Objekte beiträgt.

Das Gefühl „Bürger zweiter Klasse“ zu sein entspringt, wie gezeigt wurde, einer wahrgenommenen wirtschaftlichen Ungleichheit zwischen Ost und West, die in Ostdeutschland in der Wahrnehmung von Lohnunterschieden zum Ausdruck kommt, aber sich auch in einem gesamtgesellschaftlichen wirtschaftlichen Unterlegenheitsgefühl ausdrückt. Die politischen Folgen sind in einem Verlust an Vertrauen in politische Institutionen und in einem Rückgang der Unterstützung des sozialen und politischen Systems zu sehen. Aber auch die Selbstwahrnehmung des Einzelnen und seine Rolle im politischen System können sich durch die anhaltende Wahrnehmung von Ungleichheit negativ auf die politische Partizipation auswirken.

Sowohl das Gesamtsystem, als auch das sozio-kulturelle System (Treuhandsystem nach Parsons) sind wichtige Elemente der politischen Kultur eines Landes, die durch Gerechtigkeitsvorstellungen und -urteile von Menschen mitgestaltet und evaluiert werden. Bezogen auf die Wahlsoziologie werden die Möglichkeiten durch die Miteinbeziehung von Gerechtigkeitseinstellungen dahingehend ausgeweitet, dass einem gesellschaftlichen Trend folgend, nicht nur soziologische, psychisch sozialisierte, oder rein rationale Faktoren in die Wahlentscheidung einfließen. Gerechtigkeit allgemein wird zu einer immer bedeutenderen gesamtgesellschaftlichen Forderung, die mit Blick auf die neuen Bundesländer als Determinante von Wahlentscheidungen berücksichtigt werden muss.

Im Folgenden werden einige grundlegende Begriffe der empirischen Gerechtigkeitsforschung erläutert. Aufbauend auf die vorhergegangenen Ausführungen, wird der Bezug zwischen politischer Kultur und empirischer Gerechtigkeitsforschung verdeutlicht, indem Gerechtigkeitsideologien als Elemente von spezifischen Unterschieden in Ost- und Westdeutschland empirisch hergeleitet werden.

Teil III: Empirische Analyse und Auswertung der Ergebnisse

4. Empirische Gerechtigkeitsforschung zwischen politischer Kultur und Kulturtheorie

4.1. Grundlegende Begriffe in der soziologisch-empirischen Gerechtigkeitsforschung

In der empirischen Gerechtigkeitsforschung sind Unterscheidungen nach der Art von Gerechtigkeitsurteilen sinnvoll, da erstens eine Vielzahl an normativen Zugängen zum Untersuchungsgegenstand Gerechtigkeit vorhanden sind, die die empirische Suche nach ihrer Gültigkeit nur in Form einer gewissen Systematik ermöglicht. Zweitens ist Gerechtigkeit konzeptionell keineswegs alleiniger Gegenstand sozialwissenschaftlicher Forschung, sondern in vielen Forschungsbereichen wie z.B. Philosophie, Politikwissenschaft und auch Psychologie verankert. Ein interdisziplinäres Vorgehen ist in der Praxis notwendig und wird in der derzeitigen Gerechtigkeitsforschung verfolgt.

Die empirische Gerechtigkeitsforschung unterscheidet zwischen zwei grundsätzlich verschiedenen Arten von Gerechtigkeitsurteilen (vgl. Liebig 1997: 109 f). Einerseits können sie sich auf die *Ordnung* eines sozialen Systems, oder auch auf die von Institutionen und anderen sozialen Einheiten beziehen. Die Beurteilung, ob etwas gerecht oder ungerecht ist, erfolgt auf der Grundlage von Verteilungsprozessen, die immer nach bestimmten Regeln verfahren. Die Ordnung des Verteilungsprozesses wird zum Gegenstand der Bewertung *ordnungsbezogener* Gerechtigkeitsurteile. Andererseits wird das Ergebnis konkreter Verteilungsprozesse zum Gegenstand von *ergebnisbezogenen* Gerechtigkeitsurteilen. Hier werden nicht die Regeln der Verteilungsprozesse selbst, sondern die Folgen dieser Regeln bewertet und danach beurteilt, ob sie gerecht oder ungerecht sind.

Das übergeordnete Ziel einer so definierten empirischen Gerechtigkeitsforschung besteht darin, eine „Erklärung faktischer Gerechtigkeitsurteile und des beobachtbaren Verhaltens, das Personen in Verteilungssituationen zeigen“ zu bieten (Wegener 1995: 25). Einerseits werden faktische Gerechtigkeitsurteile erklärt. Andererseits steht das Handeln des Akteurs im Mittelpunkt der Beobachtung, so dass sich mit Blick auf die politische Kulturforschung an dieser Stelle eine wichtige Schnittstelle zwischen beiden Forschungsrichtungen auftut. Auf der Grundlage von Gerechtigkeitsurteilen wird ein Akteur sein (politisches) Handeln daran ausrichten, ob die gesellschaftlichen Regeln der Verteilung von Gütern, oder aber die Ergebnisse dieser Regeln gerecht, oder ungerecht sind. Gleichzeitig setzt die empirische Gerechtigkeitsforschung voraus, dass sich Systeme von Gerechtigkeitsurteilen in sozialen

Systemen unterscheiden können, d.h. Gerechtigkeit ist kontextabhängig. Das soziale Umfeld, Traditionen, Bräuche, Sitten und Lebenswelten prägen die Gerechtigkeitsurteile von Menschen in unterschiedlichen Ländern (Wegener 1995: 24 f). Die Schnittstelle zwischen politischer Kultur und empirischer Gerechtigkeitsforschung lässt hier also auch die umgekehrte Kausalität zu. Nicht nur können wir davon ausgehen, dass (politische) Handlungen von Gerechtigkeitsurteilen gesteuert, bzw. beeinflusst sind. Letztere werden durch die politische Kultur eines Landes mitbestimmt.

Einer Klassifizierung Liebigs (1997) folgend unterscheidet die empirisch-soziologische Gerechtigkeitsforschung neben *ordnungsbezogenen* und *ergebnisbezogenen* Gerechtigkeitsurteilen weiterhin zwischen *Gerechtigkeitsurteilen* und *Gerechtigkeitsbewertungen*. Danach können Individuen in ihren Urteilen entweder direkt einen Soll-Zustand formulieren (Urteile), oder aber eine Abweichung von einem gewünschten Idealzustand *bewerten*. Sowohl Urteile als auch Bewertungen können wiederum auf beiden Ebenen von Gerechtigkeitsmodi (ordnungs- und ergebnisbezogen) angewendet werden, wobei die ordnungsbezogenen Urteile sich nicht auf quantifizierbare Größen, sondern auf qualitative Urteile beschränken müssen, da keine konkreten Verteilungsergebnisse vorliegen (Liebig 1997). Technisch ergibt sich dieser Klassifizierung folgend der Vorteil, dass Personen nach ihren Soll-Vorstellungen bestimmter Verteilungsregeln befragt werden können, gleichzeitig aber auch Informationen über die konkrete Bewertung dieser Regeln abgefragt werden können, in der die Differenz zwischen Ist- und Soll-Zustand bewertet wird.

4.2. Ordnungsbezogene Gerechtigkeitsurteile: Gerechtigkeitsideologien

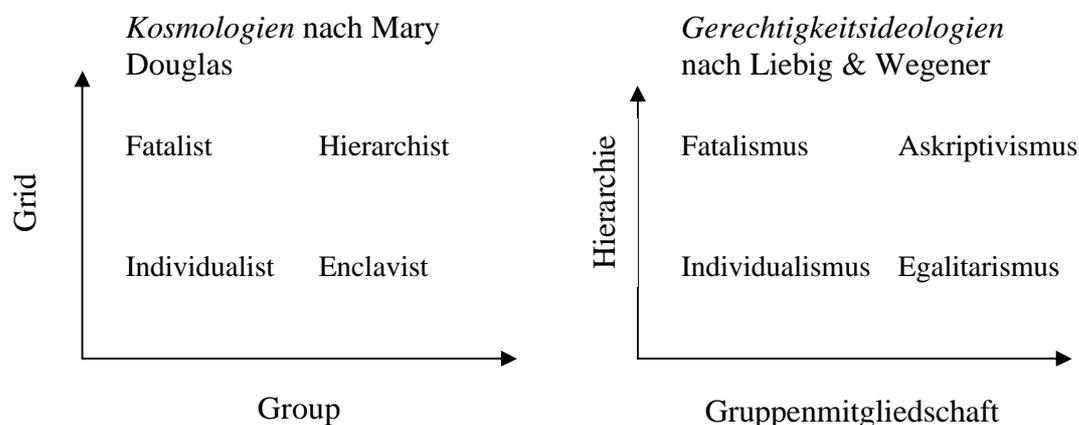
Den Gerechtigkeitsideologien kommen eine gewisse Schlüsselfunktion in der empirischen Gerechtigkeitsforschung insofern zu, als durch sie eine gewisse Ordnungsvorstellung zum Ausdruck kommt, die Vorstellungen darüber beinhaltet, wie eine gerechte Gesellschaft geordnet sein soll (Liebig 1997). Menschen urteilen dabei über einen Soll-Zustand, der nicht quantifizierbar ist. Unter Gerechtigkeitsideologien versteht man in der Terminologie der empirischen Gerechtigkeitsforschung folglich *ordnungsbezogene Gerechtigkeitsurteile*. Damit unterliegt der Begriff einer Ordnungsvorstellung, die Resultat von Überzeugungen und Normen ist. Die Bedeutung von Gerechtigkeitsideologien liegt in ihrer weitreichenden Wirkung auf das Bewerten und Urteilen von Zuständen; aber auch in ihrer Funktion Handlungen und Wahrnehmungen von Individuen zu steuern. Gerechtigkeitsideologien sind demnach handlungsrelevante Konstrukte, die kontextabhängig sind und innerhalb eines

sozialen Umfeldes entstehen. Aufgabe der empirischen Gerechtigkeitsforschung ist es, die Formen empirisch messbarer ordnungsbezogener Gerechtigkeitsurteile zu ermitteln, um so Aussagen über die Existenz von Gerechtigkeitsideologien in sozialen Systemen treffen zu können. Dabei wird grundsätzlich davon ausgegangen, dass dieselben Formen von Gerechtigkeitsideologien in verschiedenen sozialen Systemen zu finden sind (Liebig 1997) 156 f.

Die empirische Existenz von Gerechtigkeitsideologien wurde bis heute anhand zahlreicher Einzelstudien nachgewiesen. Einer frühen Studie von Wegener und Liebig (1993) folgend, können vier voneinander verschiedene Gerechtigkeitsideologien in Deutschland identifiziert werden, die in Anlehnung an die bereits erwähnte Grid-Group-Theorie von Mary Douglas das Resultat struktureller sozialer Bedingungen sind (vgl. Douglas 1978). Die zentrale Fragestellung der Autoren dabei ist, welche sozialstrukturellen Faktoren die Zusammensetzung der vier Gerechtigkeitsideologien in Ost- und Westdeutschland erklären können (Wegener und Liebig 1993).

Die folgende Tabelle verdeutlicht die Ableitung der Gerechtigkeitsideologien von dem Grid-Group-Schema.

Abb. 4) Die vier Gerechtigkeitsideologien nach Liebig & Wegener



Eine *fatalistische Vorstellung von Gerechtigkeit* liegt dann vor, wenn gemäß der Grid-Group-Theorie eine Kombination von niedrigem Gruppenstatus (low group) und hoher Orientierung an hierarchischen Strukturen (high grid) vorliegt. Menschen, die Restriktionen, die sich aus ihren sozialen und hierarchischen Stellungen ergeben, in einem starken Maße ausgesetzt wahren, neigen früher oder später dazu sich ihrem Schicksal fatalistisch hinzugeben. Dabei können Fatalisten aufgrund ihrer niedrigen Eingebundenheit in soziale Kontexte auf keinen sozialen Rückhalt aus der Gruppe oder auf Formen von Solidarität bauen. Die fatalistische

Vorstellung von Gerechtigkeit ist in gewisser Hinsicht *keine* Vorstellung von Gerechtigkeit, insofern, als Gerechtigkeit als etwas wahrgenommen – hingenommen wird, das im Grunde genommen nicht existiert, weil die eigene soziale Stellung kein anderes Gerechtigkeitsurteil zulässt. Mit dem Begriff des Fatalismus eng verknüpft ist eine Form der Einstellung, die schon mit Durkheims Begriff der *Anomie* beschrieben wurde. Darin kommt eine Haltung zum Ausdruck, die einem Fehlen jeglicher Gerechtigkeitsvorstellungen gleichkommt. Damit verbunden sind bestimmte Formen des Wertverlusts, der Durkheim folgend in Zeiten plötzlichen ökonomischen Wandels auftreten kann (Durkheim 1992). Insbesondere mit Blick auf die Transformation in den osteuropäischen Ländern wird der Stellenwert fatalistischer Werthaltung vor dem Hintergrund plötzlich eintretender Veränderungen in den Verteilungsmechanismen deutlich (Arts, et al. 1995).

Askriptivistische Vorstellungen von Gerechtigkeit liegen dann vor, wenn sowohl die Eingebundenheit in soziale, als auch in hierarchische Kontexte stark ausgeprägt ist. In der Terminologie von Mary Douglas bezeichnet man diesen *cultural bias* deshalb auch als *hierarchist* (vgl. Abb. 2). Personen, die diese Vorstellung von Gerechtigkeit teilen, gehen von einer natürlichen Unterworfenheit in die Normen der Gruppe aus. Außerdem befolgen sie die Regeln, die ihnen durch das vorherrschende Regelsystem auferlegt werden. Soziale Stellung und Position innerhalb der Hierarchie sind jedem askriptiv zugewiesen. Bezogen auf Aspekte der Gerechtigkeit erwarten Askriptivisten eine Beibehaltung des Status quo, wobei jedem das Maß an Ressourcen zusteht, das sich natürlicherweise aus seiner Stellung innerhalb der Gesellschaft ergibt. Die Aufgabe des Staates ist es, das System von Anrechten auf Güter aufrechtzuerhalten. Soziale Ungleichheit ist askriptiv zugewiesen und richtig.

Sowohl eine schwache Orientierung an Gruppennormen, als auch eine schwache Orientierung an externen Regeln definieren die *individualistische Gerechtigkeitsideologie*. In der Terminologie von Mary Douglas beschreibt der Individualist eine Person, deren Handeln vollständig durch individuelle Verhandlungen mit anderen Menschen definiert ist. Es besteht keine Steuerung durch gruppeninterne Normen und auch keine Steuerung durch externe Regelsysteme. Die individuelle Leistung des Einzelnen zählt, weshalb Gerechtigkeit allein Gegenstand individueller Handlung ist. Wichtigster Akteur zur Steuerung von Verteilungsprozessen ist der Markt. Marktgerechtigkeit ist dann erreicht, wenn jegliche Form sozialer Ungleichheit Resultat freier Marktprozesse ist und somit durch den Markt legitimiert ist.

Aus einer strengen Kontrolle gruppeninterner Regeln und gleichzeitig schwacher Orientierung an externen Regeln resultiert die Handlungsoption des Egalitaristen. Entgegen der Vorstellung

von individualistischer Marktgerechtigkeit, versucht der Egalitarist die freien Kräfte des Marktes dahingehend zu beschränken, dass ein Zustand möglichst gleicher Verteilung von Gütern in der Gesellschaft erreicht wird. Die Regeln, die zur Verteilung von Gütern angewendet werden, sollten nicht dem freien Markt überlassen werden, sondern werden nach ihren Vorstellungen von politischen Institutionen bestimmt. Dem Staat kommt die Aufgabe zu, den Zustand möglichst gleicher Verteilung herzustellen. Während die individualistische Vorstellung von Gerechtigkeit von einer durch den Markt legitimierten sozialen Ungleichheit in der Gesellschaft ausgeht, streben egalitaristische Gerechtigkeitsvorstellungen eine Umverteilung von Gütern an, die zu einem Zustand absoluter Gleichheit führt.

Die vier Gerechtigkeitsideologien sind in Anlehnung an Thompson et al. (1990) abhängig von sozialen Kontexten. Danach sind die vier bereits erwähnten ways of life davon abhängig, in welchen sozialen Kreisen Menschen sich bewegen. Die ideologischen Inhalte der vier Gerechtigkeitsideologien können demnach in verschiedenen sozialen Umwelten variieren. Entscheidend ist, dass sich die beschriebenen Gerechtigkeitsideologien bezüglich ihrer ideologisch präferierten Allokationsmechanismen unterscheiden. Fatalisten überlassen die Verteilung von Gütern ihrem Schicksal. Thompson et al. (1990) vergleichen diese Art der Verantwortungszuweisung mit einer Zufallsverteilung. Weder Staat, politische Institutionen, noch man selbst hat Einfluss auf die schicksalhaft- ja scheinbar zufällig ablaufende Verteilung von Gütern. Hingegen scheinen Askriptivisten Verantwortung zu „verstecken“ (Wegener und Liebig 1993: 674), denn sie ist naturgemäß und de facto allein der gesellschaftlichen Realität zuzuschreiben. Egalitaristen dagegen schieben Verantwortung dem Staat zu und Individualisten dem eigenen Handeln. Je nach Verantwortungszuweisung verfolgen die Gerechtigkeitsideologien verschiedene Ziele und Vorstellungen von *Verteilungsergebnissen*, die zum Gegenstand der Operationalisierung der Gerechtigkeitsideologien werden.

Bezogen auf Deutschland gehen Liebig & Wegener (1993) davon aus, dass bestimmte Anzeichen dafür sprechen, dass die ehemalige DDR in einer Kombination aus niedriger hierarchischer Orientierung und gleichzeitig hoher Gruppenmitgliedschaft (low grid/high group) zu verorten sei (Egalitarismus). Für Westdeutschland hingegen gebe es Anzeichen, die für eine starke Eingebundenheit in hierarchische Strukturen und eher schwacher Ausrichtung an gruppeninternen Normen sprechen (Wegener und Liebig 1993)²².

²² Für die DDR nehmen die Autoren an, dass es insgesamt ein geringeres Ausmaß der empfundenen sozialen Ungleichheit im Vergleich zur alten Bundesrepublik gibt. Trotz vorhandener Macht- Einfluss- und Einkommensunterschiede gehört eine Nivellierungstendenz zur *Gemeinschaftsideologie* des real existierenden

Auf der Grundlage von Datenmaterial aus dem International Social Justice Project (ISJP) aus dem Jahre 1991, das auch im Rahmen dieser Arbeit verwendet werden soll, führen die Autoren eine Faktoranalyse über die Gesamtpopulation Ost- und Westdeutschlands durch, aus der vier Faktoren extrahiert werden²³. Die vier Faktoren können als die vier Gerechtigkeitsideologien angesehen werden. In einem weiteren Schritt verwenden die Autoren konfirmatorische Strukturgleichungsmodelle, um die Abhängigkeit der vier Gerechtigkeitsideologien von den Strukturmerkmalen Alter, Geschlecht, Dienstklasse und soziale Mobilität zu bestimmen. Die Frage, ob die Gerechtigkeitsideologien allein aus sozialstrukturellen Merkmalen bestimmt werden können, oder ob eventuell Ländereffekte (Ost/West) zur Erklärung der Gerechtigkeitsideologien herangezogen werden müssen, steht im Mittelpunkt der Analyse. Würden sich unter Einbeziehung der strukturellen Merkmale in die Strukturgleichungsmodelle Ländereffekte messen lassen, so wäre der Schluss zu ziehen, dass zwischen den beiden Teilen Deutschlands kulturelle Unterschiede bestehen, die nicht durch soziostrukturelle Merkmale beschrieben werden können.

Auf die empirischen Ergebnisse kann an dieser Stelle nur kurz eingegangen werden. Anhand der Strukturgleichungsmodelle stellen die Autoren eine stärkere Präsenz fatalistischer und egalitaristischer Gerechtigkeitsideologien in Ostdeutschland fest. Askriptivistische und individualistische Vorstellungen werden hingegen in einem stärkeren Maße in Ostdeutschland abgelehnt. Gleichzeitig zeigen die Autoren, dass bei Kontrolle nach den soziostrukturellen Merkmalen und unter Berücksichtigung der Interaktionseffekte zwischen den Bundesländern und soziostrukturellen Merkmalen, die Ländereffekte nicht mehr signifikant sind. Es ist daher davon auszugehen, dass bestimmte soziostrukturelle Merkmale in den beiden Teilen Deutschlands unterschiedlich wirken. Besonders deutlich tritt dies beim Egalitarismus zu tage. Es stellt sich heraus, dass der zunächst stark signifikante Ländereffekt, der allein 44% der Varianz von Egalitarismus erklärt, bei Kontrolle der Interaktion zwischen Alter und Ostdeutschland verschwindet. Es handelt sich also um einen Generationeneffekt, der sich dahingehend äußert, dass eine Wertbindung an egalitäre Ideale insbesondere bei Älteren in den neuen Bundesländern vorhanden ist, die sich in einer egalitaristischen

Sozialismus (low grid). Das alte Bundesgebiet kann hingegen als hoch stratifizierte Gesellschaft gesehen werden, die ein komplexes Regelsystem besitzt (high grid). Das Gefühl gemeinsamer Solidarität, und die Erfahrung gruppenmäßiger Vernetzung und Unterstützung produzieren in der ehemaligen DDR im Vergleich zum alten Bundesgebiet eine stärkere Orientierung an gemeinschaftlichen Gruppennormen (high group). Für das alte Bundesgebiet kann davon ausgegangen werden, dass Vereinzelungstendenzen in einem niedrigen group-Faktor resultieren. Die Verortung der beiden Teilgesellschaften an den Dimensionen Grid und Group darf jedoch, so die Autoren, niemals absolut gesehen werden. Die Differenzen der Faktoren zwischen beiden Landesteilen führen nicht zur gegenseitigen Ausschlussung.

²³ In die Analyse flossen insgesamt zehn Items ein, auf die im empirischen Teil der Arbeit dezidiert eingegangen wird.

Gerechtigkeitsideologie ausdrückt (Wegener und Liebig 1993). Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass nicht kulturelle Unterschiede zwischen den beiden Bundesgebieten für differierende Gerechtigkeitsideologien verantwortlich sind. Gerechtigkeitsideologien scheinen vielmehr durch strukturelle Faktoren determiniert zu sein. Zu ähnlichen Ergebnissen kommen spätere empirische Studien (vgl. Wegener und Liebig 2000, Wegener 2002).

4.3. Zusammenfassung

Es konnte gezeigt werden, dass die Existenz von Gerechtigkeitsideologien in beiden Teilen Deutschlands empirisch nachgewiesen werden kann. Die empirische Gerechtigkeitsforschung geht davon aus, dass die Gerechtigkeitsideologien als *ordnungsbezogene Gerechtigkeitsurteile* handlungsrelevante Konstrukte sind, denen eine Schlüsselrolle in der Gerechtigkeits- und auch politischen Kulturforschung zukommt, da durch sie Einstellungsmuster verkörpert werden, die sich auf strukturelle Bedingungen zurückführen lassen. Für die politische Kulturforschung in Deutschland ergibt sich die Frage, inwiefern neben den bereits existierenden Modellen zur Beschreibung politischer Kulturen, auch Aspekte der Gerechtigkeitsforschung integriert werden müssen, um in Zukunft Differenzen in Ost- und Westdeutschland zu beschreiben. Die derzeitigen Ergebnisse der empirischen Gerechtigkeitsforschung machen deutlich, dass mit einer strukturellen und demographischen Angleichung zwischen beiden Teilen Deutschlands auch eine ideologische Angleichung stattfinden wird. Die „innere Mauer“ in den Köpfen der Deutschen wird dann voraussichtlich verschwinden. Die Frage welche politischen Konsequenzen daraus zu ziehen sind, muss eine Aufgabe zukünftiger politischer Kulturforschung sein.

5. Operationalisierung der Variablen und methodische Durchführung

Der folgende Teil der Arbeit beschreibt das methodische Vorgehen und widmet sich der Operationalisierung der Variablen, die für die Analysen verwendet werden. Dabei wird in vier Schritten vorgegangen. In einem ersten Schritt wird das zu verwendende Datenmaterial beschrieben. Dabei handelt es sich um eine Kurzbeschreibung des ISJP (*International Social Justice Project*). In einem nächsten Schritt werden die relevanten abhängigen und unabhängigen Variablen erläutert, die in den nachfolgenden Analysen Verwendung finden. Es handelt sich hierbei um ein Set an Variablen, das für die Bildung der Gerechtigkeitsideologien verwendet wird und um die Beschreibung der Variable *Parteiidentifikation*. Drittens erfolgt

die Operationalisierung der Gerechtigkeitsideologien, die über eine explorative Faktoranalyse gebildet werden und Grundlage der Bildung der Gerechtigkeitsideologietypen sind.

5.1. Beschreibung des Datenmaterials

Die Datenbasis der vorliegenden Analysen bildet der deutsche Teil des *International Social Justice Project (ISJP)*. An dem Projekt beteiligen sich insgesamt 13 Länder²⁴, wobei repräsentative Bevölkerungsumfragen in drei Wellen 1991, 1996 und 2000 durchgeführt wurden. Ziel des Projektes ist es, Einstellungen zur sozialen Gerechtigkeit zu erfassen und Aussagen über die Wahrnehmung sozialer Ungleichheit im internationalen Vergleich zu ermöglichen. Nachdem 1991 an der ersten Welle sowohl westliche- als auch Länder des ehemaligen Ostblocks teilnehmen, konzentriert sich die zweite Welle 1996 auf eine Replikationsbefragung in den Transformationsländern und Ost- und Westdeutschlands, um Trendveränderungen vor dem Hintergrund unterschiedlich erfolgreicher Transformationen zu untersuchen. An der dritten Replikation 2000 nehmen nur Ost- und Westdeutschland teil. Zu allen drei Untersuchungszeitpunkten werden identische Fragebögen verwendet. Derzeitig wird eine dreistufige Panelbefragung für den deutschen Teil durchgeführt, wobei eine Teilstichprobe aus der dritten Welle in die Befragung eingeht. Gewonnene Daten sollen Aufschluss über die Stabilität von Gerechtigkeitseinstellungen geben²⁵.

Insgesamt beinhaltet das vorliegende Datenmaterial 8195 verfügbare Interviews. Tabelle 3 liefert einen Überblick über die Verteilung der jeweiligen Datensätze auf die drei Wellen.

Tabelle 3) Verteilung der auswertbaren Datensätze auf die drei Wellen des ISJP

	1. Welle (1991)	2. Welle (1996)	3. Welle (2000)	Summe
Ostdeutschland	1019	1137	1324	3480
Westdeutschland	1837	987	1891	4715
Summe	2856	2124	3215	8195

²⁴ Es handelt sich um die Länder: Bulgarien, Deutschland Ost und West, Ungarn, Japan, die Niederlande, Polen, Großbritannien, die Vereinigten Staaten, Russland, Slowenien, die Tschechische Republik, Estland und die Slowakei. Weiterführende Informationen siehe Projektdokumentation: (Kleebar und Liebig 1991, Kleebar und Wegener 1991).

²⁵ Das Datenmaterial der ersten Panelwelle liegt zum Zeitpunkt dieser Arbeit bereits vor, wird aber nicht berücksichtigt.

5.2. Beschreibung der Variablen

Für die nachfolgenden Analysen werden Variablen verwendet, die in allen drei Wellen des ISJP vorkommen. Von besonderem Interesse sind diejenigen Variablen, die Aussagen über ordnungsbezogene Gerechtigkeitsurteile beinhalten, da sie Grundlage einer durchzuführenden Faktoranalyse sind, die Dimensionen von Gerechtigkeitsideologien bestimmen soll. Da alle drei Wellen des ISJP in die Analysen miteinbezogen werden, bieten sich nur Variablen an, die in allen drei Wellen identisch abgefragt wurden.

Die Wahl der Variablen, die zur Bestimmung der Gerechtigkeitsideologien verwendet werden, erfolgt auf der Grundlage einer selbst getroffenen Auswahl an Items. Zur Herleitung werden insgesamt 10 Items ausgewählt. Bei den Items handelt es sich um 5 stufige Skalen, mit den Ausprägungen 1 = stimme voll zu, bis 5 = stimme überhaupt nicht zu.

Tabelle 4) Fragetext und Variablen zur Bestimmung der Gerechtigkeitsideologien

Fragetext	Variable
Es ist gerecht, dass man das, was man sich durch Arbeit verdient hat, behält, auch wenn das heißt, dass einige reicher sind als andere.	v202
Es ist gerecht, dass Eltern ihr Vermögen an ihre Kinder weitergeben, auch wenn das heißt, dass die Kinder reicher Eltern im Leben bessere Chancen haben.	v204
Am wichtigsten ist, dass die Menschen das bekommen, was sie zum Leben brauchen, auch wenn die Besserverdienenden dafür etwas von ihrem Einkommen abgeben müssen.	v205
Der Staat sollte für alle einen Mindest- Lebensstandard garantieren.	v129
Der Staat sollte für alle, die arbeiten wollen, einen Arbeitsplatz zur Verfügung stellen.	v131
So wie die Zustände heute sind, weiß man gar nicht mehr, was eigentlich gerecht ist.	v214
Es ist zwecklos, sich über soziale Gerechtigkeit zu streiten, weil sich die Verhältnisse doch nicht ändern lassen.	v213
Ein Anreiz für Leistung besteht nur dann, wenn die Unterschiede im Einkommen groß genug sind.	v112
Es hat schon seine Richtigkeit, wenn Unternehmer große Gewinne machen, denn am Ende profitieren alle davon.	v113
Die Leute sind nur dann bereit, in ihrem Beruf zusätzliche Verantwortung zu übernehmen, wenn sie dafür auch zusätzlich bezahlt werden.	v114

Es wurde bereits darauf hingewiesen, dass den zu unterscheidenden Gerechtigkeitsideologien verschiedene Verantwortungszuweisungen und Ideen von Allokationsmechanismen zugrunde liegen (vgl. Kapitel 4.2.).Vor diesem Hintergrund werden die Items danach ausgewählt,

welche Allokationsmechanismen die Ideologien vertreten, und welche Mechanismen sich inhaltlich aus den Items ableiten lassen. Die Verantwortlichkeit von Verteilungsergebnissen schreiben Egalitaristen z.B. dem Staat zu. Das Item v129 zielt auf eine klare Verantwortlichkeit des Staates ab und führt inhaltlich zu einer *Gleichverteilung* von Arbeitsplätzen. Dieses Item sollte seinem Inhalt nach also eine hohe Ladung auf dem Egalitarismus-Faktor besitzen. Die Auswahl der Items erfolgt in Anlehnung an Wegener und Liebig (1993).

Der Frage nach der Parteiidentifikation geht zunächst eine Filterfrage voraus, die festlegt, ob überhaupt eine Parteiidentifikation besteht. Somit werden Identifizierer von Nichtidentifizierern unterschieden; eine wichtige Unterscheidung für die späteren Analysen. Die Nichtidentifikation wird durch eine eigenständige Ausprägung der Parteiidentifikation ausgewiesen. Besteht eine generelle Sympathie zu einer politischen Partei, wird der Befragte gebeten die Partei auf einer Liste durch die Angabe eines Schlüsselcodes zu nennen²⁶.

Im Rahmen dieser Arbeit wird die Parteiidentifikation verwendet, um eine politische Orientierung zum Ausdruck zu bringen. Hervorgehoben werden muss an dieser Stelle, dass mit der Verwendung der Parteiidentifikation keine direkte Wahlabsicht, also keine reale oder intendierte politische Handlung zum Ausdruck kommt. In der aktuellen Wahlforschung wird die Parteiidentifikation als wichtiger Einflussfaktor begriffen, der zur Bestimmung der Wahlabsicht herangezogen werden kann (Brunner und Walz 2000).

Die zu untersuchende Variable *Parteiidentifikation* besitzt im deutschen Teil des ISJP folgende Ausprägungen:

²⁶ Für die Abfrage der Parteiidentifikation wurden Listen verwendet, auf der die Parteien durch Schlüsselcodes gekennzeichnet waren. Dem Befragten wird so ein gewisses Gefühl der Anonymität vermittelt, da Fragen nach der politischen Gesinnung insgesamt ein sensibles Themenfeld darstellt.

Die Parteiidentifikation (v2087)

0	= keine Parteiidentifikation
1	= CDU/CSU
2	= SPD
3	= F.D.P.
4	= Bündnis 90/die GRÜNEN
5	= PDS
6	= Republikaner
7	= NDP
8	= eine andere Partei
97	= Antwort verweigert
98	= Weiß nicht
99	= Keine Antwort

Die Parteiidentifikation als zu untersuchende Variable beinhaltet insgesamt acht Ausprägungen. Hinzu kommen die Ausprägungen „Antwort verweigert“, „weiß nicht“ und „keine Angabe“, die als fehlende Werte nicht in den nachfolgenden Analysen berücksichtigt werden. Die Parteien NDP und Republikaner werden zusammengefasst und bilden zunächst eine gemeinsame Kategorie „rechte Parteien“. Die Kategorie „eine andere Partei“ wird ebenfalls als fehlender Wert behandelt.

Tabelle 5) Parteiidentifikation in Deutschland 1991-2000, Angaben in Prozent

	1991		1996		2000	
	Ost	West	Ost	West	Ost	West
Ohne Parteiidentifikation	46.89	30.60	58.00	44.96	61.33	42.66
CDU/CSU	13.86	22.96	11.95	19.50	9.94	20.10
SPD	19.06	29.09	12.43	20.37	11.21	26.50
F.D.P.	4.28	4.92	0.96	2.49	0.63	2.06
Bündnis 90/GRÜNE	7.65	7.11	3.08	7.15	2.84	4.11
PDS	5.40	0.17	10.12	0.54	12.23	1.03
Rechte Parteien	0.31	0.75	0.39	0.54	1.03	0.91
Antwort verweigert	2.55	4.40	3.08	4.44	0.79	2.63
N	981	1729	1038	923	1267	1751

Quelle: Eigene Berechnungen, ISJP

Tabelle 5 stellt die Parteiidentifikationen in Ost- und Westdeutschland für alle drei Wellen 1991, 1996 und 2000 dar. Zunächst fällt auf, dass zu allen drei Untersuchungszeitpunkten der Anteil der Personen ohne Parteiidentifikation in Ostdeutschland größer ist, als in Westdeutschland. Gleichzeitig steigt der Anteil in Ostdeutschland von ca. 47% auf etwa 61% an. Wird davon ausgegangen, dass im Laufe der Zeit die Identifikation mit den politischen

Parteien in Ostdeutschland eigentlich steigen sollte, da durch politische Sozialisation die persönlichen Erfahrungen mit politischen Parteien ihren Bekanntheitsgrad steigern, ist dieses Ergebnis zunächst verwunderlich. Die Tatsache, dass fast zwei Drittel der ostdeutschen Bevölkerung sich nicht mit einer politischen Partei identifizieren, lässt zunächst vermuten, dass eine generalisierte Unzufriedenheit, wie sie in Kapitel 3.3. beschrieben wurde, einen Rückgang in der Parteidentifikation zur Folge hat. Allerdings ist zwischen 1991 und 1996 auch in Westdeutschland ein Anstieg an Nichtidentifizierern zu messen, der 2000 leicht rückläufig ist. Offenbar wirken seit 1991 sowohl in Ost- wie auch in Westdeutschland Faktoren, die sich negativ auf die Identifikation mit politischen Parteien auswirken.

Auf eine weitere Besonderheit wurde bereits in Kapitel 3.2. eingegangen. Die ungleich stärker ausgeprägte Identifikation mit der PDS in Ostdeutschland steigt von 5.4% im Jahre 1991 auf 12.23% im Jahre 2000 an. In Westdeutschland hingegen, bleibt die Identifikation mit der PDS nahezu unbedeutend.

Anders verhält es sich mit Blick auf Bündnis 90/GRÜNE. Während noch 1991 die Identifikation in beiden Teilen Deutschlands etwa gleichstark ausgeprägt ist (ca. 7%), verlieren Bündnis 90/GRÜNE in Ostdeutschland 1996 an Sympathie, ein Trend, der noch 2000 anhält. Aber auch in Westdeutschland verlieren Bündnis 90/GRÜNE an Sympathie. Von etwa 7% in den Jahren 1991 und 1996 geht die Identifikation im Jahre 2000 auf etwa 4% zurück.

Auch die Identifikation mit der F.D.P. bleibt zu allen Zeitpunkten in Westdeutschland deutlich über den Anteilen in Ostdeutschland. Allerdings ist der Anteil 1991 in beiden Landesteilen etwa gleichgroß.

Die Identifikation mit den zwei großen Volksparteien CDU/CSU und SPD verläuft in beiden Landesteilen über die Zeit unterschiedlich. Während beide Parteien in Ostdeutschland seit 1991 kontinuierlich an Sympathie verlieren, was mit dem gleichzeitigen Anstieg der Identifikation mit der PDS einhergeht, zeigt sich die Identifikation mit der CDU/CSU in Westdeutschland als relativ stabil. Übereinstimmend wird die Identifikation mit der CDU in der Literatur als stabil beschrieben, was durch ihren hohen Anteil an Stammwählern erklärt wird (vgl. Falter, et al. 1990, Roth 2000). Die Identifikation mit der SPD dagegen erfährt 1996 einen deutlichen Rückgang um etwa 10% Punkte. Mit Blick auf die Entwicklung der Identifikation kann davon ausgegangen werden, dass die SPD im Vergleich zur CDU/CSU stärkeren Schwankungen unterliegt, die eine un stabile Identifikation zum Ausdruck bringt.

Insgesamt wird deutlich, dass 1991 die Identifikation mit den kleinen Parteien F.D.P. und Bündnis 90/GRÜNE in beiden Landesteilen etwa gleichstark ausgeprägt ist. Erst 1996

differenziert sich das Bild dahingehend, dass sowohl Bündnis 90/GRÜNE als auch die F.D.P. in Ostdeutschland deutlich an Sympathie verlieren und offenbar auch 2000 nicht ihren Verlust ausgleichen können. Die bereits angesprochene Sonderrolle der PDS in Ostdeutschland verdeutlicht, mit Blick auf die seit 1991 ansteigende Identifikation, das Bild der Partei als Symbolfigur der Ostdeutschen. Nahezu unbedeutend ist im Vergleich dazu die Identifikation mit der Partei in Westdeutschland.

Die Parteiidentifikation als zu kontrollierende Variable, wird in den folgenden Analysen als Konstrukt verwendet, das dem Verständnis des sozialpsychologischen Modells des Wahlverhaltens folgend, von vorgelagerten strukturellen Faktoren beeinflusst, eine entscheidende Größe für die Erklärung von Wahlverhalten darstellt. Dabei können nicht alle in Tabelle 8 aufgeführten Parteien in den nachfolgenden Analysen berücksichtigt werden, da die Fallzahlen in einigen Fällen keinen Ost-West-Vergleich zulassen. In den Analysen werden die CDU/CSU, die SPD, Bündnis 90/GRÜNE, die PDS und die Nichtidentifikation berücksichtigt. Ein Ost-West-Vergleich ist aufgrund niedriger Fallzahlen sowohl bei der PDS als auch bei Bündnis 90/GRÜNE nicht möglich. Daher wird bei beiden Parteien die Analyse für Gesamtdeutschland durchgeführt.

5.3. Operationalisierung der Gerechtigkeitsideologietypen

5.3.1. Die Grid-Group-Theorie Revisited

Der vorangegangene Teil der Arbeit beschäftigt sich mit der theoretischen Auseinandersetzung des Konzepts der politischen Kultur, der Diskussion um verschiedene Ansätze der Wahlforschung zur Erklärung von Wahlverhalten, sowie mit einer Beschreibung der politischen Kultur in Deutschland seit der Wiedervereinigung. Außerdem wurde die empirische Existenz von Gerechtigkeitsideologien in Deutschland erläutert.

Die Operationalisierung der Gerechtigkeitsideologien erfolgt in dieser Arbeit über eine empirische Herleitung aus der Grid-Group-Theorie nach Mary Douglas, die in den früheren Beiträgen zur Kulturtheorie von Thompson et al. (1990) Verwendung findet. Die grundsätzliche Idee besteht in der Annahme, dass vier Kulturtypen, die auch als Lebensweisen bezeichnet werden, zur Erklärung kultureller Phänomene herangezogen werden können. Dabei bestehen die vier Lebensweisen sowohl innerhalb der sozialen Einheiten eines Landes, als auch zwischen Ländern, d.h. die vier Lebensweisen können kulturelle Unterschiede nicht nur zwischen Ländern, sondern auch innerhalb sozialer Einheiten und auf der Mikroebene zwischen Individuen beschreiben. Es wird gemäß der *compatibility condition* davon ausgegangen, dass Individuen Träger stets einer einzigen Ideologie oder Lebensweise

sein können, die je nach sozialem Kontext variiert (Thompson, et al. 1990). Die Beziehung zwischen Individuum und seiner bevorzugten Lebensweise wird als gegeben hingenommen und unterliegt keiner genauen theoretischen Annahme (Selle 1991).

Neuere Studien aus der Kulturtheorie verstehen die vier Lebensweisen nicht mehr als dominierende Steuerungsgrößen, die das Handeln in die eine oder andere Richtung bestimmen. Vielmehr müssen wir davon ausgehen, dass nicht nur die Befürwortung, bzw. die *Präferenz einer Lebensweise* von Bedeutung ist, sondern auch die *gleichzeitige Ablehnung* einer anderen (Olli 1999). Nach dieser Vorstellung trennt sich die Kulturtheorie von der Vorstellung des Individuums als Träger einer Lebensweise, nach der soziale Beziehungen ausgerichtet werden. Durch die uneindeutige Beziehung zwischen Individuum und ideologischer Lebensweise kann ebenso gut angenommen werden, dass Individuen Träger unterschiedlicher Haltungen und Überzeugungen gegenüber den vier Lebensweisen sind. Gehen Thompson et al. (1990) davon aus, dass die Befürwortung einer Lebensweise mit einer gleichzeitigen Ablehnung aller anderen Lebensweise einhergeht, wird diese Vorstellung im Rahmen dieser Arbeit abgelehnt.

In Anlehnung an Olli (1999) wird daher die Annahme vertreten, Individuen *kombinieren* ihre Beziehungen zu den vier Lebensweisen miteinander zu einem komplexen Set von Einstellungen und Haltungen (Orientierungen) gegenüber den Ideologien. Begründet wird dieser Schritt erstens durch die ohnehin in der Kulturtheorie vorherrschende Uneinigkeit über die genaue Beziehung der Individuen zu ihren Lebensweisen. Gleichzeitig wird in der Kulturtheorie die Annahme vertreten, die vier Lebensweisen stünden untereinander in Konkurrenz. Daraus kann jedoch nicht der Schluss gezogen werden, dass dies auch auf der Ebene der Individuen Gültigkeit hat (Olli 1999: 59 f). Es besteht zunächst kein Grund zur Annahme, Individuen seien tatsächlich Träger einer einzigen Ideologie. Die Befürwortung einer Lebensweise und die Ablehnung einer anderen werden somit zu zwei voneinander unabhängigen Phänomenen. Wie aber lässt sich die Idee der Kombination von Orientierungen gegenüber Lebensweisen - oder bezogen auf Gerechtigkeit: Die Kombination von Orientierungen gegenüber den Gerechtigkeitsideologien - mit der Grid-Group-Theorie von Mary Douglas vereinbaren? Sie geht streng von der Vorstellung aus, Individuen könnten sich nur innerhalb einer der vier *cultural bias* bewegen. Wie bereits erwähnt, vermag Mary Douglas nicht genau zu bestimmen, wann von einer starken oder schwachen Eingebundenheit oder von viel oder wenig Orientierung gesprochen werden kann (vgl. Jann 1986). Eine derart vorgenommene Reduzierung von Komplexität sieht keinen Spielraum für *Intensitäten*, die als reale Größe in der sozialen Welt miteinbezogen werden müssen. Der Übergang von einem

hohen Grid – also von einer starken Orientierung an hierarchischen Strukturen²⁷ - zu einem niedrigen Grid ist bei Mary Douglas ein stufenloser Übergang. Ebenso verhält es sich mit der Eingebundenheit in sozialen Kontexten, also der Group-Dimension. Im Rahmen dieser Arbeit wird deshalb der Faktor der Intensität theoretisch miteinbezogen und als zusätzliche Größe in die Grid-Group-Theorie implementiert. Danach müssen beide Dimensionen als kontinuierliche Größen betrachtet werden, die *Wahrscheinlichkeiten* zum Ausdruck bringen. Bestimmt werden kann lediglich die Wahrscheinlichkeit, mit der ein Individuum sich an externen Regeln orientiert oder sich an gruppeninternen Regeln ausrichtet. Diese Annahme wird auch vor dem Hintergrund getroffen, dass die genaue Verortung eines Individuums auf den zwei Dimensionen unter Einbeziehung vollständiger Komplexität nicht möglich ist. Ebenso wie die genaue Position eines Elektrons in einem Atom nicht genau bestimmt werden kann, sondern lediglich seine Wahrscheinlichkeit sich zu einer bestimmten Zeit an einem bestimmten Punkt im Raum zu befinden, kann nicht davon ausgegangen werden, dass unter Berücksichtigung vollständiger sozialer Komplexität eine genaue Verortung von Individuen als entweder *Hierarchist* oder *Fatalist* möglich ist.

Nach dieser Vorstellung ändert sich beim Übergang von einer starken Ausrichtung an externen Regeln zu einer schwachen Ausrichtung, und bei gleichzeitiger Annahme einer starken Wahrscheinlichkeit in soziale Kontexte eingebunden zu sein, die Wahrscheinlichkeit eines Individuums *i* hierarchist zu sein um

$$p_i(\text{hierarchist}) = p_i(\text{hierarchist}) - x_i,$$

wobei x_i für die Änderung der Wahrscheinlichkeit steht, die beim Übergang entsteht. Gleichzeitig ändert sich die Wahrscheinlichkeit des gleichen Individuums *i* enclavist zu sein, um

$$p_i(\text{enclavist}) = 1 - (p_i(\text{hierarchist}) - x_i).$$

Somit wird es möglich, die kulturelle Ausrichtung von Individuen als die Kombination der Wahrscheinlichkeiten zu betrachten, mit der sich Individuen auf den Dimensionen Grid und Group bewegen. Empirisch resultiert aus diesen Annahmen die Möglichkeit der Messung von Intensitäten zu *jeder* der vier cultural bias oder Gerechtigkeitsideologien. Nehmen wir in einem Extremfall an, ein Individuum bevorzugt alle vier Gerechtigkeitsideologien

²⁷ oder auch der Orientierung an einer Vielzahl von Regeln, auch hier bleibt die Theorie undeutlich

gleichzeitig, dann ist die Wahrscheinlichkeit, dass dieses Phänomen eintritt äußerst gering. In einem derartigen Fall gilt, dass die Wahrscheinlichkeit Fatalismus zu befürworten gleichzeitig die Wahrscheinlichkeit äußerst gering macht Egalitarismus zu befürworten, da sich die beiden Ideologien diametral gegenüberstehen. Bei Befürwortung von Individualismus hingegen ist die Wahrscheinlichkeit gleichzeitig Askriptivismus zu befürworten äußerst gering. Die Befürwortung aller vier Kulturtypen gleichzeitig, macht die Wahrscheinlichkeit mindestens einer der anderen vier Kulturtypen äußerst unwahrscheinlich, aber theoretisch nicht unmöglich. Empirisch lässt sich daher ein derartiger Fall erwarten.

5.3.2. Messung der Gerechtigkeitsideologien

Die Gerechtigkeitsideologien werden in Anlehnung an Liebig & Wegener (1993) über eine explorative Faktoranalyse ermittelt (Maximum Likelihood), in der die zuvor beschriebenen Items eingehen. Zuvor werden fehlende Angaben und die Ausprägung „weiss nicht“ als fehlende Werte definiert. Die Datenbasis ist der gepoolte Datensatz über die drei Wellen des ISJP.

Das Ergebnis zeigt vier voneinander unabhängige Faktoren, die als Gerechtigkeitsideologien interpretiert werden können. Im Askriptivismus bündeln sich die Aussagen:

- Es ist gerecht, dass man das, was man sich durch Arbeit verdient hat, behält, auch wenn das heißt, dass einige reicher sind als andere.
- Es ist gerecht, dass Eltern ihr Vermögen an ihre Kinder weitergeben, auch wenn das heißt, dass die Kinder reicher Eltern im Leben bessere Chancen haben.

Zum Ausdruck kommt ein gewisser Wertkonservatismus, der mit Bezug auf Mary Douglas und nach den Vorstellungen von Thompson et al. (1990) eine soziale Position zum Ausdruck bringt, die soziale Ungleichheit als naturgegeben ansieht, sowie das Vererben sozialer Positionen an die Kinder als legitimes Mittel der Beibehaltung sozialer Differenzen gutheißt.

Die Dimension des Egalitarismus bündelt die Aussagen:

- Am wichtigsten ist, dass die Menschen das bekommen, was sie zum Leben brauchen, auch wenn die Besserverdienenden dafür etwas von ihrem Einkommen abgeben müssen.
- Der Staat sollte für alle einen Mindest- Lebensstandard garantieren
- Der Staat sollte für alle, die arbeiten wollen, einen Arbeitsplatz zur Verfügung stellen

Zum Ausdruck kommt eine egalitäre Position, die für Umverteilung plädiert und dem Staat die Verantwortung dieser Aufgabe zuschreibt. Die Betonung der Gleichheit des Lebensstandards unter allen Menschen steht in engem Zusammenhang mit der generellen Forderung der *enclavistischen* Position nach Partizipation unter allen Gruppenmitgliedern.

Zwei Aussagen lassen sich als Fatalismus interpretieren:

- So wie die Zustände heute sind, weiß man gar nicht mehr, was eigentlich gerecht ist
- Es ist zwecklos, sich über soziale Gerechtigkeit zu streiten, weil sich die Verhältnisse doch nicht ändern lassen.

Die unterprivilegierte Position des Fatalisten, der meist in einem Abhängigkeitsverhältnis zu anderen steht (vgl. Douglas 1982), resultiert bezogen auf Gerechtigkeitsfragen in einem Wertverlust und in Resignation. Gerechtigkeit wird nicht wahrgenommen und daher auch nicht bewertet. Gleichzeitig wird die eigene soziale Position fatalistisch hingenommen, weil sich die Zustände nicht ändern lassen. Gerechtigkeit existiert nur als diffuses Konzept, das nicht herzustellen ist.

Individualismus ist bezogen auf die Aussagen, die sich in dieser Dimension bündeln, inhaltlich schwer vom Askriptivismus zu trennen.

- Ein Anreiz für Leistung besteht nur dann, wenn die Unterschiede im Einkommen groß genug sind.
- Es hat schon seine Richtigkeit, wenn Unternehmer große Gewinne machen, denn am Ende profitieren alle davon.
- Die Leute sind nur dann bereit, in ihrem Beruf zusätzliche Verantwortung zu übernehmen, wenn sie dafür auch zusätzlich bezahlt werden.

Jede dieser Aussagen könnte inhaltlich auch von einer askriptivistischen Position vertreten werden, oder zumindest keine direkte Ablehnung erfahren. Die analytische Trennung besteht in der Betonung einerseits auf der *Vererbung sozialer Positionen* beim Askriptivismus und in der *individuellen Betonung der Leistung* im Individualismus. Der Individualismus als Gerechtigkeitsideologie zielt auf die Betonung der eigenen Leistung ab, durch welche Fragen der Gerechtigkeit für den Individualisten erst entstehen und relevant werden. Gleichzeitig wird der gesamtgesellschaftliche Nutzen auch nur dann erhöht, wenn der individuelle Anreiz für Leistung gegeben ist, der durch Einkommensunterschiede entsteht. Im Individualismus steht also nicht die soziale Position des Einzelnen im Vordergrund, aus der sich Fragen der Gerechtigkeit ergeben, sondern das Individuum und seine Leistungen.

Tabelle 6) Rotierte Faktormatrix der Gerechtigkeitsideologien, ISJP 1991-2000

	Askriptivismus	Egalitarismus	Fatalismus	Individualismus	h^2
Es ist gerecht, dass man das, was man sich durch Arbeit verdient hat, behält.	.679	.047	-.032	.114	.52
Es ist gerecht, dass Eltern ihr Vermögen an ihre Kinder weitergeben.	.595	-.028	.019	.086	.63
Am wichtigsten ist, dass die Menschen das bekommen, was sie zum Leben brauchen.	.085	.443	.058	-.066	.78
Der Staat sollte für alle einen Mindest-Lebensstandard garantieren.	.012	.638	.008	-.036	.59
Der Staat sollte für alle einen Arbeitsplatz zur Verfügung stellen.	.017	.544	.192	-.053	.66
Heute weiß man nicht, was eigentlich gerecht ist.	-.008	.215	.590	-.030	.60
Die Verhältnisse lassen sich doch nicht ändern.	-.021	-.057	.578	.074	.65
Ein Anreiz für Leistung besteht nur dann, wenn die Unterschiede im Einkommen groß genug sind.	.111	-.054	.022	.703	.48
Wenn Unternehmer große Gewinne machen profitieren alle davon.	.166	-.297	-.044	.342	.76
Die Leute sind nur dann bereit, in ihrem Beruf zusätzliche Verantwortung zu übernehmen, wenn sie dafür auch zusätzlich bezahlt werden.	.228	.109	.044	.334	.82
Erklärte Varianz	.362	0.330	0.187	0.120	

N=7179; varimax rotation; log likelihood = -74.33; Likelihood Ratio Test 4 vs. 0 factors: $\chi^2_{40} = 6779.08$, $p^2 = 0.0000$

Das Modell ist sowohl in Ost- wie auch in Westdeutschland für alle drei Zeitpunkte stabil. Mit einer erklärten Varianz von 36.2% kann die Dimension, die als Askriptivismus bezeichnet wird, am besten erklärt werden. Deutlich schlechter wird mit einem Anteil von 12.0% erklärter Varianz die Dimension des Individualismus erklärt. Die individuellen Faktorenwerte jeder der vier Gerechtigkeitsideologien werden extrahiert und als Grundlage für die weiterführenden Analysen verwendet.

Die Identifikation der vier Dimensionen über die explorative Faktoranalyse ist noch kein Beweis von statistischer Unabhängigkeit zwischen den Dimensionen. In einem nächsten Schritt werden deshalb die extrahierten Faktorwerte untereinander paarweise korreliert. Es stellt sich heraus, dass die vier Gerechtigkeitsideologien nicht statistisch unabhängig voneinander sind.

Tabelle 7) Korrelation zwischen Gerechtigkeitsideologien

	Fatalismus	Askriptivismus	Individualismus	Egalitarismus
Fatalismus	1.000			
Askriptivismus	-.021*	1.000		
Individualismus	.037**	.172***	1.000	
Egalitarismus	.127***	.038**	-.100***	1.000

statistisch Signifikant *** $p_i < .000$, ** $p_i < .001$, * $p_i < .05$

Alle Gerechtigkeitsideologien korrelieren, wenn auch schwach, so doch signifikant untereinander. Die deutlichste Korrelation besteht zwischen Askriptivismus und Individualismus (.172). Es wurde bereits darauf hingewiesen, dass inhaltlich die Auseinanderhaltung zwischen diesen beiden Gerechtigkeitsideologien problematisch ist. Die schwächste Korrelation besteht zwischen Fatalismus und Askriptivismus (-.021). Weiterhin ist zu erkennen, dass zwischen den Dimensionen Individualismus und Egalitarismus, sowie zwischen Fatalismus und Askriptivismus ein negativer Zusammenhang besteht. Insgesamt können die Korrelationen unter den Gerechtigkeitsideologien als gering eingestuft werden.

5.3.3. Orientierung gegenüber Gerechtigkeitsideologien. Die Bildung von Ideologietypen

Nachdem die Gerechtigkeitsideologien empirisch hergeleitet wurden, folgt in einem nächsten Schritt die Klassifizierung der Orientierungen gegenüber den vier Gerechtigkeitsideologien. Wie bereits erwähnt, wird im Rahmen dieser Arbeit die Auffassung vertreten, Individuen kombinieren ihre Haltungen oder Orientierungen gegenüber verschiedenen Ideologien, wobei die Zustimmung zu gleichzeitig mehreren Gerechtigkeitsideologien möglich wird. Inhaltlich werden drei Orientierungen unterschieden: *Zustimmung*, *neutrale Haltung* und *Ablehnung*. Methodisch erfolgt die Herleitung der drei Orientierungen auf der Grundlage der extrahierten Faktorwerte der Gesamtpopulation. Dabei wird jede Dimension in drei gleichgroße Teile zerlegt, wobei die Cutpoints der so entstehenden Perzentile die Grenzwerte der Faktorwerte zwischen den Orientierungen markieren. Es entsteht zu jeder Gerechtigkeitsideologie eine neue Variable, die drei gleichhäufige Ausprägungen (Zustimmung, Uneinigkeit und Ablehnung) besitzt.

Die so entstehenden Orientierungen gegenüber den vier Gerechtigkeitsideologien macht insgesamt eine maximale Anzahl von $3^4 = 81$ verschiedenen Kombinationen von Gerechtigkeitsideologietypen möglich. Gleichzeitig kann zwischen *reinen Typen* und *Mischtypen* unterschieden werden. Als reine Typen werden jene Individuen bezeichnet, die lediglich eine einzige Gerechtigkeitsideologie befürworten und gleichzeitig alle anderen ablehnen. Dieser Typus würde der Vorstellung von Thompson et al. (1990) entsprechen, nach

der Individuen grundsätzlich Träger einer Ideologie sind. Unter Mischtypen werden alle anderen Individuen bezeichnet, deren Orientierung gegenüber den Gerechtigkeitsideologien sich aus verschiedenen Kombinationen zusammensetzt.

Tabelle 8) „Reine“- und Mischtypen der Gerechtigkeitsideologien. Anteile in Prozent

	Fatalismus	Askriptivismus	Individualismus	Egalitarismus
Reine Typen	.92	1.11	.99	1.59
Mischtypen	99.08	98.89	99.01	98.41

N=7179

Der prozentuale Anteil der reinen Typen ist insgesamt für alle Gerechtigkeitsideologien äußerst gering. Dies ist allerdings nicht als Beweis dafür zu nehmen, dass Individuen grundsätzlich ideologische Mischtypen ausbilden. Methodisch zwingt das Verfahren der Faktoranalyse die Verteilungen in eine derartige Form, die durch die Z-Transformation zustande kommt. Gleichzeitig erlaubt das Design und die Auswahl der Items keine Beantwortung der Frage, ob Individuen Träger einer oder mehrerer Ideologien sind. Um derartige Fragen adäquat zu beantworten, muss die Beziehung zwischen Ideologie und Individuum genauer analysiert werden. Wie bereits erwähnt, kann dies die Kulturtheorie bisher nicht leisten und muss Aufgabe zukünftiger Forschungsfragen sein.

Olli (1999) schlägt daher drei Modellvorstellungen des Individuums vor. Nach dem *coherent Individual* besitzt der Einzelne unabhängig von sozialen Kontexten nur eine einzige kulturelle Prägung, ist also Träger nur einer Ideologie, bzw. eines cultural bias. In der hier verwendeten Terminologie handelt es sich also um einen reinen Typus. Zwangsläufig lehnt das Individuum alle alternativen Ideologien ab, bis auf diejenige die seine Zustimmung erfährt. Gleichzeitig existieren unterschiedliche Formen der Kohärenz. Nach der strengsten Definition lehnt das Individuum alle Alternativen ab. Weniger strengen Definitionen folgend, kann auch eine Zustimmung zu einer Ideologie bei gleichzeitiger Uneindeutigkeit gegenüber den alternativen Ideologien vorliegen. Hierbei würde es sich allerdings schon wieder um einen Mischtyp handeln. Empirisch sollte eine Mehrzahl der Individuen als reine Typen oder zumindest als kohärente Individuen nach der weniger strengen Definition vorkommen.

Ein anderes Modell sieht vor, das Individuen gemäß ihren sozialen Kontexten zwischen verschiedenen Ideologien wechseln. Das *sequential individual* behandelt seine ideologische Prägung gleichsam als Rolle, die sich ändert, wenn seine soziale Umwelt eine Änderung erfährt. Dabei bleibt die ideologische Ausrichtung innerhalb der sozialen Kontexte kohärent. Sowohl die Zustimmung, als auch die Ablehnung einer Ideologie werden zur Funktion des

jeweiligen sozialen Kontextes. Empirisch sollten sich kohärente Individuen in unterschiedlichen sozialen Kontexten finden lassen, deren Ideologie jedoch von Kontext zu Kontext variieren kann.

Das *synthetic Individual* ist nicht Träger einer einzigen Ideologie und kombiniert verschiedene cultural bias zu einem Set an Werten und Vorstellungen, die gleichermaßen kohärent in variierenden sozialen Kontexten vertreten werden. Die Kohärenz besteht also nicht bezüglich der vier Ideologien, sondern bezüglich der Kombination von Orientierungen. Empirisch sollten sich Individuen finden lassen, die Träger verschiedener Ideologien sind, also entgegen den vorhergehenden Modellen nicht in Abhängigkeit der Zustimmung zu einer Ideologie eine Alternative ablehnen (Olli 1999). Vielmehr sollte man erwarten Mischtypen zu finden.

Es wurde bereits darauf hingewiesen, dass ein empirischer Test, nach dem Individuen entweder reine Typen oder Mischtypen sind, auf der Grundlage des vorliegenden Datenmaterials nicht möglich ist. Auch die von Olli (1999) unterschiedenen Modelle des Individuums können mit den Daten des ISJP keiner empirischen Überprüfung unterzogen werden. Zur Überprüfung bedarf es außerdem je nach Modell verschiedene Untersuchungsdesigns. So müssten zur Überprüfung des Modells des sequentiellen Individuums unterschiedliche soziale Kontexte untersucht werden. Auch die Bedeutung von der ideologischen Kohärenz eines Individuums bleibt ohnehin Gegenstand wissenschaftlicher Kreativität, denn die empirische Messung ideologischer Ausrichtung kann auf unterschiedliche Weise erfolgen. Die im Rahmen dieser Arbeit verwendete Methode der faktoranalytischen Dimensionsreduktion muss nicht der einzige gangbare Königsweg sein. Liegt ein Untersuchungsdesign auf der Grundlage einer Faktoranalyse oder einer alternativen Bündelung und Standardisierung von verschiedenen Items vor, stellt sich unausweichlich die Frage nach der Kohärenz ideologischer Ausrichtung in Zusammenhang mit der Kohärenz im Antwortverhalten der Befragten. Nicht mal der Schöpfer des Untersuchungsdesigns selbst wäre im Stande, die Items, die zur Messung der Ideologie verwendet werden, ad hoc so zu beantworten, dass ein eindeutig kohärentes Abbild seiner ideologischen Orientierung resultiert. Das gleichzeitige Zustimmung zu zwei sich scheinbar widersprechenden Items muss nicht Resultat der tatsächlichen Überzeugung sein, sondern kann auch als Effekt begriffen werden, der aus begrenzten kognitiven Fähigkeiten oder anderen Interview- und Interviewereffekten resultiert.

Der folgende Abschnitt präsentiert empirische Ergebnisse, die deskriptiv den Zusammenhang zwischen Parteiidentifikation und Gerechtigkeitsideologietypen beleuchten. Vorausgehend

wird der kausale Zusammenhang zwischen Ideologien und Parteiidentifikation anhand logistischer Regression ermittelt. Dadurch wird die Wirkungsrichtung und Erklärungskraft der Ideologien für die Parteiidentifikation ermittelt.

6. Auswertungen und Ergebnisse

6.1. Der Zusammenhang zwischen Gerechtigkeitsideologien und Parteiidentifikation in Ost- und Westdeutschland

Aus theoretischen Überlegungen wissen wir, dass die Parteiidentifikation durch strukturelle Faktoren determiniert wird (vgl. Campbell, et al. 1954). Weiterhin ist bekannt, dass auch Gerechtigkeitsideologien durch strukturelle Faktoren erklärbar sind (vgl. Wegener und Liebig 1993). Um einen Zusammenhang zwischen Parteipräferenz, als Konstrukt innerhalb des sozialpsychologischen Modells, und Gerechtigkeitsideologien zu überprüfen, wird davon ausgegangen, dass sich in den Gerechtigkeitsideologien sozialstrukturelle Effekte widerspiegeln, die über die jeweiligen Ideologien auf die Parteipräferenz wirken. Indirekt wird somit ein sozialstruktureller Einfluss auf die Parteipräferenz angenommen, der dem sozialpsychologischen Modell nach Campbell gerecht wird.

In die logistische Regression gehen die extrahierten Faktorwerte der Gerechtigkeitsideologien als unabhängige Variablen ein. Um die jeweilige Erklärungskraft der Ideologien für die Identifikation mit den Parteien zu modellieren, werden Dummyvariablen als abhängige Variablen verwendet, die die Identifikation – oder Nichtidentifikation mit den jeweiligen Parteien kodieren (0 oder 1). Die Ausprägung „Antwort verweigert“ wird als fehlender Wert behandelt und geht nicht in die Analyse ein. Auch die rechten Parteien und die F.D.P. werden aufgrund zu geringer Fallzahl nicht in der Analyse berücksichtigt. Anzumerken ist auch, dass die Fallzahl der Bündnis 90/GRÜNE-Identifizierer sehr gering ist (N=128) und die Fallzahl für die Identifikation mit der PDS in Westdeutschland äußerst gering ist (N=25).

Zunächst werden die Gerechtigkeitsideologien als unabhängige Variable in das Modell implementiert. In einem zweiten Schritt wird als zusätzliche Variable die Region (Ost- oder Westdeutschland) miteinbezogen. Außerdem werden anhand von Interaktionseffekten die unterschiedlichen Wirkungsweisen der Gerechtigkeitsideologien in Ost- und Westdeutschland überprüft. Lassen sich anhand der Interaktionseffekte Unterschiede in Ost- und Westdeutschland finden, kann dies zunächst als Anhaltspunkt für einen differierenden Zusammenhang zwischen Parteiidentifikation und Gerechtigkeitsideologien in Ost- und Westdeutschland gesehen werden.

Tabelle 9) Logistische Regression: Parteiidentifikation und Gerechtigkeitsideologien in Ost- und Westdeutschland (CDU/CSU, SPD und keine Parteiidentifikation)

	CDU/CSU		SPD		Keine Parteiidentifikation	
	I	II	I	II	I	II
Haupteffekte						
Fatalismus	-0.239** (5.27)	-0.346** (4.30)	-0.172** (4.21)	-0.336** (4.60)	0.560** (15.59)	0.706** (12.50)
Askriptivismus	0.372** (7.77)	0.455** (4.69)	-0.092* (2.37)	0.087 (1.10)	-0.065 (1.95)	-0.041 (0.72)
Individualismus	0.377** (7.67)	0.341** (4.10)	0.054 (1.32)	0.127 (1.77)	-0.150** (4.34)	-0.136** (2.63)
Egalitarismus	-0.466** (11.69)	-0.399** (4.71)	0.149** (3.74)	0.292** (3.14)	0.014 (0.43)	-0.213** (3.35)
Regioneneffekt						
Westdeutschland		0.474** (6.03)		0.904** (12.23)		-0.649** (11.63)
Interaktionseffekte						
Fatalismus X Westdeutschland		0.190 (1.94)		0.333** (3.75)		-0.313** (4.24)
Askriptivismus X Westdeutschland		-0.094 (0.84)		-0.198* (2.16)		-0.070 (0.99)
Individualismus X Westdeutschland		0.017 (0.16)		-0.188* (2.13)		0.051 (0.72)
Egalitarismus X Westdeutschland		0.009 (0.09)		0.041 (0.39)		0.142 (1.87)
Konstante	-1.680** (47.84)	-1.970** (30.66)	-1.299** (43.75)	-1.855** (29.03)	-0.204** (8.21)	0.174** (3.98)
N	6805	6805	6805	6805	6805	6805
R²	0.0582	0.0648	0.0046	0.0348	0.030	0.0477

statistisch Signifikant ** $p_t < .001$, * $p_t < .05$, N = 6805, z-Werte in Klammern

Die Erklärungskraft der Modelle ist gering und wird auch unter Einbeziehung der Interaktionseffekte nur geringfügig besser. Die Modellierung der Parteiidentifikation durch Gerechtigkeitsideologien soll allerdings an dieser Stelle nur die *Richtung* der Wirkung aufzeigen.

Alle Gerechtigkeitsideologien haben einen signifikanten Einfluss auf die Identifikation mit der CDU/CSU (erstes Modell). Die Identifikation mit der CDU/CSU wird durch Ablehnung fatalistischer und egalitaristischer sowie die Befürwortung individualistischer und askriptivistischer Vorstellungen von Gerechtigkeit begünstigt. Alle Effekte sind hoch signifikant und erreichen zusammengenommen eine Erklärungskraft von 5,8%. Durch die Kontrolle des Regioneneffektes verbessert sich die Erklärungskraft des Modells leicht auf etwa 6,5%. Gleichzeitig können keine signifikanten Interaktionseffekte gemessen werden.

Offensichtlich wird die Identifikation mit der CDU/CSU in beiden Landesteilen gleichermaßen durch die Gerechtigkeitsideologien bestimmt. Die Ablehnung fatalistischer und egalitaristischer und die Zustimmung zu individualistischen und askriptivistischen Gerechtigkeitsideologien begünstigt in Ost- und Westdeutschland in gleicher Weise die Identifikation mit der CDU/CSU.

Die äußerst geringe Erklärungskraft der Ideologien für die Identifikation mit der SPD ist zunächst verwunderlich, insofern als die in der Literatur vertretene These der bis heute gültigen Erklärungskraft von Wahlverhalten durch traditionelle Cleavages in Deutschland für die beiden großen Volksparteien zunächst die Vermutung nahe legt, die durch sozialstrukturelle Faktoren determinierten Ideologien wirken insbesondere bei den beiden Parteien CDU/CSU und SPD. Offenbar wird die Identifikation mit der SPD zu einem sehr geringen Maße durch ideologische Vorstellungen determiniert. Dennoch lassen sich signifikante Effekte feststellen, nach denen die Ablehnung fatalistischer und askriptivistischer und die Befürwortung egalitaristischer Vorstellungen von Gerechtigkeit die Identifikation mit der SPD in Deutschland begünstigt. Gleichzeitig weist der positive Regioneneffekt darauf hin, dass die Identifikation mit der SPD in Westdeutschland deutlich stärker ausgeprägt ist, als in Ostdeutschland. Unter Miteinbeziehung der Interaktionseffekte ergeben sich einige Änderungen in den Haupteffekten. Der Haupteffekt von Fatalismus bleibt bestehen. Gleichzeitig existiert ein Interaktionseffekt zwischen Westdeutschland und Fatalismus, der auf ein unterschiedliches Wirken von Fatalismus in Ost- und Westdeutschland für die Identifikation mit der SPD spricht. Offensichtlich begünstigen fatalistische Gerechtigkeitsideologien in Westdeutschland die Identifikation mit der SPD. Auch die Ablehnung askriptivistischer Wertvorstellungen erweist sich als Besonderheit mit der die Wahrscheinlichkeit in Westdeutschland steigt, sich mit der SPD zu identifizieren. Dafür spricht auch die Auflösung des Haupteffektes. Insgesamt bieten die Ergebnisse des Erklärungsmodells für die SPD ein sehr uneindeutiges Bild. So ist nicht zu erklären, warum im zweiten Modell ein Interaktionseffekt zwischen Individualismus und Westdeutschland gemessen wird, gleichzeitig aber in beiden Modellen (SPD I und SPD II) Individualismus als Haupteffekt nicht signifikant ist. Auch die Umkehrung des Askriptivismus-Effektes kann nicht erklärt werden. So muss für die Modellbeschreibung zur Identifikation mit der SPD der Schluss gezogen werden, dass durch die vier Gerechtigkeitsideologien nur unzureichend die Identifikation mit der SPD erklärt werden kann und keine eindeutigen Aussagen bezüglich unterschiedlicher oder gleichartiger Wirkungsweisen der Gerechtigkeitsideologien getroffen werden können.

Das Fehlen der Identifikation mit einer politischen Partei wird für Gesamtdeutschland durch fatalistische Gerechtigkeitsvorstellungen begünstigt. Erwartungsgemäß begünstigt das Fehlen von Gerechtigkeitsvorstellungen im engeren, und das Fehlen von Wertvorstellungen im allgemeinen Sinne das Nichtvorhandensein einer Parteiidentifikation. Gleichzeitig findet sich ein negativer Zusammenhang zwischen Individualismus und der Nichtidentifikation. Werden zusätzlich die Interaktionseffekte mit Westdeutschland in das Modell implementiert (Modell II) bleiben sowohl der Fatalismus- als auch der Individualismus Effekt als Haupteffekte bestehen. Der hochsignifikante Regioneneffekt verdeutlicht, dass das Fehlen einer Parteiidentifikation in Ostdeutschland wahrscheinlicher ist als in Westdeutschland, ein Aspekt, der durch die relativ junge politische Sozialisation in Ostdeutschland zu erklären ist. Zwei weitere Besonderheiten werden im zweiten Modell deutlich. Obgleich Fatalismus als positiver Haupteffekt bestehen bleibt, deutet ein negativer Interaktionseffekt zwischen Westdeutschland und Fatalismus darauf hin, dass *im Vergleich zu Ostdeutschland* der Effekt von Fatalismus auf die Nichtidentifikation in Westdeutschland signifikant geringer ist. Dies ist vor dem Hintergrund eines hochsignifikanten positiven Haupteffektes zu sehen.

Tabelle 10) Logistische Regression: Parteiidentifikation und Gerechtigkeitsideologien in Ost- und Westdeutschland (Bündnis 90/GRÜNE und PDS)

	Bündnis 90/GRÜNE		PDS	
	I	II	I	II
Haupteffekte				
Fatalismus	-0.835** (11.27)	-0.933** (7.60)	-0.100 (1.26)	-0.353** (4.14)
Askriptivismus	-0.268** (4.08)	-0.051 (0.40)	-0.294** (4.07)	-0.420** (5.08)
Individualismus	-0.294** (4.26)	-0.116 (1.01)	-0.220** (2.94)	-0.171* (2.13)
Egalitarismus	0.390** (4.95)	0.179 (1.19)	1.231** (10.71)	0.715** (5.69)
Regioneneffekt				
Westdeutschland		0.288* (2.04)		-2.623** (11.12)
Interaktionseffekte				
Fatalismus X Westdeutschland		0.224 (1.45)		0.719* (2.34)
Askriptivismus X Westdeutschland		-0.265 (1.77)		0.134 (0.53)
Individualismus X Westdeutschland		-0.307* (2.13)		0.211 (0.70)
Egalitarismus X Westdeutschland		0.392* (2.17)		0.102 (0.29)
Konstante	-3.117** (48.05)	-3.243** (28.16)	-3.367** (42.58)	-2.471** (28.03)
N	6805	6805	6805	6805
R ²	0.0703	0.0802	0.0723	0.1826

statistisch Signifikant ** $p_t < .001$, * $p_t < .05$, N = 6805, z-Werte in Klammern

Sowohl die Identifikation mit Bündnis 90/GRÜNE, als auch mit der PDS kann im Vergleich zur CDU/CSU und SPD besser durch Gerechtigkeitsideologien modelliert werden (relativ hohe Erklärungskraft). Im Modell von Bündnis 90/GRÜNE weisen alle vier Gerechtigkeitsideologien signifikante Effekte auf (Modell I). Anhand der Richtung der Effekte kann in diesem Modell davon ausgegangen werden, dass nur die Zustimmung zu einer einzigen Ideologie (Egalitarismus) und die Ablehnung aller anderen die Neigung zu Bündnis 90/GRÜNE begünstigt. Wird im zweiten Modell zusätzlich nach Interaktionseffekten zwischen den Ideologien und Westdeutschland kontrolliert, zeigt sich, dass bis auf die Ablehnung von Fatalismus alle Haupteffekte verschwinden. Zusätzlich verschwindet der Askriptivismus-Effekt als Haupteffekt und ist auch nicht als Interaktionseffekt signifikant. Sowohl die Ablehnung von Individualismus, als auch die Zustimmung zu Egalitarismus begünstigt in Westdeutschland, im Vergleich zu Ostdeutschland, die Identifikation mit

Bündnis 90/GRÜNE. Gleichzeitig ist die Wahrscheinlichkeit sich mit den Grünen zu identifizieren, erwartungsgemäß in Westdeutschland größer. Insgesamt verliert das Modell aufgrund der niedrigen Fallzahlen an ostdeutschen Bündnis 90/GRÜNE-Identifizierern an Qualität, wenn zusätzlich der Regioneneffekt implementiert wird.

Die Identifikation mit der PDS ist bezogen auf Gesamtdeutschland (erstes Modell) eine Funktion aus der Ablehnung von askriptivistischen und individualistischen und der Zustimmung zu egalitaristischen Gerechtigkeitsvorstellungen. Durch die zusätzliche Kontrolle durch den Regioneneffekt verändert sich das Bild. Die bereits erwähnte Sonderrolle der PDS als Partei der Ostdeutschen kommt im zweiten Modell durch den starken Regioneneffekt zum Ausdruck. Gleichzeitig ist ein negativer Haupteffekt von Fatalismus festzustellen. Im Vergleich zu Ostdeutschland begünstigen fatalistische Gerechtigkeitsvorstellungen in Westdeutschland die Identifikation mit der PDS. Insgesamt zeigt sich im zweiten Modell ein undeutliches und teilweise nur schwerlich zu interpretierendes Bild. Der drastische Anstieg der zusätzlichen Erklärungskraft im zweiten Modell untermauert den Verdacht, dass die sehr geringe Fallzahl an Personen in Westdeutschland, die sich mit der PDS identifizieren, die Qualität des Modells negativ beeinflusst.

Insgesamt ist deutlich geworden, dass Gerechtigkeitsideologien signifikante Effekte auf die Parteieigung ausüben. Einige Aussagen über die Richtung der Effekte von Gerechtigkeitsideologien können auf der Grundlage der hier gezeigten Modelle getroffen werden.

1. Die Identifikation mit der CDU/CSU ist bedingt durch eine ablehnende Haltung gegenüber Fatalismus und Egalitarismus. Gleichzeitig begünstigt die Zustimmung zu Individualismus und Askriptivismus die Neigung zur CDU/CSU. In Ost- und in Westdeutschland wirken die Gerechtigkeitsideologien gleichermaßen auf die Parteiidentifikation.
2. Die Identifikation mit der SPD ist nur schwach durch Gerechtigkeitsideologien zu erklären. Die Interpretation der Effekte lässt keine eindeutigen Rückschlüsse auf die Richtung der Wirkung von Gerechtigkeitsideologien zu. Bezogen auf Deutschland wirken sich askriptivistische und fatalistische negativ, und egalitaristische Ideologien positiv auf die Identifikation mit der SPD aus. Die Erklärungskraft sowohl des ersten als auch des zweiten Modells ist verschwindend gering.

3. Das Phänomen einer fehlenden Parteiidentifikation ist durch fatalistische Vorstellungen zu erklären. Das Fehlen von Wertvorstellungen und die Ansicht, Dinge nicht ändern zu können, tragen dazu bei, dass Personen auch in Bezug auf politische Parteien keine ideologischen Positionen vertreten.
4. Die Identifikation mit sowohl Bündnis 90/GRÜNE als auch mit der PDS kann im Vergleich zu den großen Parteien CDU/CSU und SPD insgesamt besser durch Gerechtigkeitsideologien erklärt werden. Aufgrund der geringen Fallzahlen (Bündnis 90/GRÜNE in Ostdeutschland und die PDS in Westdeutschland) sind Aussagen über die Wirkung von Gerechtigkeitsideologien in Ost- und Westdeutschland kaum möglich. Die Ablehnung aller, mit Ausnahme der egalitaristischen Vorstellung von Gerechtigkeit, folgt in der Terminologie der Kulturtheorie der Vorstellung des reinen Typus, bzw. dem Modell des kohärenten Individuums, das konsequent lediglich eine einzige Ideologie vertritt. Die Identifikation mit Bündnis 90/GRÜNE folgt im Vergleich mit den übrigen Parteien am ehesten dieser Vorstellung.
5. Auch die Identifikation mit der PDS wird durch die Zustimmung zum Egalitarismus begünstigt. Dabei scheinen fatalistische Positionen die Identifikation mit der PDS nur in Westdeutschland, nicht aber in Ostdeutschland zu begünstigen.

6.2. Kombinierte Vorstellungen von Gerechtigkeit. 81 Typen und ihre politische Relevanz

6.2.1. Anmerkung zur visuellen Darstellung

Die Ergebnisse des vorherigen Abschnitts bieten die Möglichkeit, Aussagen über das Wirken von Gerechtigkeitsideologien auf der Grundlage von positiven oder negativen Effekten für die Parteiidentifikation zu treffen. Im Folgenden werden die bereits erläuterten Kombinationen von Gerechtigkeitsideologien für Ost- und Westdeutschland gebildet. Anschließend sollen spezifische Kombinationen identifiziert werden, die sich für die Parteien ergeben.

Zunächst wird für Ost- und Westdeutschland getrennt ein Abbild der 81 möglichen Kombinationen gebildet, das die ideologischen Unterschiede in den beiden Teilen Deutschlands hervorhebt. Neben den Ost-West-Unterschieden werden auch Unterschiede über die Zeit dargestellt.

Die 81 Kombinationen werden auf der Grundlage einer vierdimensionalen Tabelle dargestellt, um alle vier Gerechtigkeitsideologien visuell abbilden zu können. Da die visuelle Darstellung von vier Dimensionen nicht möglich ist, werden in den Spalten sowie in den Zeilen der Tabellen jeweils zwei Dimensionen gleichzeitig dargestellt. Sowohl zwischen den Spalten, als

auch zwischen den Zeilen befindet sich jeweils also eine weitere Dimension, die als Superzeile, bzw. Superspalte bezeichnet wird. Durch die Kombination der vier Dimensionen (Gerechtigkeitsideologien) und der drei möglichen Orientierungen (Zustimmung, neutrale Haltung, Ablehnung) entstehen 81 Felder, die innerhalb der Tabelle dargestellt werden, im Folgenden aber nicht als Tabellen, sondern als Abbildungen bezeichnet werden. Würde man die 81 Kombinationen zufällig verteilen, würde jedes der 81 Felder mit einem prozentualen Anteil von $h = 100/81 = 1.234\%$ zur Gesamtverteilung beitragen. Eine relative Häufigkeit von über $h = 1.234$ würde also einer überdurchschnittlichen Häufigkeit, eine relative Häufigkeit von unter $h = 1.234$ einer unterdurchschnittlichen Häufigkeit entsprechen. Die Visualisierung der Häufigkeiten der Kombinationen erfolgt auf der Basis von *Konzentrationen*, die als farbige Rechtecke die jeweilige Kombination markieren. Dabei ist ein Farbverlauf gewählt worden, der von Blau (niedrige Konzentration) nach Rot (hohe Konzentration) verläuft und Abstufungen dazwischen zulässt. Blau markiert dabei die niedrigste Konzentration mit einem Wert von Null, Rot dagegen repräsentiert die höchst mögliche Konzentration mit einem Wert von Hundert. Der farbliche Verlauf ist mit niedrigen bzw. hohen Temperaturen zu vergleichen. Dieses Vorgehen wird aus zwei Gründen gewählt. Erstens ist eine Darstellungsweise auf der Grundlage von Zahlen in einer Tabelle mit 81 Feldern nicht übersichtlich. Zweitens erlaubt die Darstellung der Kombinationen durch Konzentrationen die Hervorhebung häufiger Kombinationen *innerhalb* der jeweiligen Subsamples der Parteiidentifikationen. Allerdings wird der direkte Vergleich von Häufigkeiten von Kombinationen *zwischen* den Subsamples nicht mehr möglich, da die Bildung von Konzentrationen eine Standardisierung der Häufigkeiten voraussetzt. Grundlage der Bestimmung der Konzentration und der Standardisierung ist die Differenz zwischen der niedrigsten relativen Häufigkeit eines Subsamples, also dem Minimum und der größten relativen Häufigkeit (Maximum)²⁸.

Die Vierdimensionalität wird erreicht, indem zwischen den Spalten Superspalten gebildet werden. Die *Spalten* bilden die jeweiligen Orientierungen gegenüber Askriptivismus ab. Drei Spalten entstehen, die entweder eine Zustimmung, eine neutrale Haltung oder eine Ablehnung von Askriptivismus markieren. Für jede dieser drei Spalten sind alle anderen Kombinationen aus Individualismus, Fatalismus und Egalitarismus möglich. Für jede Orientierung gegenüber Askriptivismus werden drei Superspalten gebildet, die die Orientierungen gegenüber Fatalismus markieren. Die Zustimmung zu Askriptivismus kann nun begleitet sein von einer der drei möglichen Orientierungen gegenüber Fatalismus. Das gleiche Verfahren findet in den

²⁸ Die Differenz zwischen Minimum und Maximum wird auf den Wert 255 standardisiert. Dies ist aus technischen Gründen vorteilhaft, soll an dieser Stelle aber nicht weiter erläutert werden.

Zeilen der Tabelle (Abbildung) Anwendung. Die Zeilen bilden die Orientierungen gegenüber Egalitarismus ab. Wie auch bei den Spalten werden nun Superzeilen gebildet, die zwischen den Orientierungen gegenüber Egalitarismus, die Orientierungen gegenüber Individualismus abbilden. Die so entstehende vierdimensionale Tabelle ermöglicht die Darstellung aller 81 möglichen Kombinationen aus Gerechtigkeitsideologien in Form einer Landkarte, auf der die *Positionen der Kombinationen* interpretiert werden können. Die Wahl der Anordnung der vier Gerechtigkeitsideologien auf den Spalten bzw. Zeilen ist zufällig.

Die Orientierungen gegenüber Fatalismus und Individualismus, also die zwei Dimensionen, die zwischen den Zeilen bzw. Spalten verlaufen, sind aus Platzgründen mit den Kürzungen *Z* für Zustimmung, *n* für neutrale Haltung und *A* für Ablehnung gekennzeichnet.

6.2.2. Darstellung der Gerechtigkeitsideologietypen in Ost- und Westdeutschland

Abb. 5) Konzentration kombinierter Gerechtigkeitsideologien in West- und Ostdeutschland

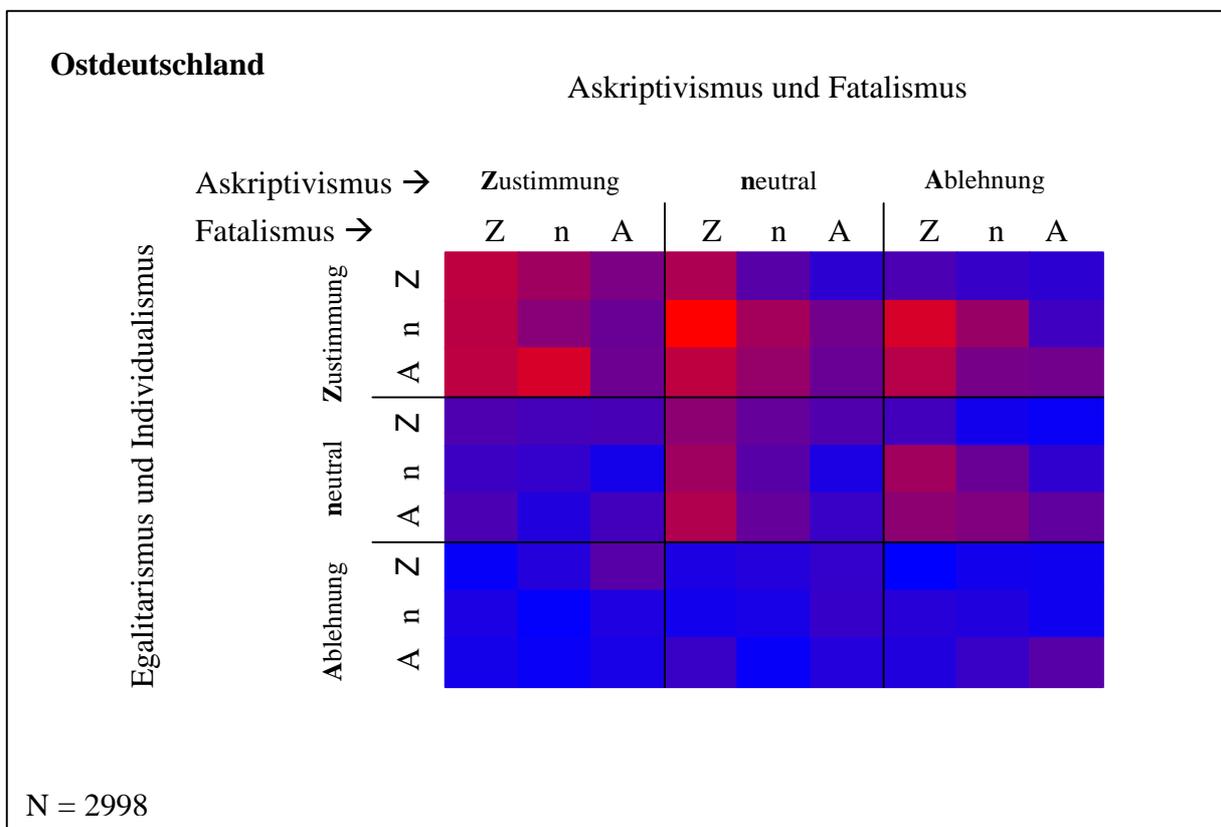
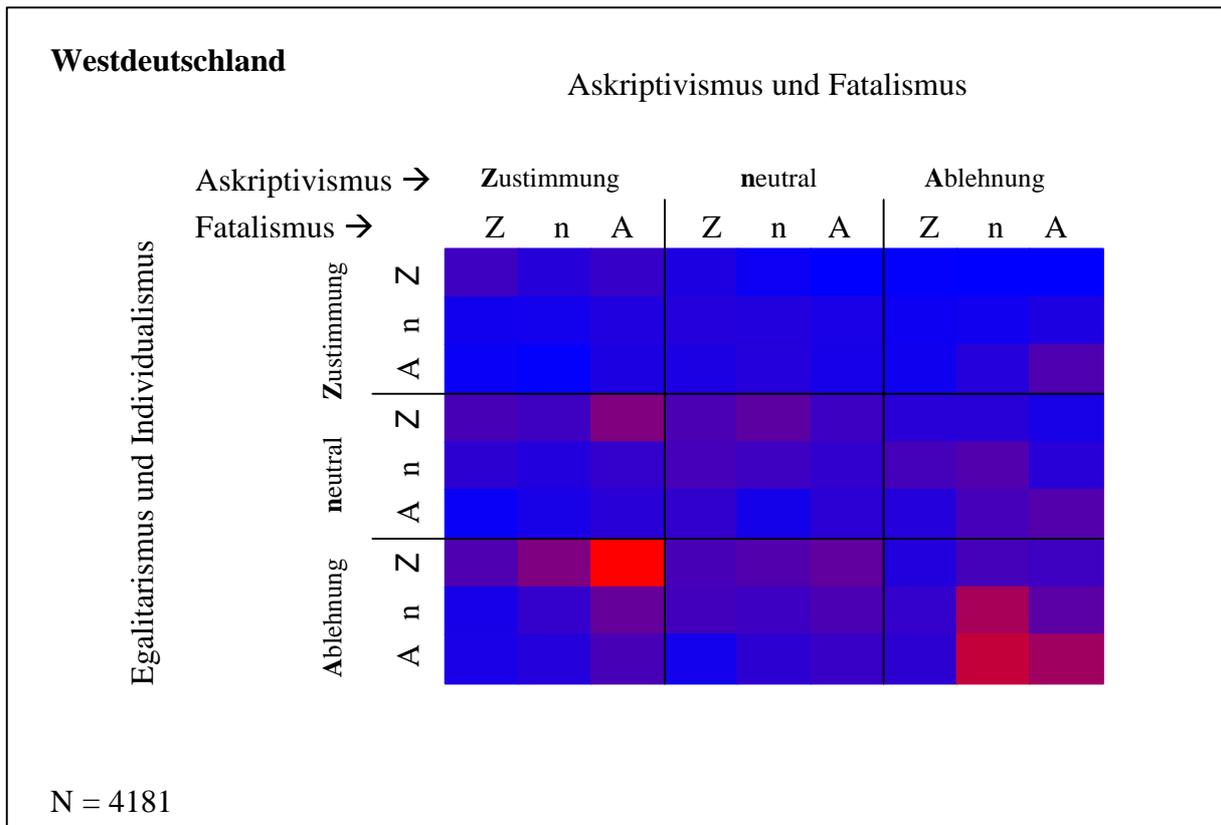


Abbildung 5 veranschaulicht den ideologischen Unterschied, der in Ost- und Westdeutschland 1991-2000 am deutlichsten mit Blick auf die Konzentration von Egalitarismus zutage tritt. Während in Westdeutschland lediglich eine einzige Kombination eine hohe Konzentration aufweist, scheint das Bild der ideologischen Zusammensetzung in Ostdeutschland insgesamt heterogener. Das Sample von Ostdeutschland umfasst N=2998 auswertbare Fälle zwischen 1991 und 2000. In Ostdeutschland konzentrieren sich die Kombinationen von Gerechtigkeitsideologien im oberen Drittel der Tabelle. Es handelt sich dabei um verschiedene Kombinationen, die mit der Zustimmung zu Egalitarismus verknüpft sind. Die höchste Konzentration in Ostdeutschland verknüpft die neutrale Orientierung gegenüber Askriptivismus und Individualismus und die Zustimmung zu Fatalismus und Egalitarismus miteinander. Der Anteil dieser Kombination entspricht 3.13% (94 von 2998 Fällen). Insgesamt konzentrieren sich etwa die Hälfte aller Menschen in Ostdeutschland zwischen 1991 und 2000 auf das obere Drittel der Abbildung 5. Damit bestehen 50% aller vorkommenden Kombinationen in Ostdeutschland aus Kombinationen, die mit der Zustimmung zu Egalitarismus verbunden sind. Der Anteil derjenigen, die die Zustimmung zu gleichzeitig Egalitarismus und Fatalismus kombinieren, liegt in Ostdeutschland bei 21.16%. Das Sample von Westdeutschland umfasst 1991-2000 N=4181 auswertbare Fälle. Die Kombination aus der *gleichzeitigen Ablehnung* von Egalitarismus und Fatalismus und der *gleichzeitigen Zustimmung* zu Askriptivismus und Individualismus ist die dominierende Kombination in Westdeutschland, die mit einem Anteil von 4.23% (177 Fälle) vorkommt, die über der bei einer zufälligen Verteilung erwarteten relativen Häufigkeit von 1.23 liegt. Neben dieser dominanten Kombination aus Gerechtigkeitsideologien kann eine weitere Gruppe von Konzentrationen am rechten unteren Rand der Abbildung 5 in Westdeutschland festgestellt werden. Die drei Kombinationen:

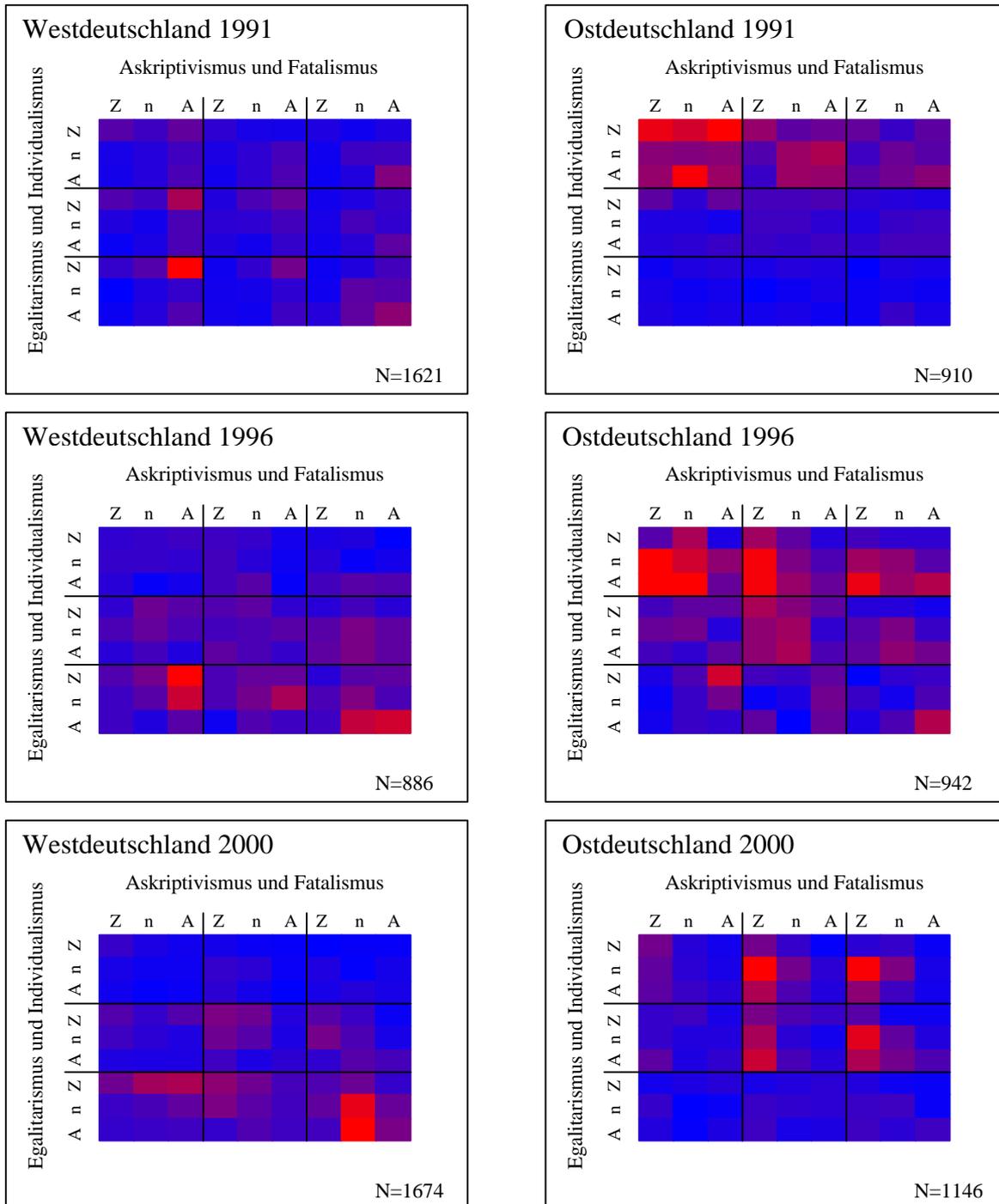
1. Ablehnung *aller* Gerechtigkeitsideologien (2.82%),
2. Ablehnung von Askriptivismus, Egalitarismus und Individualismus, und neutrale Orientierung gegenüber Fatalismus (3.35%),
3. Ablehnung von Askriptivismus und Egalitarismus, und neutrale Orientierung gegenüber Fatalismus und Individualismus (2.92%),

haben alle eine Gemeinsamkeit. Sie lehnen alle bzw. viele Ideologien ab oder orientieren sich neutral. Keine der vier Gerechtigkeitsideologien findet Zustimmung innerhalb dieser Kombinationen. Im Folgenden werden diese Typen als „Ignoranten“ bezeichnet. Zum Ausdruck kommt dabei die ablehnende Orientierung gegenüber nahezu allen Ideologien.

Es kann außerdem gezeigt werden, dass zwischen 1991 und 2000 tendenzielle Änderungen in den Konzentrationen der kombinierten Gerechtigkeitsideologien stattgefunden haben. Die nachfolgenden Abbildungen geben einen Überblick über den zeitlichen Verlauf der kombinierten Gerechtigkeitsideologien zwischen 1991 und 2000 für Ost- und Westdeutschland²⁹.

²⁹ Aus Platzgründen sind die Abbildungen verkleinert dargestellt. Die Anordnung der Dimensionen ist in allen Abbildungen einheitlich.

Abb. 6) Konzentration kombinierter Gerechtigkeitsideologien zwischen 1991 und 2000 in Ost- und Westdeutschland



Zwischen 1991 und 2000 verlagert sich in Westdeutschland die noch 1991 und 1996 dominante Kombination aus der Zustimmung zu Askriptivismus und Individualismus bei gleichzeitiger Ablehnung von Fatalismus und Egalitarismus. Für 2000 dominieren nun in Westdeutschland zwei Kombinationen (untere rechte Ecke der Tabelle), die beide sowohl Askriptivismus und Egalitarismus ablehnen und bei neutraler Orientierung gegenüber Fatalismus Individualismus ablehnen bzw. neutral gegenüberstehen. Die hohen

Konzentrationen der drei Kombinationen, die sich mit Blick auf Abbildung 6 in Westdeutschland finden lassen, resultieren daher aus der Verschiebung der dominanten Kombination in Westdeutschland zwischen 1991 und 2000³⁰.

In Ostdeutschland konzentrieren sich 1991 rund 30% aller Personen auf die kombinierte Zustimmung zu Askriptivismus und Egalitarismus. Die häufigste Kombination mit einem relativen Anteil von 4.51% konzentriert sich auf die Zustimmung zu Askriptivismus, Individualismus und Egalitarismus bei gleichzeitiger Ablehnung von Fatalismus. Mit 4.40% konzentrieren sich allerdings auch viele Personen auf die Zustimmung zu Askriptivismus und Egalitarismus, bei gleichzeitiger Ablehnung von Individualismus und einer neutralen Orientierung gegenüber Fatalismus. Einerseits scheinen Menschen in Ostdeutschland 1991 Individualismus als Ideologie abzulehnen, andererseits wird es in der gleichen Kombination aus Zustimmung zu Askriptivismus und Egalitarismus von einigen Menschen befürwortet (vgl. Abb. 6). Insgesamt aber zeigt sich 1991 die Tendenz der Ostdeutschen, egalitaristische Gerechtigkeitsideologien zu befürworten. Auch noch 1996 konzentrieren sich 46.17% der Menschen in Ostdeutschland auf Kombinationen, die mit einer Zustimmung zu Egalitarismus verbunden sind. Insgesamt lässt sich zwischen 1991 und 1996 in Ostdeutschland eine Zunahme an Heterogenität erkennen. Neben Kombinationen, die mit einer Zustimmung zu Egalitarismus verbunden sind, existiert auch eine Vielzahl an anderen Kombinationen, die noch 1991 mit verschwindend geringer Konzentration vertreten waren. So etwa lässt sich 1996 die für Westdeutschland typische Kombination aus Zustimmung zu Askriptivismus und Individualismus bei Ablehnung von Egalitarismus und Fatalismus mit einem Anteil von 2.44% auch in Ostdeutschland finden. Für 2000 ergibt sich wiederum ein anderes Bild. In Ostdeutschland dominieren 2000 Kombinationen, die mit einer Zustimmung zu Fatalismus

³⁰ Bei genauer Analyse der Gruppe von Typen, die in der rechten unteren Ecke der Abbildung 5 (Westdeutschland) zu finden sind (Ablehnung aller, bzw. der Mehrzahl der Ideologien) kann folgendes gezeigt werden. Personen, die diese Typen vertreten, stimmen in der Tendenz der mittleren Kategorie der für die Ideologien verwendeten Items zu. Die mittlere Kategorie (weder noch) kann auch als uneindeutiges Antwortverhalten gewertet werden, in der durch den Interviewten keine eindeutige Position zum Sachverhalt des Fragetextes bezogen wird. Gleichzeitig zeigt sich, dass diese Personen, die den Gerechtigkeitsideologien in gewisser Hinsicht „ignorant“ gegenüberstehen, in der Summe der Standardabweichungen über alle verwendeten Items, relativ hohe Werte im Vergleich zu anderen Kombinationen aufweisen. Die durchschnittlichen Standardabweichungen der Items dieser Kombinationen bewegen sich etwa um den Wert 1. Das annähernd normalverteilte Antwortverhalten dieser Personengruppen kann als Ausdruck gewertet werden, durch das *keine bestimmte Orientierung* gegenüber den Gerechtigkeitsideologien verfolgt wird. Allerdings ist dieses Phänomen nicht mit einer fatalistischen Orientierung zu vergleichen, denn Fatalismus setzt eine *fatalistische* Orientierung voraus. Vielmehr ist anzunehmen, dass es sich bei diesen Personen um *hermits* (Eremiten) handelt, die in der Terminologie von Mary Douglas als Personen zu bezeichnen sind, die sich zwischen den Dimensionen Grid und Group bewegen, aber keiner der vier *cultural bias* eindeutig zugeordnet werden können und sich sowohl jeder sozialen- wie auch externen Kontrolle durch Gruppen oder Hierarchien entziehen.

gekoppelt sind³¹. Die in der betreffenden Grafik als senkrechte „Streifen“ erkennbaren Kombinationen werden von einem Drittel aller Ostdeutschen (33.43%) vertreten. Mit der Zustimmung zu Fatalismus verbunden sind Kombinationen, die gleichzeitig Egalitarismus befürworten und eine neutrale Orientierung gegenüber Individualismus haben. Askriptivismus, der noch 1991 Zustimmung fand, wird 2000 von den Ostdeutschen nahezu nicht mehr kombiniert.

Insgesamt wird anhand der Abbildungen die Unterschiedlichkeit deutlich, mit der ost- und westdeutsche Gerechtigkeitsideologien zwischen 1991 und 2000 kombinieren. Während in Westdeutschland zwischen 1991 und 1996 kaum Veränderungen in den Konzentrationen der Kombinationen festgestellt werden können, verändert sich die Zusammensetzung der Kombinationen in Ostdeutschland zwischen 1991 und 1996. Während sich 1991 die dominierenden Kombinationen aus der Zustimmung zu Egalitarismus und Askriptivismus zusammensetzten, wird die Zustimmung zu Fatalismus 1996 und insbesondere 2000 stärker. 1996 nimmt die Heterogenität der Konzentrationen in Ostdeutschland insgesamt zu und es entsteht ein insgesamt diffuseres Bild an unterschiedlich stark konzentrierten Kombinationen. Nachdem die Verteilung der Kombinationen in Ost- und Westdeutschland über die Zeit dargestellt wurde, soll im Folgenden die Parteiidentifikation als zu untersuchende Größe in die Analysen einbezogen werden. Dabei steht die Frage im Vordergrund, wie Menschen mit unterschiedlichen Parteineigungen in Ost- und Westdeutschland Gerechtigkeitsideologien kombinieren.

6.2.3. Parteiidentifikation und kombinierte Gerechtigkeitsideologien. Ideologie-Profile der Parteien

Für die Untersuchung werden die CDU/CSU, die SPD, Bündnis 90/GRÜNE, die PDS, sowie das Phänomen der Nichtidentifikation in der Analyse berücksichtigt. Aufgrund der sehr geringen Fallzahlen muss auf die Analyse der F.D.P. sowie der rechten Parteien verzichtet werden. Zunächst werden die kombinierten Gerechtigkeitsvorstellungen für die Parteien in Form der vierdimensionalen Tabelle dargestellt. Dabei werden die CDU/CSU, die SPD und die Nichtidentifikation für Ost- und Westdeutschland getrennt analysiert, um Regionensunterschiede feststellen zu können. Eine getrennte Analyse für Ost- und Westdeutschland ist für Bündnis 90/GRÜNE und die PDS aufgrund der niedrigen Fallzahlen nicht möglich. Die Grünen werden im Rahmen dieser Analyse als ausschließlich

³¹ Über die Zunahme an fatalistischen Wertvorstellungen in Ost- aber auch in Westdeutschland (vgl. Wegener und Liebig 2000) (Wegener 2002)

„westdeutsche“ Partei, die PDS als regionale Partei Ostdeutschlands behandelt. Für die Analysen werden die gepoolten Daten verwendet. Eine getrennte Analyse über die Zeit kann für die Parteien einerseits aufgrund der geringen Fallzahlen nicht durchgeführt werden. Andererseits werden durch die Verwendung der gepoolten Daten bestimmte Kombinationen gebündelt, die in der Betrachtung nur einzelner Jahre nicht hervortreten. Das Hauptaugenmerk liegt in der Veranschaulichung der Unterschiedlichkeit, mit der Ost- und Westdeutsche mit verschiedenen Parteieigungen Gerechtigkeitsideologien kombinieren. Um Vorstellungen von Gerechtigkeit mit der Identifikation mit bestimmten Parteien in Verbindung bringen zu können, werden die programmatischen und ideologischen Schwerpunkte der Parteien kurz erläutert. Dabei geht es weniger darum den aktuellen Stand in Form eines ideologischen Schnappschusses darzulegen, als vielmehr darum, in Anlehnung an die jeweilige Geschichte der Parteien ideologische Tendenzen herauszuarbeiten, die sich als gesellschaftliche Ordnungsvorstellungen auch in Gerechtigkeitsvorstellungen niederschlagen.

CDU/CSU

Die politischen Wurzeln der CDU liegen im politischen Katholizismus des letzten Jahrhunderts. Aus verschiedenen katholischen Zirkeln formierte sich 1870 die Zentrumspartei, die schon im Kaiserreich bemüht war keine klerikale Partei darzustellen, sondern verschiedene soziale Schichten anzusprechen. Wichtiger ideologischer Impuls war dabei die katholische Soziallehre und das darin begründete Subsidiaritätsprinzip. Nach ihrer Neugründung 1945 entstehen neue ideologische Richtungen, die politisch- soziale Elemente des Protestantismus, des Konservatismus und des (Ordo-)Liberalismus verbinden (Andersen und Woyke 1997).

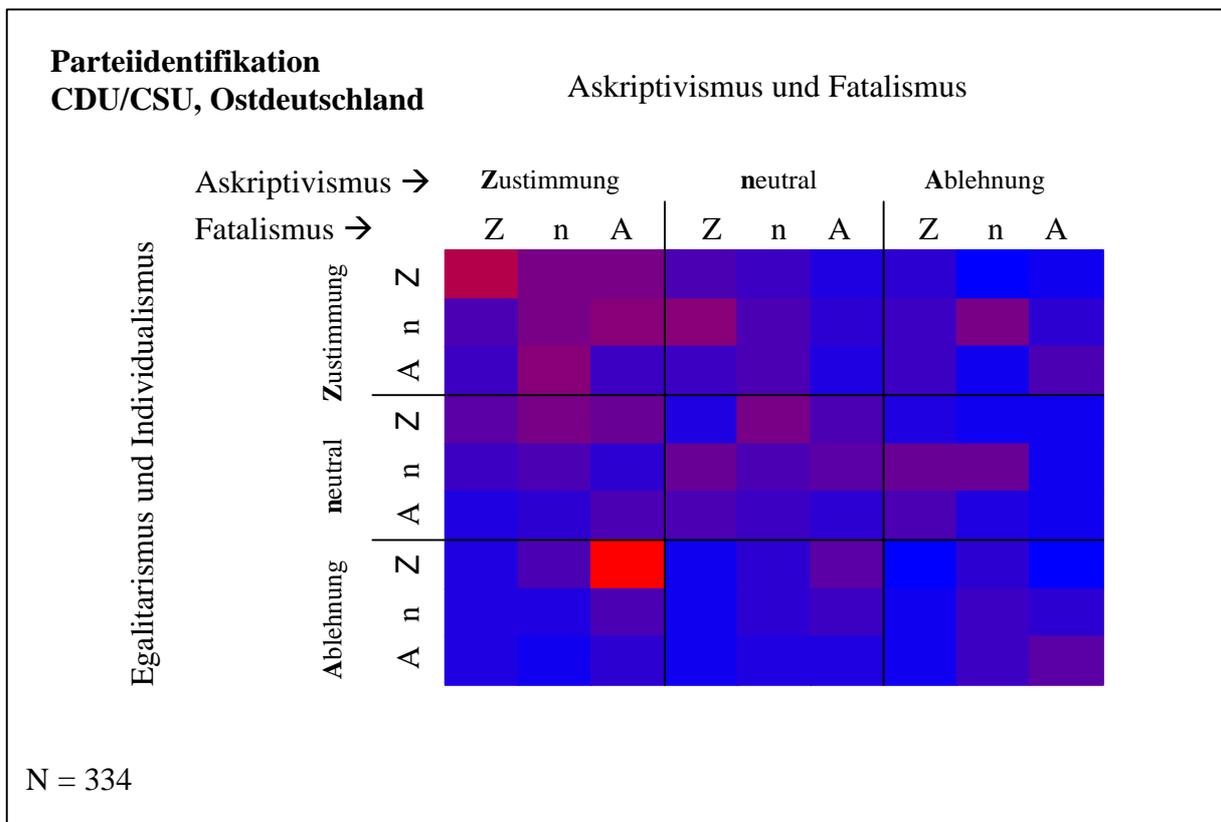
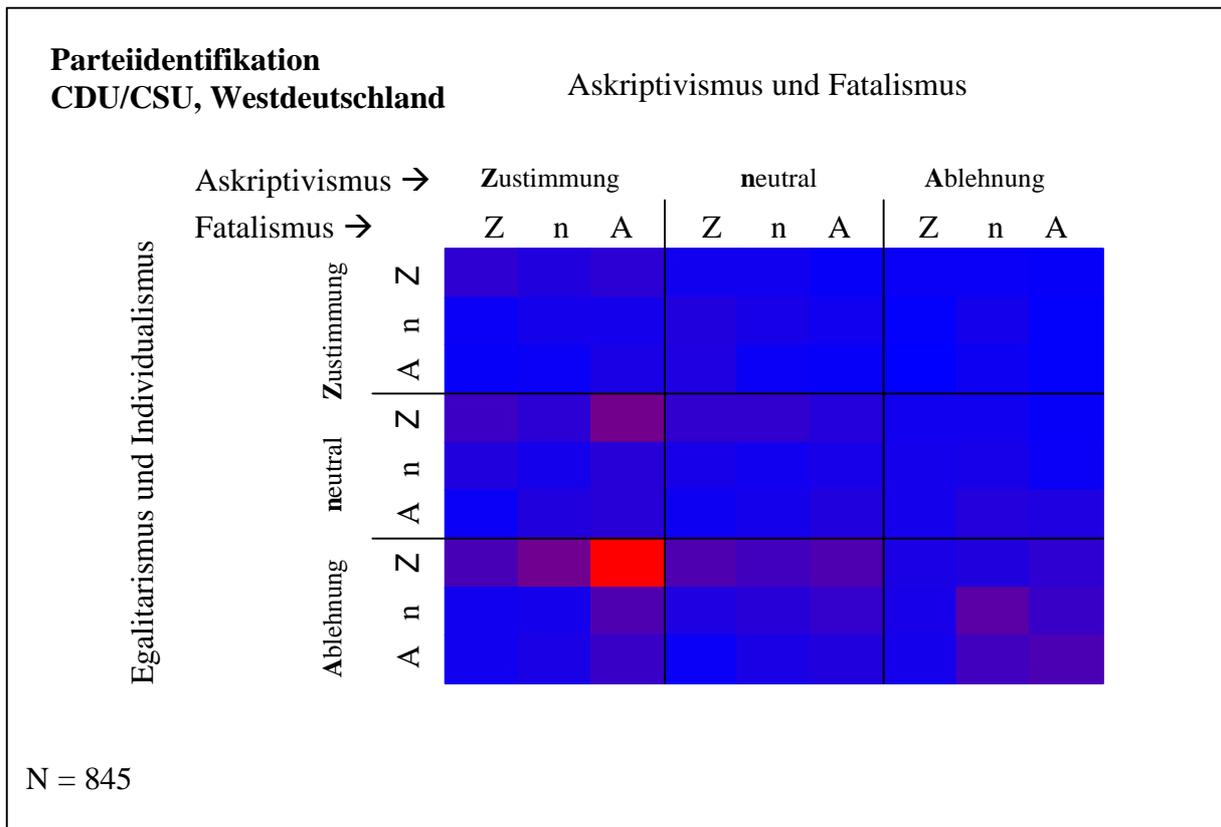
Bis 1969 versteht sich die CDU als christlich- soziale Volkspartei mit konservativen Wertorientierungen. Nach dem Verlust der Regierungsverantwortung 1978 kommt es zu programmatischen Neuorientierungen. Dabei werden verschiedene Politikfelder wie z.B. Familie, Erziehung, Bildung und Kultur, Wirtschafts- und Sozialordnung, Europa-, Sicherheits- und Ostpolitik kombiniert, gleichzeitig aber alte Elemente wie das Bekenntnis zur Marktwirtschaft bestärkt. Politisch- ideologische Korrekturen betreffen die Einsicht der Notwendigkeit, die „neue soziale Frage“ als Bestandteil auch des christlich- demokratischen Denkens zu integrieren. Im neu entstehenden Grundwerte-Teil des Parteiprogramms wird erneut die Verankerung christlicher Wertvorstellungen hervorgehoben (Jesse 1997).

Neue Akzente setzt die CDU in den 80er Jahren, die einen deutlichen Kontrast zur sozialdemokratischen Politik darstellen soll. Leistungs- und Elitegedanken werden betont, es wird für mehr Selbsthilfe anstelle kollektiver Daseinsfürsorge geworben, und die Familie rückt erneut in den Mittelpunkt der Programmatik. Nach der Wiedervereinigung wird 1994 ein gesamtdeutsches Grundsatzprogramm verabschiedet, indem „Freiheit und Verantwortung“ als Motto für die Leitidee einer freien und verantwortlichen Gesellschaft dient. Gleichzeitig beinhaltet das Parteiprogramm ein Bekenntnis zum Modell der ökologischen und sozialen Marktwirtschaft, das allerdings unter Helmut Kohl weitgehend folgenlos bleibt und „die undeutliche Begleitmusik zu den mühsamen Kompromissen einer Koalitionsregierung“ darstellt (Lösche 1994: 119). Die seit den 80er Jahren entfachte Debatte zur Wirtschaftspolitik innerhalb der CDU verbindet verschiedene ideologische Positionen. Einerseits wird der freie und uneingeschränkte Markt gefordert, der Privateigentum an Produktionsmitteln, Gewerbe- und Niederlassungsfreiheit und Privatisierung zur Steigerung von Wirtschaftlichkeit und Flexibilität zu einer insgesamt liberalistischen Wirtschaftspolitik verbindet. Andererseits soll mit der gleichzeitigen Forderung nach mehr sozialer Gerechtigkeit dem Tun und Lassen des Marktes Grenzen gesetzt werden, denn „...die Leistungsgerechtigkeit des Marktes ist nicht identisch mit der sozialen Gerechtigkeit“ (Mühleisen 1996: 67).

Im Vorfeld der Bundestagswahl 1998 werden verschiedene Programme verabschiedet mit dem Schwerpunkt „Chancen für neue Arbeitsplätze“. Die wirtschaftspolitische Leitlinie der CDU soll so erneut in den Vordergrund gerückt werden, um, an die Idee der sozialen Marktwirtschaft anknüpfend, „Arbeit für alle“ als die neue soziale Frage in den Mittelpunkt zu stellen (Oberreuter, et al. 2000).

Grundsätzlich kombiniert die CDU verschiedene ideologische Strömungen, die im Laufe ihrer Entstehungsgeschichte mit in das Grundsatzprogramm der Partei implementiert werden. Traditionell versteht sich die CDU als christlich- soziale Volkspartei mit konservativen Wertorientierungen. In den 80er und 90er Jahren entstehen neue Orientierungen, die soziale und ökologische Positionen in den Mittelpunkt rücken sollen. Neben der eher neuen Betonung der „sozialen Frage“ betreibt die CDU eine widersprüchliche Wirtschaftspolitik, die einerseits den Einzelnen als selbstverantwortlich begreift und eine kollektivistische Daseinsfürsorge ablehnt, andererseits mit der Forderung nach mehr sozialer Gerechtigkeit an das Wirtschaftsprogramm von Ludwig Ehrhard anknüpfen will.

Abb. 7) Konzentration kombinierter Gerechtigkeitsideologien von CDU/CSU- Identifizierern in West- und Ostdeutschland 1991-2000



Die Identifikation mit der CDU/CSU folgt in beiden Landesteilen einem nahezu identischen Muster kombinierter Gerechtigkeitsvorstellungen. Bereits aus der logistischen Regression

wurde ersichtlich, dass sich die Richtung der Wirkung der Ideologien in beiden Landesteilen gleich verhält. Die für Westdeutschland 1991 und 1996 typische Kombination aus der Zustimmung zu Askriptivismus und Individualismus bei gleichzeitiger Ablehnung von Egalitarismus und Fatalismus ist die dominante Kombination, die in beiden Landesteilen mit der Identifikation mit der CDU/CSU einhergeht. Programmatisch äußert sich der konservative Kern der CDU/CSU offenbar in der Befürwortung askriptivistischer Vorstellungen von Gerechtigkeit. Die Betonung des Einzelnen und die traditionell geforderte Selbstverantwortlichkeit resultiert außerdem erwartungsgemäß in der Zustimmung zu Individualismus.

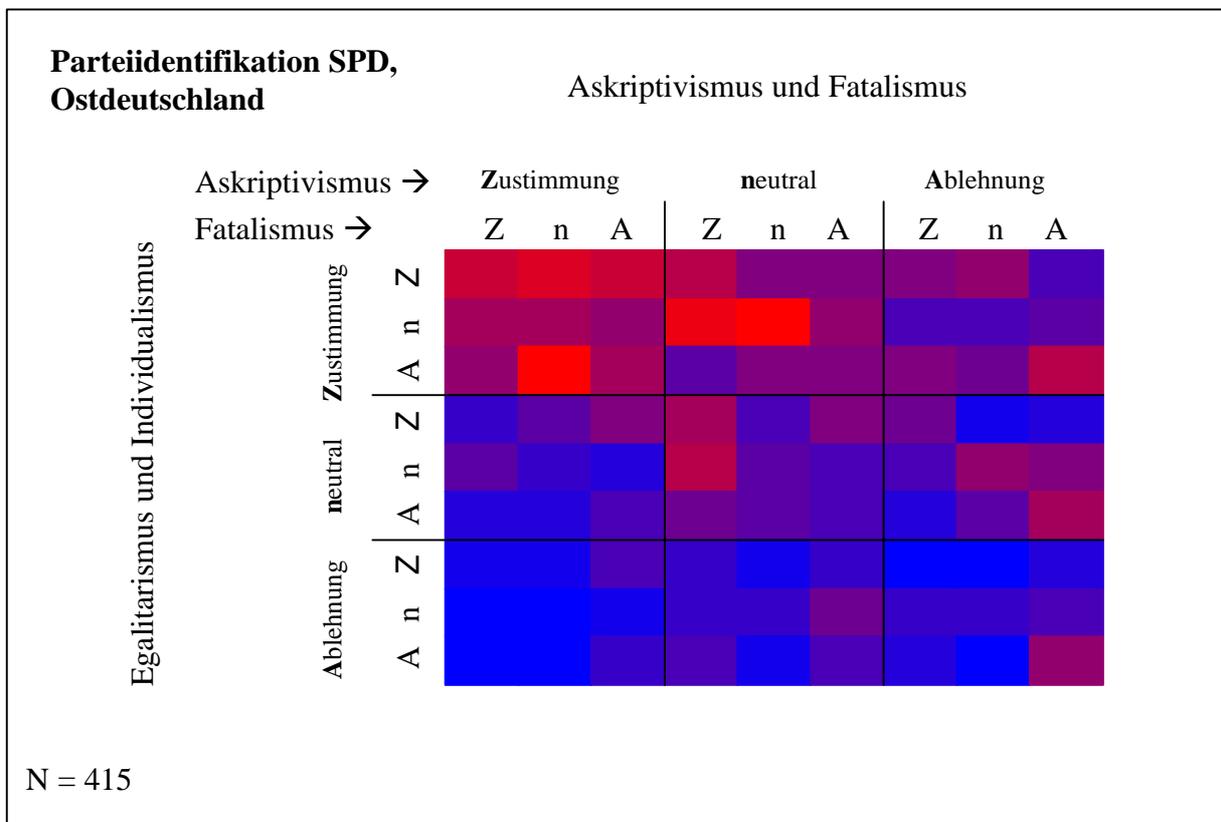
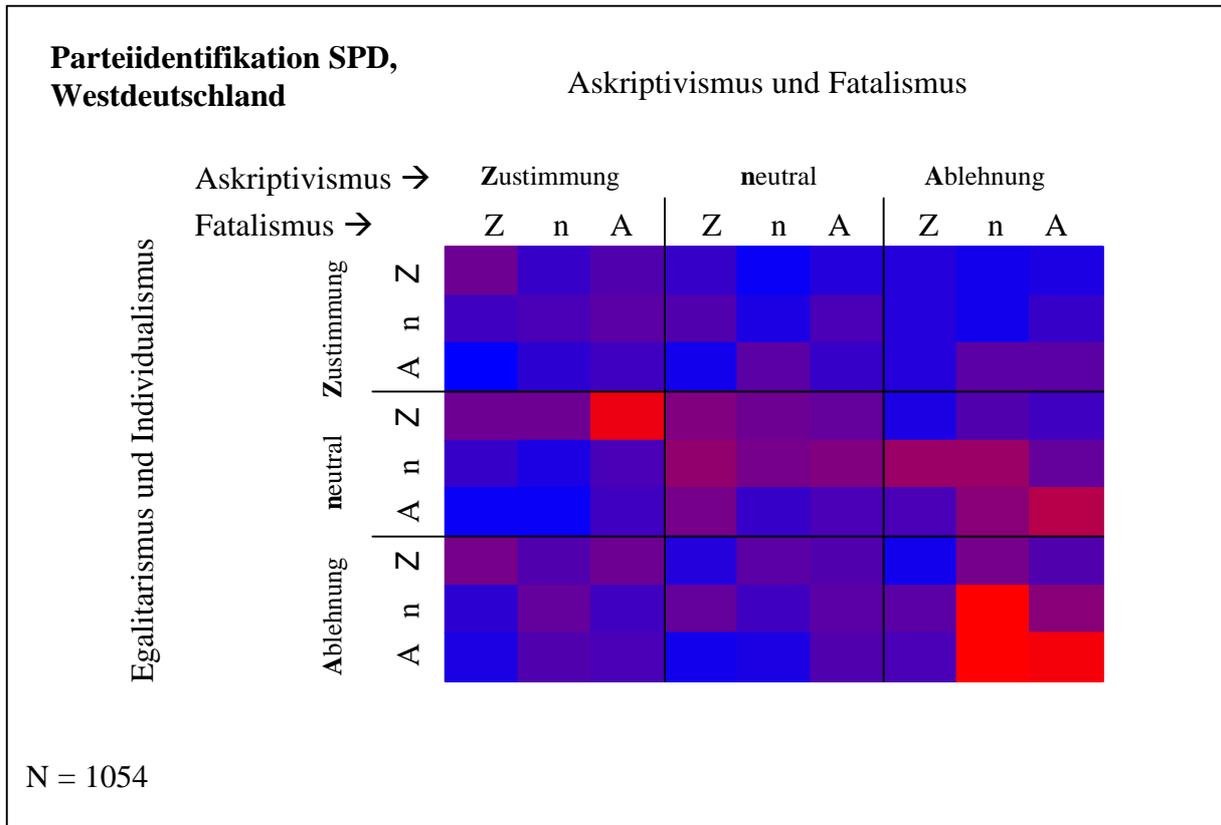
Allerdings unterscheiden sich die jeweiligen Anteile dieser dominanten Kombination in Ost- und Westdeutschland. Während in Westdeutschland 9,21% der Menschen, die sich mit der CDU/CSU identifizieren, diese Kombination vertreten, ist der entsprechende Anteil in Ostdeutschland 5,10%. In Ostdeutschland konzentrieren sich zu einem geringen Anteil auch Kombinationen aus der Zustimmung zu Askriptivismus und Egalitarismus. Insgesamt spricht die eindeutige Konzentration in beiden Landesteilen auf die Kombination aus Zustimmung zu Askriptivismus und Individualismus bei Ablehnung von Egalitarismus und Fatalismus unter CDU/CSU Anhängern für eine ideologische Homogenität, die in beiden Landesteilen vorhanden ist. Die Identifikation mit der CDU/CSU geht einher mit *einer* bestimmten Kombination von Gerechtigkeitsvorstellungen, die sowohl in Ost- als auch in Westdeutschland nahezu identischen Orientierungen gegenüber Gerechtigkeitsideologien folgt.

SPD

Aus einem Arbeiterverein entsteht 1875 die sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands, die sich 1890 in „Sozialdemokratische Arbeiterpartei“ umbenennt. Traditionell verbindet die SPD eine klassenkämpferische und revolutionäre Vergangenheit, die die Interessen des „kleinen Mannes“ vertritt und mit dem Godesberger Programm von 1959 die Wandlung von einer Arbeiterpartei zur Volkspartei vollzieht. Der Weg wird somit geschaffen für neue Wählerschichten, denn die Erkenntnis, dass die Klassenkampf-Gesellschaft des 19. Jahrhunderts nicht mehr existiert, zwingt die SPD zu neuen ideologischen Wegen. Unter Berufung auf die klassische Philosophie, den Humanismus und das Christentum wird das Godesberger Programm zur neuen sozialdemokratischen Richtlinie, in der sich die SPD als reformistisch ausgerichtete Kraft versteht und sich zum demokratischen Sozialismus bekennt.

Auf dem Leipziger Parteitag 1998 beschließt die SPD ihr Parteiprogramm mit dem Motto: „Arbeit, Innovation und Gerechtigkeit“. Inhaltlich sollen gesellschaftliche Asymmetrien ausgeglichen werden, die unter der Regierung Kohl entstanden sind. Die Sicherung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, Lockerung des Kündigungsschutzes, Rentenniveaукürzung und Schlechtwettergeld sind Themen, die 1998 mit den Schlagwörtern Innovation und Gerechtigkeit verbunden in den Wahlkampf getragen werden. Dabei soll Gerechtigkeit den traditionellen Wertebezug des SPD-Programms nach außen signalisieren. Innovation steht gleichzeitig für Zukunftsorientiertheit und Modernität und hatte zur Aufgabe die gesamte Bandbreite der heterogenen SPD-Klientel zu erfassen. Somit gelingt es der SPD 1998, durch den traditionellen Bezug auf sozialer Gerechtigkeit Stammwähler zu halten, gleichzeitig aber durch das moderne Image auch Wechselwähler der Mitte zu erreichen (Alemann Von 1999).

Abb. 8) Konzentration kombinierter Gerechtigkeitsideologien von SPD- Identifizierern in West- und Ostdeutschland 1991-2000



Im Gegensatz zur gerechtigkeitsideologischen Orientierung bei CDU/CSU-Anhängern, kombinieren Anhänger der SPD Vorstellungen von Gerechtigkeit unterschiedlich in Ost- und

Westdeutschland. Insgesamt ist die ideologische Zusammensetzung in beiden Landesteilen deutlich heterogener als bei CDU/CSU-Identifizierern. In Westdeutschland treten vier Typen hervor, die jeweils hohe Konzentrationen aufweisen. Drei der vier Typen (rechts unten in der Abbildung 8) wurden bereits als Typen identifiziert, die insgesamt eine Vielzahl an Ideologien ablehnen und als „Ignoranten“ keine eindeutige Orientierung gegenüber Gerechtigkeitsideologien vertreten. Wie bereits erwähnt entstehen diese Typen in Westdeutschland 2000 und sind daher zunächst nicht als Besonderheit der SPD zu werten. Der Grund für die dennoch hohe Konzentration dieser Typen liegt in der sehr heterogenen Zusammensetzung aus kombinierten Gerechtigkeitsvorstellungen innerhalb der SPD-Identifizierer. Durch die Heterogenität kommt es zu einer relativen Gleichverteilung auf die 81 Kombinationen, so dass schon geringe Häufigkeiten von Typen zu einer hohen Konzentration führen. Bezogen auf die SPD-Identifizierer in Westdeutschland können daher geringe Anteile an „Ignoranten“-Typen gemessen werden, die in der Folge der heterogenen Verteilung aber vergleichsweise hohe Konzentrationen aufweisen. Die entsprechenden Anteile sind jeweils 3.40% für die Kombination aus Ablehnung von Askriptivismus und Egalitarismus bei neutraler Orientierung gegenüber Individualismus bzw. ablehnender Orientierung gegenüber Individualismus. Derjenige Typ, dessen Kombination sich aus der gleichzeitigen Ablehnung aller Gerechtigkeitsideologien zusammensetzt, kommt zu einem Anteil von 2,94% innerhalb der westdeutschen SPD-Identifizierer vor.

Zusätzlich dominiert mit einem Anteil von 2.84% die Kombination aus der Zustimmung zu Askriptivismus und Individualismus, bei gleichzeitiger neutraler Orientierung gegenüber Egalitarismus und ablehnender Orientierung gegenüber Fatalismus. Verglichen mit den relativ hohen Anteilen dominanter Gerechtigkeitsideologietypen innerhalb der CDU/CSU-Identifizierer, sind die Anteile der Typen innerhalb der SPD relativ gering. Es kann daher von einer stärkeren ideologischen Differenziertheit bei SPD-Identifizierern im Vergleich zur CDU/CSU gesprochen werden. Es wurde bereits in Kapitel 6.1. anhand der logistischen Regression deutlich, dass egalitäre Vorstellungen von Gerechtigkeit nicht in dem Maße für die Identifikation mit der SPD von Bedeutung sind, wie sich aufgrund ihrer traditionellen Rolle als Arbeiterpartei vermuten ließe. Auch mit Blick auf die kombinierten Gerechtigkeitsvorstellungen in Westdeutschland wird deutlich, dass Egalitarismus von SPD-Identifizierern nicht systematisch befürwortet wird.

Im Vergleich zu Westdeutschland kombinieren SPD-Anhänger in Ostdeutschland Vorstellungen über Gerechtigkeit anders. Zu erkennen ist, dass sich insbesondere hohe Konzentrationen bei der gleichzeitigen Zustimmung zu Askriptivismus und Egalitarismus

finden lassen. Diese für Ostdeutschland insgesamt typische Kombination (vgl. 1991 und 1996) wird auch von SPD-Identifizierern in Ostdeutschland favorisiert. Drei dominante Kombinationen prägen, neben der generellen Zustimmung zu Egalitarismus, die Zusammensetzung der Gerechtigkeitsideologien unter SPD-Identifizierern in Ostdeutschland.

1. Die Zustimmung zu Askriptivismus und Egalitarismus bei gleichzeitiger Ablehnung von Individualismus und neutraler Orientierung gegenüber Fatalismus (3.37%).
2. Die Zustimmung zu Egalitarismus und Fatalismus bei neutraler Orientierung zum Askriptivismus und Individualismus (3.13%)
3. Die Zustimmung zu Egalitarismus bei gleichzeitig neutraler Orientierung zu allen übrigen Ideologien (3.37%).

Im Vergleich zu Westdeutschland wird Egalitarismus in Verbindung mit der Zustimmung zu Fatalismus innerhalb der SPD-Identifizierer in Ostdeutschland häufiger kombiniert. Während Kombinationen aus gleichzeitiger Zustimmung zu Egalitarismus und Fatalismus in Westdeutschland insgesamt einen Anteil von ca. 8% ausmachen, ist der entsprechende Anteil in Ostdeutschland mit 17.83% mehr als doppelt so groß.

Mit Blick auf die ideologische Geschichte der SPD würde man eine stärkere Konzentration von jenen Kombinationen vermuten, die Egalitarismus zustimmen. Das Bild einer Partei der sozialen Gerechtigkeit und der traditionelle Bezug zur Arbeiterschaft entsprächen eher einer ideologischen Orientierung an egalitären Vorstellung von Gerechtigkeit. Offenbar subsumieren sich innerhalb der SPD-Identifizierer verschiedenste Vorstellungen von Gerechtigkeit, die zu einer heterogenen Zusammensetzung an Kombinationen führen und in der sich die heterogene Zusammensetzung der SPD-Anhänger widerspiegelt.

Insgesamt kommt ein deutlicher Unterschied in der Zusammensetzung der Ideologien zwischen ost- und westdeutschen SPD-Identifizierern zum Ausdruck. Während durch die logistische Regression das Wirken der Ideologien in Ost- und Westdeutschland nur unzureichend für die SPD erklärt werden konnte, bietet der detaillierte Blick auf die kombinierten Ideologien ein differenzierteres Bild. Zwar können keine kausalen Wirkungsrichtungen durch die Visualisierung modelliert werden. Die geringe Erklärungskraft der Modellierung der SPD-Identifizierung liefert allerdings ohnehin keine überzeugenden Ergebnisse. Anhand der Abbildung 8 können für Westdeutschland insgesamt vier, und für Ostdeutschland drei Gerechtigkeitsideologietypen identifiziert werden, die mit einer SPD-Identifikation einhergehen. In Westdeutschland identifizieren sich Personen mit der SPD, die

1. keine eindeutige Orientierung gegenüber Gerechtigkeitsideologien vertreten

2. Askriptivismus und Individualismus befürworten, und gleichzeitig eine neutrale Orientierung gegenüber Egalitarismus und eine ablehnende Orientierung gegenüber Fatalismus besitzen.

Aufgrund der heterogenen Zusammensetzung der Kombinationen innerhalb der SPD-Identifizierer in beiden Landesteilen sind die als spezifische SPD-Kombinationen identifizierten Gruppen sehr klein.

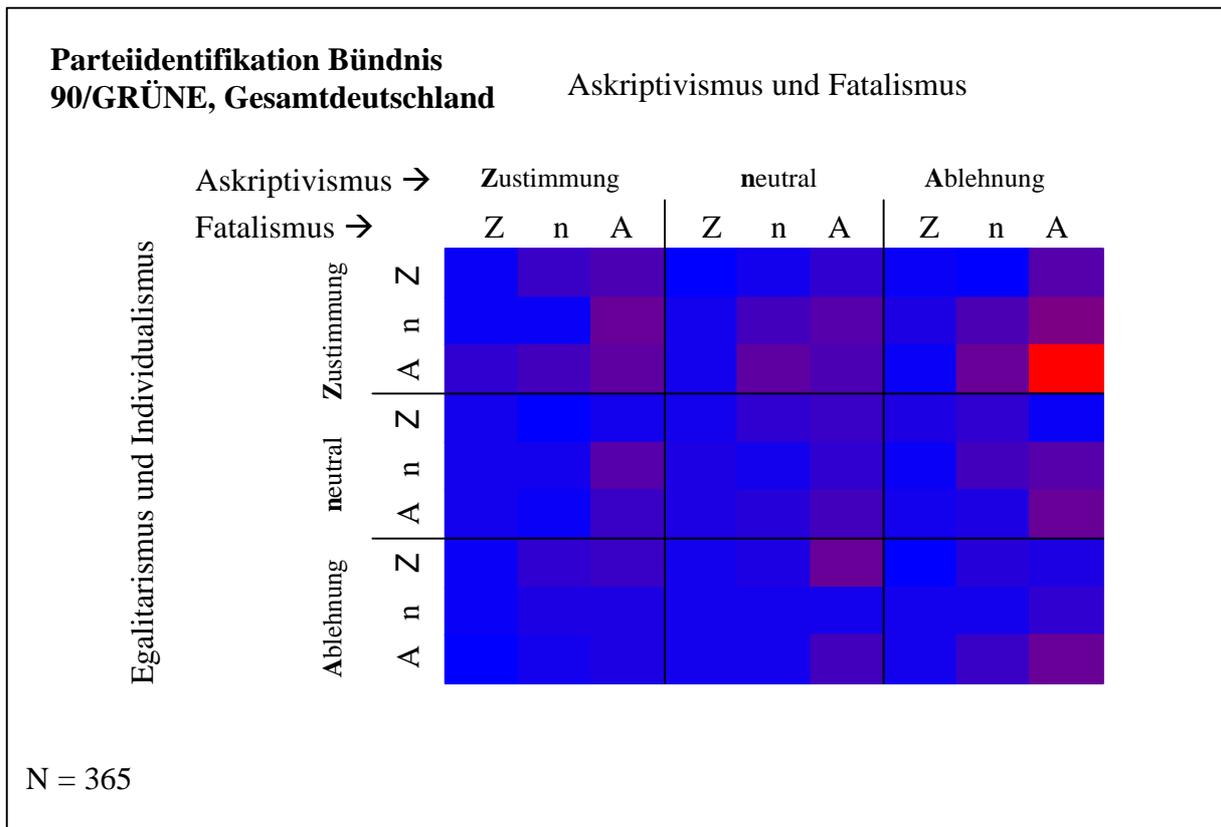
In Ostdeutschland kombinieren SPD-Identifizierer in der Tendenz die Zustimmung zu Egalitarismus und Askriptivismus. Im Vergleich zu Westdeutschland wird die gleichzeitige Zustimmung zu Fatalismus und Egalitarismus häufiger kombiniert, ein Ergebnis, das den Ergebnissen der SPD-Modellierung durch die logistische Regression widerspricht.

Bündnis 90/GRÜNE

Aus verschiedenen politischen Strömungen entsteht 1980 im Zuge der nahenden Bundestagswahl die Partei der GRÜNEN auf Bundesebene. Programmatisch zielt ihre Politik in der Anfangszeit einzig und allein auf eine Abkehr von der Ausbeutung der Natur durch den Menschen hin zu einem ökologischen Humanismus. Sie verstehen sich zunächst als Alternative zu den etablierten Parteien. Doch bereits in den 80er Jahren konzentriert sich die Programmatik auch auf andere Bereiche. 1982 legen die GRÜNEN ein eigenes Programm zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit vor, das von einer Verflechtung zwischen Wirtschaft und Ökologie ausgeht. 1986 gehen die GRÜNEN einen Schritt auf die Ökonomie zu und bekennen sich zum Umbau (nicht mehr zum Ausstieg) aus der Industriegesellschaft (Oberreuter, et al. 2000).

Ideologisch basiert das Grundsatzprogramm der GRÜNEN auf vier Grundsätzen, die bis heute Grundlage ihrer Politik sind: ökologisch, sozial, basisdemokratisch und gewaltfrei. Diese Grundsätze haben sich auch nach der Wiedervereinigung und nach der Fusion mit dem Bündnis 90 im Jahre 1993 nicht verändert. Zwar sind die Kernpunkte ihrer ökologischen Orientierung geblieben. Dennoch ergeben sich für die fusionierte Partei Bündnis 90/die GRÜNEN einige programmatische Neuerungen, die insbesondere das verstärkte Eintreten für Menschenrechte, die Betonung einer gewaltfreien Sicherheitspolitik und teilweise den Austritt aus der NATO und die Abschaffung der Bundeswehr betreffen. Insgesamt entsteht in den 90er Jahren ein modernes Bild einer Partei, die neben ihrem traditionellen ökologieorientierten Profil auch in andere Politikbereiche vorgedrungen ist (Oberreuter, et al. 2000).

Abb. 9) Konzentration kombinierter Gerechtigkeitsideologien von Bündnis 90/GRÜNE-Identifizierern in Deutschland 1991-2000



Die traditionelle Betonung und Hervorhebung umweltpolitischer Fragen, sowie die seit den 90er Jahren verstärkt in Erscheinung tretende Behandlung von Menschenrechtsfragen bilden die ideologischen Pfeiler der GRÜNEN. Bereits in der Modellierung der GRÜNE-Identifikation anhand der logistischen Regression wird deutlich, dass die Zustimmung zu nur einer einzigen – der egalitaristischen Ideologie – und die Ablehnung aller anderen, die Identifikation mit den GRÜNEN wahrscheinlich macht. Anhand der Tabelle tritt der entsprechende Typ deutlich hervor. Die Kombination aus der Zustimmung zu Egalitarismus und der Ablehnung aller anderen Ideologien entspricht einem Anteil von 7.40%. Die hohe Konzentration einer einzigen dominanten Kombination macht das Bündnis 90/die GRÜNEN zu einer ideologisch spezialisierten Partei, deren parteipolitischer Inhalt in der alleinigen Befürwortung egalitaristischer Vorstellungen von Gerechtigkeit resultiert. Durch die gleichzeitige Ablehnung aller anderen Ideologien, entsteht ein „reiner“ Egalitarismus-Typ.

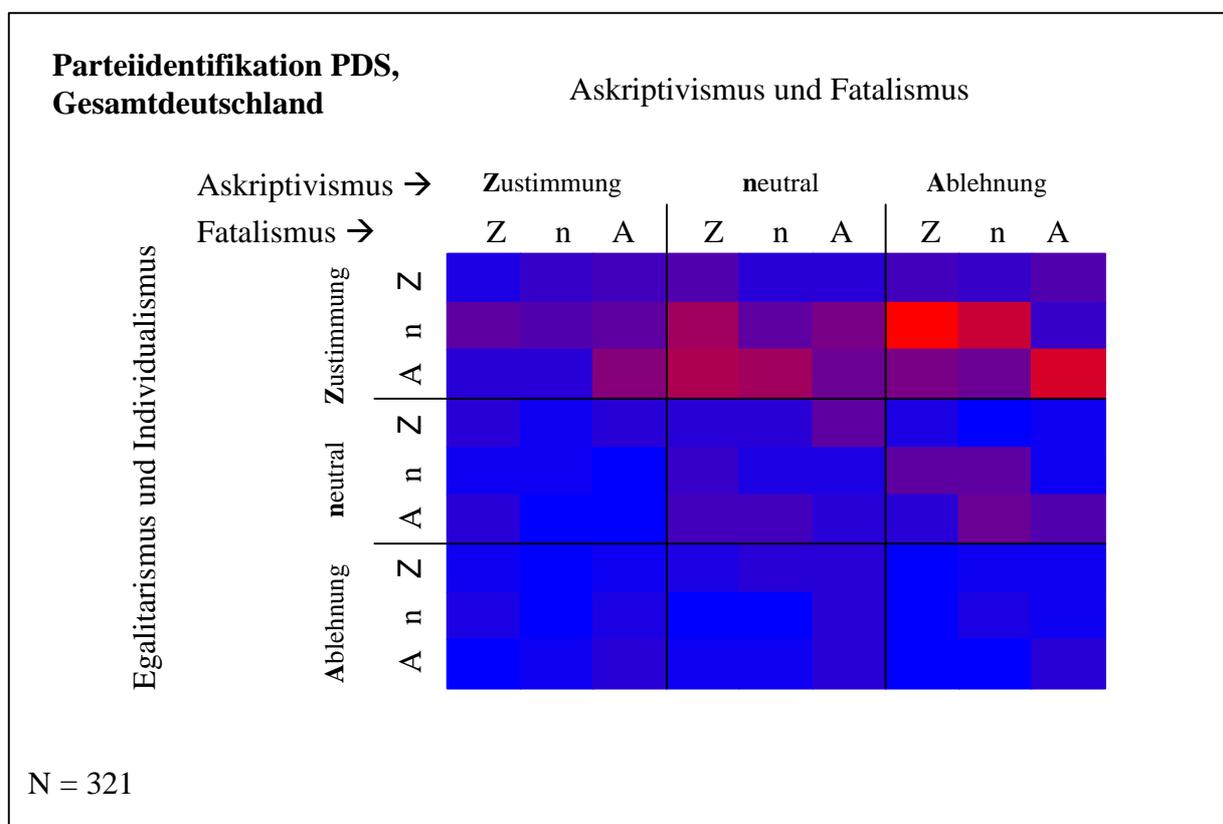
PDS

Über die PDS (Partei des Demokratischen Sozialismus) wurde bereits in Kapitel 3.2. im Zusammenhang mit ihrer Sonderrolle als Identifikationssymbol der Ostdeutschen gesprochen.

An dieser Stelle erfolgt deshalb nur eine kurze Beschreibung ihrer thematischen und ideologischen Richtlinien.

Als Nachfolgepartei der SED kam es nach dem Fall der Mauer zu keiner Neugründung. Die heutige PDS änderte im Februar 1990 lediglich den Namen. Ideologisch hat sich die PDS seit ihrer Namensgebung mannigfach verändert. In ihrem ersten Grundsatzprogramm von 1990 bekennt sich die PDS zu folgenden Grundwerten: Individualität, Solidarität, Gerechtigkeit, sinnerfüllte Arbeit und Freizeit, Freiheit, Demokratie und Menschenrechte, Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlage, und innerer und äußerer Frieden. Weiterhin bekennt sich die Partei zur Marktwirtschaft mit einem hohen Maß an sozialer und ökologischer Sicherheit, die durch den Staat in Form einer strategischen Wirtschaftsteuerung möglich werden soll. Das bis heute gültige Ziel der PDS – die sozialistische Erneuerung der Gesellschaft – bedarf laut Grundsatzprogramm keiner bestimmten Weltanschauung, Ideologie oder Religion, von welchen sich die Partei distanziert. Dennoch beruft sich die Partei auf das Denken insbesondere dialektischer und materialistischer Auffassungen von Karl Marx, Friedrich Engels, Rosa Luxemburg, Lenin, Antonio Gramski sowie anderen (Stöss 1996).

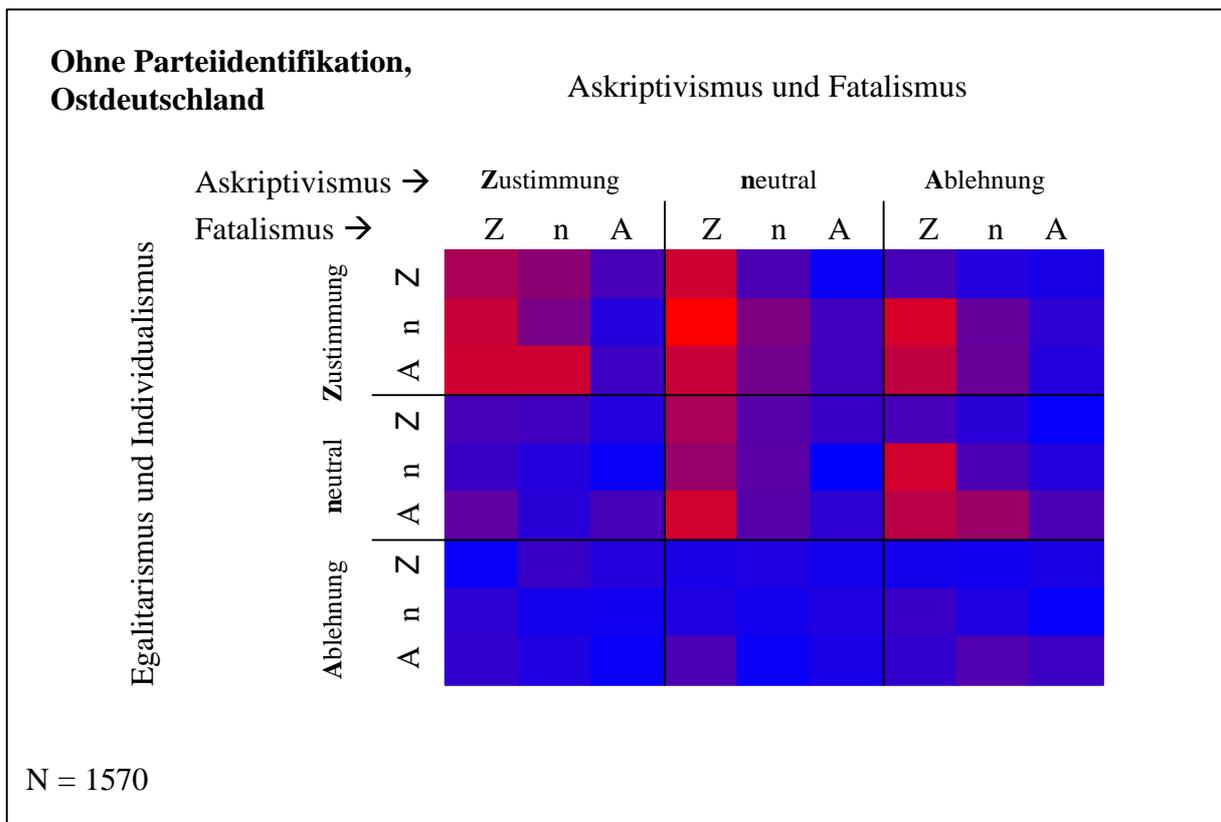
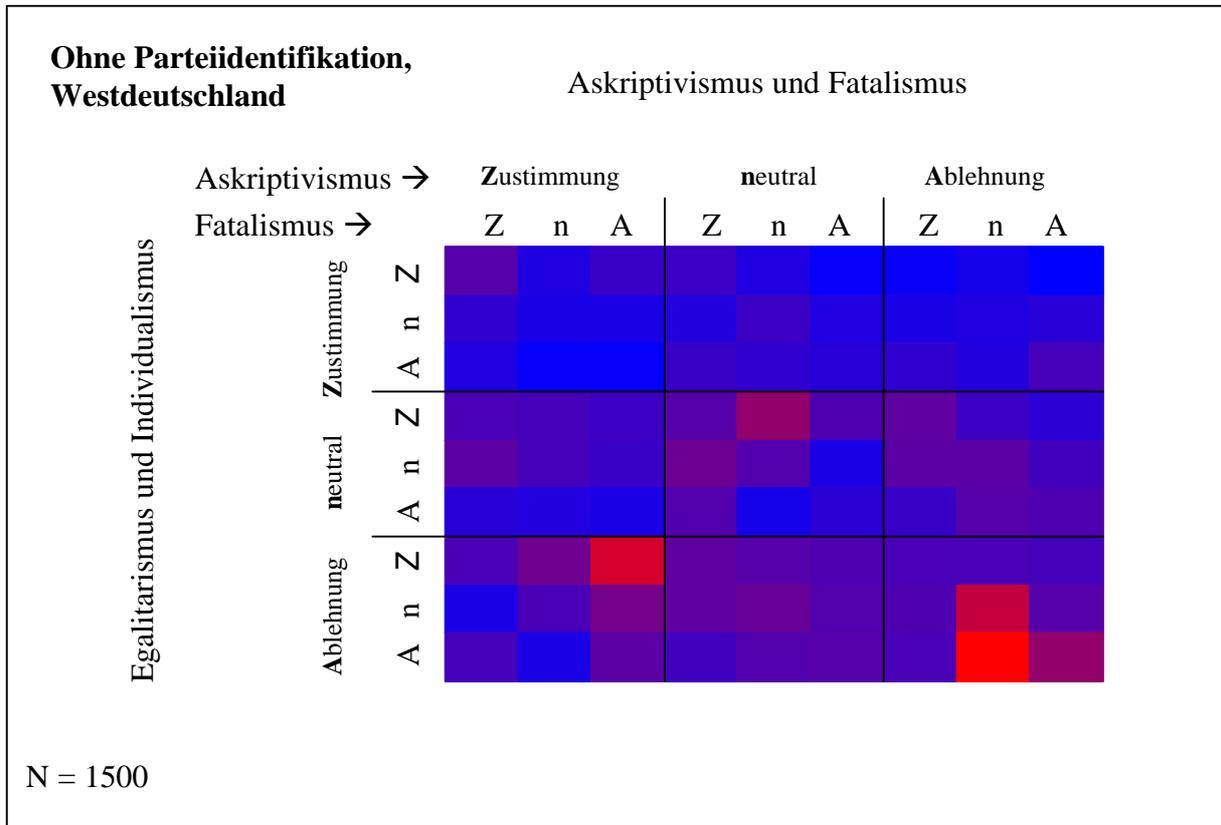
Abb. 10) Konzentration kombinierter Gerechtigkeitsideologien von PDS-Identifizierern in Deutschland 1991-2000



Die Identifikation mit der PDS folgt einem eher homogenen Muster kombinierter Gerechtigkeitsvorstellungen. Dabei stimmen nahezu zwei Drittel (64.16%) aller PDS-Identifizierer Egalitarismus (oberes Drittel der Abbildung 10) zu. Aber auch der Anteil der Zustimmung zu Fatalismus beträgt immerhin 35.17%. Insgesamt können drei häufige Kombinationen identifiziert werden, die sich alle aus der Zustimmung zu Egalitarismus und der Ablehnung von Askriptivismus zusammensetzen. Die Unterscheidung betrifft die jeweilige Orientierung gegenüber Fatalismus und Individualismus. Die häufigste Kombination besteht aus der Zustimmung zu Fatalismus und Egalitarismus bei gleichzeitig neutraler Orientierung gegenüber Individualismus und einer ablehnenden Orientierung gegenüber Askriptivismus (5.92%). Eine weitere Kombination entspricht in etwa der ersten und unterscheidet sich nur bezüglich der neutralen statt zustimmenden Orientierung gegenüber Fatalismus (4.67%). Die dritte Kombination, die mit einem Anteil von knapp 5% unter den PDS-Identifizierern vorkommt, entspricht dem Gerechtigkeitsideologietyp, der von GRÜNEN-Identifizierern favorisiert wird. Es handelt sich hierbei um den reinen Egalitarismus-Typ, der gleichzeitig alle anderen Ideologien ablehnt. Bezüglich Gerechtigkeitsvorstellungen scheinen PDS- und GRÜNE-Identifizierer sich zumindest bezüglich der Konzentration auf den reinen Egalitarismus-Typ zu ähneln. Die PDS, so kann der Schluss gezogen werden, deckt somit den offenbar in beiden Teilen Deutschlands vorkommenden Egalitarismus-Typus in Ostdeutschland ab. Das westdeutsche Pendant wird dabei von der GRÜNEN Partei bedient.

Ohne Parteiidentifikation

Abb. 11) Konzentration kombinierter Gerechtigkeitsideologien von Nichtidentifizierern in West- und Ostdeutschland 1991-2000



Die Nichtidentifikation stellt einen Sonderfall der Parteiidentifikation dar. Fehlt die Identifikation mit einer Partei, kann dies einerseits als Ausdruck einer fehlenden oder nicht

ausgeprägten politischen Sozialisation gewertet werden. Andererseits kann es Ausdruck eines politischen Protests sein, indem eine psychologische Ablehnung mit den etablierten politischen Parteien zum Ausdruck kommt, die langfristig oder kurzfristig die Wahlabsicht beeinflussen kann.

Anhand der logistischen Regression (Tabelle 9) wird im Modell für Gesamtdeutschland erkennbar, dass einerseits Fatalismus einen stark positiven- andererseits Individualismus einen negativen Effekt auf die Nichtidentifikation hat. Anhand des Interaktionsmodells (II. Modell) wird deutlich, dass der Fatalismuseffekt in Ostdeutschland im Vergleich zu Westdeutschland die Nichtidentifikation begünstigt. Der hochsignifikante Haupteffekt spricht sowohl in Ost- als auch in Westdeutschland für eine höhere Wahrscheinlichkeit der Nichtidentifikation, wenn eine fatalistische Orientierung vorliegt.

Die gerechtigkeitsideologische Zusammensetzung der Nichtidentifizierer in Westdeutschland zeichnet sich zunächst durch das für Westdeutschland typische Muster aus. Auch unter Nichtidentifizierern in Westdeutschland findet sich die Kombination aus der Zustimmung zu Askriptivismus und Individualismus bei gleichzeitiger Ablehnung von Egalitarismus und Fatalismus, die einen Anteil von 3.74% ausmacht. Ebenfalls deutlich treten die Konzentrationen am unteren rechten Ende der Tabelle auf. Dieses als Besonderheit Westdeutschlands im Jahre 2000 identifizierte Phänomen wurde als Sonderfall von kombinierten Gerechtigkeitsvorstellungen interpretiert, denen das Fehlen jeglicher Orientierungen gegenüber den Ideologien gemein ist. Mit einem Anteil von 4.13% ist die Kombination aus der Ablehnung von Egalitarismus, Individualismus und Askriptivismus, bei der gleichzeitig neutralen Orientierung gegenüber Fatalismus, die häufigste Kombination innerhalb der Nichtidentifizierer in Westdeutschland. Die Vermutung liegt nahe, dass das Fehlen von Orientierungen gegenüber Gerechtigkeitsideologien gleichzeitig das Fehlen der Parteiidentifikation begünstigt. Allerdings drängt sich aufgrund der Ähnlichkeiten zwischen den Konzentrationen in Westdeutschland (gesamt 1991-2000) und den Konzentrationen innerhalb der Nichtidentifizierer der Verdacht auf, die Nichtidentifikation zeichne sich durch keine besondere Kombination von Gerechtigkeitsvorstellung aus. Es wird daher davon ausgegangen, dass die Nichtidentifikation in Westdeutschland nicht mit einer bestimmten Kombination von Gerechtigkeitsvorstellung verbunden ist, sondern der typischen Verteilung von kombinierten Gerechtigkeitsvorstellungen in Westdeutschland entspricht.

Auch in Ostdeutschland fällt die Ähnlichkeit der Verteilungen zwischen Nichtidentifizierern und der Gesamtverteilung auf (vgl. Abbildung 5). Etwas deutlicher als in der Gesamtverteilung tritt die Zustimmung zu Fatalismus hervor. Während im Gesamtsample

Ostdeutschland 40.87% der Menschen die Zustimmung zu Fatalismus kombinieren, sind es unter den Nichtidentifizierern 48.74%. Im Vergleich zu Westdeutschland (32.66%) ist der entsprechenden Anteil in Ostdeutschland wesentlich höher. Die Ergebnisse entsprechen in etwa dem, was aus den Regressionsmodellen (Tabelle 9) zu erwarten war.

6.3. Zusammenfassung der Ergebnisse

Anhand der logistischen Regressionsmodelle (Tabelle 9 und 10) konnte ein Zusammenhang zwischen Gerechtigkeitsideologien und der Identifikation mit politischen Parteien hergestellt werden. Dabei wurde deutlich, dass die im Rahmen dieser Arbeit identifizierten Gerechtigkeitsideologien je nach Partei teilweise nur mangelhaft zur Erklärung der Parteiidentifikation beitragen können. Die kleinen Parteien Bündnis 90/GRÜNE und PDS können etwas besser durch die Gerechtigkeitsideologien erklärt werden, als die großen Parteien CDU/CSU und SPD. Vermutlich kommt hierin der Volkspartei Charakter der großen Parteien zum Ausdruck, die aufgrund ihrer heterogenen Anhängerschaft mehrere ideologische Felder bedienen müssen. Die heterogene Zusammensetzung führt insgesamt zu einer geringeren Erklärungskraft durch die Ideologien.

Durch die Bildung von Gerechtigkeitsideologietypen (vgl. Kapitel 6.2.) wird ein detaillierter Blick auf die gerechtigkeitsideologische Zusammensetzung der Parteianhänger möglich. Insgesamt wurden die CDU/CSU, SPD sowie die Nichtidentifizierer getrennt für Ost- und Westdeutschland analysiert. Bündnis 90/GRÜNE und PDS wurden aufgrund der niedrigen Fallzahlen nur für jeweils West- bzw. Ostdeutschland analysiert.

Die Identifikation mit der CDU/CSU folgt in beiden Teilen Deutschlands einer homogenen Verteilung kombinierter Gerechtigkeitsideologien. Es dominiert deutlich eine einzige Kombination, die in Westdeutschland einen Anteil von 9.21%, in Ostdeutschland einen Anteil von 5.10% ausmacht. Es handelt sich um die für Westdeutschland insgesamt typische Kombination aus der Zustimmung zu Askriptivismus und Individualismus bei gleichzeitiger Ablehnung von Egalitarismus und Fatalismus. Bereits anhand der Regressionsmodelle konnte gezeigt werden, dass die Wirkungsrichtungen der Ideologien in Ost- und Westdeutschland für die Identifikation mit der CDU/CSU gleich sind. CDU/CSU-Identifizierer kombinieren in Ost- und in Westdeutschland gleichermaßen Vorstellungen von Gerechtigkeit. Der traditionelle Bezug der Partei zu konservativen Wertvorstellungen und die Betonung von Eigenverantwortlichkeit fügen sich in das Muster der kombinierten Vorstellungen von Gerechtigkeit innerhalb der CDU/CSU-Identifizierer, die in der Befürwortung

askriptivistischer und gleichermaßen individualistischer Gerechtigkeitsvorstellungen resultiert.

Die Identifikation mit der SPD folgt in Ost- und Westdeutschland unterschiedlichen Mustern kombinierter Gerechtigkeitsvorstellungen. In Ostdeutschland können insgesamt drei dominante Typen von SPD-Identifizierern identifiziert werden:

1. Die Zustimmung zu Askriptivismus und Egalitarismus bei gleichzeitiger Ablehnung von Individualismus und neutraler Orientierung gegenüber Fatalismus (3.37%).
2. Die Zustimmung zu Egalitarismus und Fatalismus bei neutraler Orientierung zum Askriptivismus und Individualismus (3.13%)
3. Die Zustimmung zu Egalitarismus bei gleichzeitig neutraler Orientierung allen übrigen Ideologien gegenüber (3.37%).

Insgesamt zeichnen sich SPD-Identifizierer in Ostdeutschland durch eine hohe Zustimmung zu Egalitarismus aber auch Askriptivismus aus.

In Westdeutschland identifizieren sich Personen mit der SPD, die

1. keine eindeutige Orientierung gegenüber Gerechtigkeitsideologien vertreten
2. Askriptivismus und Individualismus befürworten, und gleichzeitig eine neutrale Orientierung gegenüber Egalitarismus und eine ablehnende Orientierung gegenüber Fatalismus besitzen.

Insgesamt spiegelt sich die heterogene Zusammensetzung der SPD-Identifizierer in der Zusammensetzung der kombinierten Gerechtigkeitsvorstellungen wider. Die Heterogenität führt insgesamt zu sehr geringen Anteilen der dominanten Typen, so dass bei SPD-Identifizierern kaum von dominanten Gerechtigkeitsideologietypen gesprochen werden kann. In Westdeutschland identifizieren sich zudem Menschen mit der SPD, die keine eindeutige Orientierungen gegenüber Gerechtigkeitsideologien zeigen.

Die Identifikation mit Bündnis 90/GRÜNE folgt dem Muster eines reinen Ideologietypen, bei dem die Orientierung an nur einer einzigen Gerechtigkeitsideologie und der gleichzeitigen Ablehnung aller anderen Ideologien vorliegt. Allerdings handelt es sich auch hier nur um einen dominanten und keinesfalls um einen ausschließlichen Typ, der einen Anteil von 7.40% unter den GRÜNE-Identifizierern ausmacht. Der traditionelle Bezug von Bündnis 90/GRÜNE zur Umweltpolitik, die in ihrem Grundsatzprogramm verankerte Ablehnung von Gewalt, die Thematisierung von Geschlechter- und Menschenrechtsfragen sind offenbar Themenbereiche, die von Menschen mit eher egalitaristischen Gerechtigkeitsvorstellungen präferiert werden. Andere ideologische Orientierungen dagegen werden größtenteils abgelehnt.

Die PDS stellt - was Gerechtigkeitsideologien betrifft - in gewisser Weise das ostdeutsche Pendant zu Bündnis 90/GRÜNE dar. Dabei folgt die Identifikation mit der PDS, wie auch die von Bündnis 90/GRÜNE einem eher homogenen Muster kombinierter Gerechtigkeitsvorstellungen, die sich zu zwei Dritteln aus der Zustimmung zu Egalitarismus zusammensetzen. Aber auch Fatalismus wird befürwortet; hierin unterscheiden sich die Muster von Bündnis 90/GRÜNE und PDS. Insgesamt drei dominante Typen können für die PDS identifiziert werden:

1. Die Zustimmung zu Fatalismus und Egalitarismus bei gleichzeitig neutraler Orientierung gegenüber Individualismus und einer ablehnenden Orientierung gegenüber Askriptivismus (5.92%).
2. Die neutrale Orientierung gegenüber Fatalismus und Individualismus bei gleichzeitiger Ablehnung von Askriptivismus und Zustimmung von Egalitarismus (4.67%).
3. Der „reine“ Egalitarismus-Typ (5%).

Die parteiliche Nichtidentifikation zeichnet sich in beiden Landesteilen durch keine besondere Gerechtigkeitsvorstellung aus. In Westdeutschland gleicht das Muster der Nichtidentifizierer dem ohnehin für Westdeutschland typischen Muster der Verteilung der Gesamtpopulation. Auch in Ostdeutschland gleicht das Muster der Verteilung der Nichtidentifizierer der Gesamtpopulation. Offenbar ist die Nichtidentifikation nicht auf einen bestimmten Typ kombinierter Gerechtigkeitsideologie zurückzuführen. Etwas stärker als in der Gesamtpopulation Ostdeutschlands treten innerhalb der Nichtidentifizierer Kombinationen mit Fatalismus auf.

7. Ausblicke

In dieser Arbeit wurde der Zusammenhang zwischen spezifischen Vorstellungen von Gerechtigkeit und der Identifikation mit politischen Parteien in Deutschland detailliert untersucht. Anhand von Daten aus dem International Social Justice Projekt (1991, 1996 und 2000) konnten Gerechtigkeitsideologien identifiziert werden, die basierend auf der Douglas'schen Grid-Group-Theorie als Grundlage für die Bildung von Gerechtigkeitsideologietypen herangezogen wurden. In Anlehnung an neuere Ansätze der Kulturforschung (vgl. Thompson, et al. 1999) wurde dabei die Auffassung vertreten, Individuen seien nicht Träger nur einer einzigen Ideologie. Vielmehr muss davon ausgegangen werden, dass Menschen Orientierungen gegenüber verschiedenen Ideologien ausprägen. Somit wird die Präferenz gleichzeitig mehrerer Ideologien möglich. Menschen, so

die Auffassung in dieser Arbeit, *kombinieren* Vorstellungen von Gerechtigkeit zu einem Set von Orientierungen gegenüber Gerechtigkeitsideologien.

Die politische Kulturforschung, deren Ziel es ist Aspekte des politischen Lebens zu erklären und zu beschreiben, hat bisher Ergebnisse der empirischen Gerechtigkeitsforschung nur vereinzelt in Betracht gezogen. Das Hauptaugenmerk dieser Arbeit lag deshalb auch darin, Ergebnisse der empirischen Gerechtigkeitsforschung für die politische Kulturforschung nutzbar zu machen. Als verbindendes Element wurde die Identifikation mit einer politischen Partei gewählt, die als langfristige Komponente politisches Handeln beeinflusst, gleichzeitig aber auch von Gerechtigkeitsvorstellungen – eben von speziellen Typen kombinierter Gerechtigkeitsvorstellungen – determiniert ist. Die Parteiidentifikation wurde als abhängige Variable untersucht, und der Zusammenhang zwischen Parteiidentifikation und Gerechtigkeitsideologien hergestellt. Der zugrunde liegende Gedanke ist dabei die Vorstellung, dass politische Parteien Programme formulieren, deren Inhalt Ausdruck ihrer jeweiligen ideologischen Grundposition ist, und deren Funktion in der (langfristigen) Bindung von Wählerschaften liegt. Den ideologischen Orientierungen der Parteien liegen dabei bestimmte Ordnungsvorstellungen zugrunde, die die Verteilung von Ressourcen innerhalb der Gesellschaft regulieren. Grundlage der Identifikation mit einer bestimmten politischen Partei ist die in der Programmatik der Parteien verankerte Ordnungsvorstellung, die sich mit bestimmten Ordnungsvorstellungen (Gerechtigkeitsvorstellungen) ihrer Identifizierer deckt.

Um den hergestellten Zusammenhang zwischen Gerechtigkeitsideologien und Parteiidentifikation innerhalb der politischen Kulturforschung zu verorten, wurden zunächst klassische Ansätze vorgestellt und kritisch diskutiert. Besondere Beachtung fand der aus der Anthropologie stammende Ansatz von Thompson et al. (1990, 1999), auf dessen Grundlage diese Arbeit aufbaut. Anschließend wurden Ansätze der klassischen Wahlforschung vorgestellt, mit dem Ziel 1.) das Konstrukt der Parteiidentifikation innerhalb der theoretischen Ansätze zu verorten, und 2.) den bisher fehlenden Link zwischen politischer Kulturforschung und Wahlforschung hervorzuheben. Zu wenig wird meiner Meinung nach der Tatsache Beachtung geschenkt, dass das Studieren politischer Handlungen zwingender Bestandteil einer modernen politischen Kulturforschung sein muss. Die Gerechtigkeitsforschung kann diesen Beitrag leisten, indem sie als verbindendes Element zwischen politischer Kulturforschung und Wahlforschung tritt. Wenn die Vorstellung über Gerechtigkeit ein handlungsrelevantes Konstrukt ist, kann eine politische Kulturforschung sie nicht ignorieren. Mit Blick auf die unterschiedlichen Wählerschaften in Ost- und Westdeutschland konnte außerdem gezeigt werden, dass unterschiedliche Vorstellungen von Gerechtigkeit die

Differenzen zwischen beiden Landesteilen erklären könnten. Immer noch dominieren zwei verschiedene Muster von Gerechtigkeitsvorstellungen das ideologische Denken der Menschen in Deutschland. Die klassischen Modelle der Wahlsoziologie können die Differenzen teilweise nicht erklären (vgl. Kapitel 3.1.). Mit Blick auf die Ergebnisse dieser Arbeit kann zwar auch keine endgültige Antwort auf die Frage der unterschiedlichen Wählerschaften in Deutschland gegeben werden. Sie liefern allerdings deutliche Anzeichen dafür, dass (kombinierte) Vorstellungen von Gerechtigkeit zur Erklärung beitragen können und von daher insbesondere mit Blick auf das wiedervereinte Deutschland Bestandteil auch in der Wahlsoziologie sein müssen.

Zukünftige Forschungsanstrengungen innerhalb der politischen Kulturforschung müssen Aspekte der Gerechtigkeitsforschung stärker in das Blickfeld ihres Interesses richten. Nur so gelingt es, den interdisziplinären Charakter der Gerechtigkeitsforschung zu verwirklichen, und die wissenschaftliche Aussagefähigkeit der politischen Kulturforschung zu bereichern. Dabei bieten sich quantitative und qualitative Methoden gleichermaßen an. Grundlegend muss bedacht werden: Träger der politischen Kultur eines Landes oder einer Institution sind immer Menschen. Selbst Karl Rohe hat in dieser Hinsicht seine Meinung in späteren Veröffentlichungen geändert (vgl. Rohe 1994). Die repräsentative Befragung dieser Träger von politischer Kultur bietet die einzige Möglichkeit *objektiv* zu ermitteln, wie sich politische Kultur in den Köpfen ihrer Träger äußert und welchen Stellenwert Gerechtigkeitsvorstellungen einnehmen. Das – und nur das – was durch eine repräsentative Auswahl von Menschen geäußert wird, kann zur Beschreibung der politischen Kultur herangezogen werden. Ziel einer politischen Kulturforschung kann es daher nicht sein *Qualitäten* von Kulturen zu ermitteln, wie dies etwa Karl Rohe vorschlägt. Vielmehr muss es darum gehen nicht nur Differenzen zwischen Kulturen zu beschreiben, sondern auch mit Blick auf Individuen Differenzen zu ermitteln. Dazu ist eine Analyse auf der Individualebene nicht nur notwendig, sondern die einzige Möglichkeit an den Kern der politischen Kultur zu gelangen. Wenn wie Karl Rohe sagt, die politische Kultur einen Prozess darstellt, der durch Deutungskulturen geprägt wird, muss ein Ziel der politischen Kulturforschung darin bestehen diesen Prozess dort zu messen, wo er seine Wirkung entfaltet: in den Köpfen der Menschen. Die Frage, ob nun mehr kulturelle oder politische Aspekte in einer politischen Kulturforschung beachtet werden sollen, darf sich aus wissenschaftlicher Sicht gar nicht erst stellen. Nicht der Beobachter entscheidet, was politische Kultur ist.

8. Literatur

- Alemann von, Ulrich (1999). Die SPD; in: Niedermayer, Oskar (Hg.) Die Parteien nach der Bundestagswahl 1998; Opladen: Leske + Budrich, S. 37-63.
- Almond, Gabriel Abraham (1980). The civic culture revisited; Newbury Park: Sage.
- Almond, Gabriel Abraham und Sidney Verba (1963). The Civic Culture. Political Attitudes and Democracy in Five Nations; Princeton New Jersey: Princeton University Press.
- Andersen, Uwe und Wichard Woyke (1997). Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland; Opladen: Leske + Budrich.
- Arts, Will/Piet Hermkens und Peter Van Wijck (1995). Anomie, Distributive Justice and Dissatisfaction with Material Well-Being in Eastern Europe; in: International Journal of Comparative Sociology (34), S. 1-16.
- Arzheimer, Kai und Jürgen W. Falter (1998). Annäherung durch Wandel? Das Wahlverhalten bei der Bundestagswahl 1998 in Ost-West-Perspektive; in: Aus Politik und Zeitgeschichte 48 S. 33-43.
- Axelrod, Robert (1995). Die Evolution der Kooperation; München: Oldenbourg Verlag.
- Becker, Rolf (2001). Das Paradox der Wahlbeteiligung, das keines ist. Eine theoretische Rekonstruktion und empirische Anwendung des Ansatzes von Downs aus der Perspektive der Theorie subjektiver Werterwartung; in: Klingelmann, Hans-Dieter und Max Kaase (Hg.) Wahlen und Wähler; Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S. 553-599.
- Berg-Schlosser, Dirk (1999). Politische Kultur-Forschung - Rückblick und Ausblick; in: Habert, Othmar Nikola und Tobias Korenke (Hg.) Politische Deutungskulturen. Festschrift für Karl Rohe; Baden-Baden: Nomos, S. 77-92.
- Berg-Schlosser, Dirk und Ralf Rytlewski (1993). Political Culture in Germany: A Paradigmatic Case; in: Berg-Schlosser, Dirk und Ralf Rytlewski (Hg.) Political Culture in Germany; London: Macmillan Press, S. 3-13.
- Berg-Schlosser, Dirk und Jakob Schissler (1987a). Politische Kultur in Deutschland; Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Berg-Schlosser, Dirk und Jakob Schissler (1987b). Politische Kultur in Deutschland. Forschungsstand, Methoden und Rahmenbedingungen; in: Berg-Schlosser, Dirk und Jakob Schissler (Hg.) Politische Kultur in Deutschland. Bilanz und Perspektiven der Forschung; Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 11-27.
- Beyme, Klaus von (1972). Die politischen Theorien der Gegenwart: Eine Einführung; München: Piper.

- Brunner, Wolfram und Dieter Walz (1998). Totgesagte leben länger - aber wie lange ganz genau? Zur Situation der PDS im Wahljahr '98 und darüber hinaus; in: Pickel, Susanne/Gert Pickel und Dieter Walz (Hg.) Politische Einheit - kultureller Zwiespalt? Die Erklärung politischer und demokratischer Einstellungen in Ostdeutschland vor der Bundestagswahl 1998; Frankfurt am Main: Peter Lang, S. 81-96.
- Brunner, Wolfram und Dieter Walz (2000). Zwischen Parteiidentifikation, Kandidatenbewertung und Issueorientierung. Bestimmungsfaktoren der Wahlentscheidung 1998.; in: Pickel, Gert/Dieter Walz und Wolfram Brunner (Hg.) Deutschland nach den Wahlen. Befunde zur Bundestagswahl 1998 und zur Zukunft des deutschen Parteiensystems; Opladen: Leske+Budrich, S. 101-109.
- Campbell, Angus (1960). The American Voter; New York: John Wiley & Sons, Inc.
- Campbell, Angus/Gerald Gurin und Warren E. Miller (1954). The Voter Decides; Chicago: Row, Peterson.
- Dalton, Russel J. und Wilhelm Bürklin (1995). The two German Electorates: The Social Bases of the Vote in 1990 and 1994; in: German Politics and Society (13), S. 75-99.
- Douglas, Mary (1978). Cultural Bias; London: Royal Anthropological Institute of Great Britain and Ireland.
- Douglas, Mary (1982). Essays in the sociology of perception; London: Routledge and Kegan Paul.
- Downs, Anthony (1968). Ökonomische Theorie der Demokratie; Tübingen: J. C. B. Mohr (Paul Siebeck).
- Durkheim, Emile (1992). Über soziale Arbeitsteilung: Studie über die Organisation höherer Gesellschaften; Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Easton, David (1975). A Re-Assessment of the Concept of Political Support; in: British Journal of Political Science (5), S. 435-457.
- Easton, David (1979). A systems analysis of political life; Chicago: University of Chicago Press.
- Eith, Ulrich und Gerd Mielke (2000). Die soziale Frage als "neue" Konfliktlinie? Einstellungen zum Wohlfahrtsstaat und zur sozialen Gerechtigkeit und Wahlverhalten bei der Bundestagswahl 1998; in: van Deth, Jan/Hans Rattinger und Edeltraut Roller (Hg.) Die Republik auf dem Weg zur Normalität? Wahlverhalten und politische Einstellungen nach acht Jahren Einheit; Opladen: Leske+Budrich, S. 93-115.
- Elkins, David J. und Richard E. B. Simeon (1978). A Cause in Search of It's Effect, or What Does Political Culture Explain?; in: Comparative Politics 11 (1), S. 127-145.

- Falter, Jürgen W. (1982). Der "Positivismusstreit" in der amerikanischen Politikwissenschaft : Entstehung, Ablauf und Resultate der sogenannten Behavioralismus-Kontroverse in den Vereinigten Staaten 1945 - 1975; Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Falter, Jürgen W./Harald Schoen und Claudio Caballero (2000). Dreißig Jahre danach: Zur Validierung des Konzepts "Parteiidentifikation" in der Bundesrepublik; in: Klein, Markus/Wolfgang Jagodzinski/Ekkehard Mochmann und Dieter Ohr (Hg.) 50 Jahre empirische Wahlforschung in Deutschland. Entwicklungen, Befunde, Perspektiven, Daten; Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S. 235-272.
- Falter, Jürgen W./Siegfried Schumann und Jürgen Winkler (1990). Erklärungsmodelle von Wählerverhalten; in: Aus Politik und Zeitgeschichte (37-38), S. 3-13.
- Gabriel, Oscar W. (1994). Politische Kultur aus der Sicht der empirischen Sozialforschung; in: Niedermayer, Oskar und Klaus von Beyme (Hg.) Politische Kultur in Ost- und Westdeutschland; Berlin: Akademie Verlag, S. 22-43.
- Galkin, Alexander Abramovitch (1986). Herrschaftselite. Politisches Verhalten. Politische Kultur. Zur politischen Soziologie des heutigen Kapitalismus.; Frankfurt am Main: Institut für Marxistische Studien und Forschungen.
- Gerstenberger, Heide (1978). Politische Kultur und Klasseninteressen in der Bundesrepublik Deutschland; in: Brüggemann, Heinz (Hg.) Über den Mangel an politischer Kultur in Deutschland; Berlin: Verlag Klaus Wagenbach, S. 67-84.
- Greiffenhagen, Martin und Sylvia Greiffenhagen (1999). Deutschland und die Zivilgesellschaft; in: Der Bürger im Staat (3), S. 148-153.
- Jann, Werner (1986). Vier Kulturtypen, die alles erklären? Kulturelle und institutionelle Ansätze der neueren Amerikanischen Politikwissenschaft; in: Politische Vierteljahresschrift 27 (4), S. 361-377.
- Jesse, Eckhard (1997). Die Demokratie der Bundesrepublik Deutschland; Baden-Baden: NOMOS Verlagsgesellschaft.
- Key, Vladimir O. (1966). The Responsible Electorate. Rationality in Presidential Voting 1936-1960; Cambridge.
- Kleebaur, Sabine und Stefan Liebig (1991). International Social Justice Project. Documentation and Codebook of the German Study. ISJP-Arbeitsbericht Nr. 8; Berlin: Humboldt Universität zu Berlin.
- Kleebaur, Sabine und Bernd Wegener (1991). Dokumentation 1991. International Social Justice Project: Arbeitsgruppe für die Bundesrepublik Deutschland. ISJP-Arbeitsbericht Nr. 7; Berlin: Humboldt Universität zu Berlin.

- Kluegel, James R. und Eliot R. Smith (1986). *Beliefs About Inequality. Americans' Views about What Is and What Ought to Be*; New York: Aldine de Gruyter.
- Lazarsfeld, Paul F./Bernhard R. Berelson und Hazel Gaudet (1944). *The people`s Choice. How The Voter Make Up His Mind in a Presidential Campaign*; New York: Columbia University Press.
- Liebig, Stefan (1997). *Soziale Gerechtigkeitsforschung und Gerechtigkeit in Unternehmen*; München: Rainer Hampp Verlag.
- Liebig, Stefan und Bernd Wegener (1995). Primäre und sekundäre Ideologien: Ein Vergleich von Gerechtigkeitsvorstellungen in Deutschland und den Vereinigten Staaten; in: Müller, Hans-Peter und Bernd Wegener (Hg.) *Soziale Ungleichheit und soziale Gerechtigkeit*; Opladen: Leske + Budrich, S. 265-293.
- Lösche, Peter (1994). *Kleine Geschichte der deutschen Parteien*; Stuttgart: Kohlhammer.
- Minkenbergh, Michael (2000). Im Osten was neues: Die radikale Rechte im Wahljahr 1998; in: Pickel, Gert/Dieter Walz und Wolfram Brunner (Hg.) *Deutschland nach den Wahlen. Befunde zur Bundestagswahl 1998 und zur Zukunft des deutschen Parteiensystems*; Opladen: Leske+Budrich, S. 313-333.
- Montada, Leo (1997). Gerechtigkeitsansprüche und Ungerechtigkeits erleben in den neuen Bundesländern; in: Heinz, Walter R. und Stefan E. Hormuth (Hg.) *Arbeit und Gerechtigkeit im ostdeutschen Transformationsprozeß*; Opladen: S. 231-274.
- Moreau, Patrick (1992). Die PDS: eine postkommunistische Partei.; in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* (1), S. 35-44.
- Mühleisen, Hans-Otto (1996). *Programme der politischen Parteien in Deutschland*; München: Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit München.
- Münch, Richard (1982). *Basale Soziologie: Soziologie der Politik.*; Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Oberreuter, Heinrich/Uwe Kranenpohl/Günter Olzog und Hans-J. Liese (2000). *Die politischen Parteien in Deutschland*; München: Olzog.
- Olli, Eero (1999). Rejection of cultural bias and effects on party preference; in: Thompson, Michael/Gunnar Grendstad und Per Selle (Hg.) *Cultural Theory as Political Science*; London: Routledge, S. 59-75.
- Pappi, Franz Urban (1986). Politische Kultur. Forschungsparadigma, Fragestellung, Untersuchungsmöglichkeiten; in: Kaase, Max (Hg.) *Politische Wissenschaft und Politische Ordnung*; Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 279-292.

- Parsons, Talcott und Edward Albert Shils (1967). *Towards a General Theory of Action*; Cambridge, Mass.: Harvard University Press.
- Pickel, Gert (1998). Und nochmals - Die PDS als Repräsentant der Ostdeutschen? Soziale Benachteiligung und Wahlverhalten in den neuen Bundesländern; in: Pickel, Susanne/Gert Pickel und Dieter Walz (Hg.) *Politische Einheit - kultureller Zwiespalt? Die Erklärung politischer und demokratischer Einstellungen in Ostdeutschland vor der Bundestagswahl 1998*; Frankfurt am Main: Europäischer Verlag der Wissenschaften, S. 97-113.
- Pickel, Gert und Susanne Pickel (2000). Die Abkehr von der Politikverdrossenheit? - Bringt der Regierungswechsel 1998 die Rückkehr des Vertrauens in die Demokratie?; in: Pickel, Gert/Dieter Walz und Wolfram Brunner (Hg.) *Deutschland nach den Wahlen. Befunde zur Bundestagswahl 1998 und zur Zukunft des deutschen Parteiensystems*; S. 165-187.
- Pollack, Detlef und Gert Pickel (2000a). Besonderheiten der politischen Kultur in Ostdeutschland als Erklärungsfaktoren der Bundestagswahl 1998 und die Rückwirkungen der Bundestagswahlen auf die politische Kultur Ostdeutschlands; in: Deth, Jan W. van/Hans Rattinger und Edeltraut Roller (Hg.) *Die Republik auf dem Weg zur Normalität? Wahlverhalten und politische Einstellungen nach acht Jahren Einheit*; Opladen: Leske + Budrich, S. 117-142.
- Pollack, Detlef und Gert Pickel (2000b). Die Bundestagswahl 1998 in Ostdeutschland - Zwei getrennte Elektorate oder nur partielle Abweichungen?; in: Pickel, Gert/Dieter Walz und Wolfram Brunner (Hg.) *Deutschland nach den Wahlen. Befunde zur Bundestagswahl 1998 und zur Zukunft des deutschen Parteiensystems*; Opladen: Leske+Budrich, S. 79-101.
- Pollack, Detlef/Gert Pickel und Jörg Jacobs (1998). Vergleichsmaßstab bleibt der Westen. Soziostrukturelle Benachteiligung als Begründung subjektiver Benachteiligung in Ostdeutschland; in: Pickel, Susanne/Gert Pickel und Dieter Walz (Hg.) *Politische Einheit - kultureller Zwiespalt? Die Erklärung politischer und demokratischer Einstellungen in Ostdeutschland vor der Bundestagswahl 1998*; Frankfurt am Main: Peter Lang, S. 131-157.
- Reichel, Peter (1981a). Politische Kultur; in: Greiffenhagen, Martin/Sylvia Greiffenhagen und Rainer Prätorius (Hg.) *Handwörterbuch zur politischen Kultur der Bundesrepublik Deutschland, Ein Lehr- und Nachschlagewerk*; Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 319-330.

- Reichel, Peter (1981b). Politische Kultur der Bundesrepublik; Opladen: Leske (UTB).
- Rohe, Karl (1987). Politische Kultur und der kulturelle Aspekt politischer Wirklichkeit. Konzeptionelle und typologische Überlegungen zu Gegenstand und Fragestellung; in: Berg-Schlosser, Dirk und Jakob Schissler (Hg.) Politische Kultur in Deutschland. Bilanz und Perspektiven der Forschung; Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 39-48.
- Rohe, Karl (1994). Politische Kultur: Zum Verständnis eines theoretischen Konzepts; in: Niedermayer, Oskar und Klaus von Beyme (Hg.) Politische Kultur in Ost- und Westdeutschland; Berlin: Akademie Verlag, S. 1-24.
- Rohe, Karl und Andrea Dörner (1990). Von der Untertanenkultur zur "Partizipationsrevolution"? Kontinuität und Wandel politischer Kultur in Deutschland; in: Politische Bildung 23 (3), S. 18-33.
- Rokkan, Stein und Seymour Martin Lipset (1967). Cleavage Structures, Party Systems, and Voter Alignments: An Introduction; in: Lipset, Seymour Martin und Stein Rokkan (Hg.) Party Systems and Voter Alignments: Cross-National Perspectives; New York: Free Press, S. 1-64.
- Roth, Dieter (1990). Die Wahlen zur Volkskammer in der DDR. Der Versuch einer Erklärung; in: Politische Vierteljahresschrift (31), S. 369-393.
- Roth, Dieter (2000). Empirische Wahlforschung. Ursprung, Theorien, Instrumente und Methoden; Opladen: Leske + Budrich.
- Seitz, Werner (1997). Die politische Kultur und ihre Beziehung zum Abstimmungsverhalten; Zürich: Realotopia Verlagsgenossenschaft.
- Selle, Per (1991). Culture and the Study of Politics; in: Scandinavian Political Studies 14 (2), S. 97-124.
- Shahla, Hoddein (2001). Der sachlich abwägende Wähler: Zum Stellenwert sachlich-rationaler Motive der Wahlentscheidung im Rahmen des Rational-Choice-Ansatzes; in: Klingelmann, Hans-Dieter und Max Kaase (Hg.) Wahlen und Wähler; Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S. 647-695.
- Simmel, Georg (1989). Aufsätze 1887 bis 1890. Über sociale Differenzierung; Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Stöss, Richard (1996). Die PDS, Geschichte, Organisation, Wähler, Konkurrenten; Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Thompson, Michael/Gunnar Grendstad und Per Selle (1999). Cultural theory as political science; in: Thompson, Michael/Gunnar Grendstad und Per Selle (Hg.) Cultural theory as political science; London: Routledge, S. 1-25.

- Thompson, Michael/Aron Wildavsky und Robert Ellis (1990). *Cultural Theory*; Boulder: Westview Press.
- Thumfart, Alexander (2001). Politische Kultur in Ostdeutschland; in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* (39-40), S. 6-14.
- Thumfart, Alexander (2002). *Die politische Integration Ostdeutschlands*; Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Verba, Sidney (1965). Conclusion: Comparative Political Culture; in: Pye, Lucian W. und Sidney Verba (Hg.) *Political Culture and Political Development*; New York: Princeton, S. 512-560.
- Walz, Dieter und Wolfram Brunner (1997). Das Sein bestimmt das Bewußtsein; in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* (B51), S. 13-19.
- Walz, Dieter und Wolfram Brunner (1998). "It's the economy, stupid!"-Revisited. Die Ostdeutschen als "Bürger zweiter Klasse?" - Benachteiligungsgefühle in Ostdeutschland kurz vor der Bundestagswahl 1998; in: Pickel, Susanne/Gert Pickel und Dieter Walz (Hg.) *Politische Einheit - kultureller Zwiespalt? Die Erklärung politischer und demokratischer Einstellungen in Ostdeutschland vor der Bundestagswahl 1998*; Frankfurt am Main: Europäischer Verlag der Wissenschaften, S. 113-131.
- Wegener, Bernd (1995). Gerechtigkeitstheorie und empirische Gerechtigkeitsforschung; in: Müller, Hans-Peter und Bernd Wegener (Hg.) *Soziale Ungleichheit und soziale Gerechtigkeit*; Opladen: Leske + Budrich., S. 195-218.
- Wegener, Bernd (2002) (*im Erscheinen*). Solidarity, Justice, and Social Change: Germany's Ten Years of Unification; in: Pollack, Detlef/Jörg Jacobs/Olaf Müller und Gert Pickel (Hg.) *Political Culture in Post-Communist Europe: Attitudes in new Democracies*; Adlershot: Ashgate.
- Wegener, Bernd und Stefan Liebig (1993). Eine Grid-Group-Analyse Sozialer Gerechtigkeit. Die neuen und alten Bundesländer im Vergleich; in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* (45), S. 668-690.
- Wegener, Bernd und Stefan Liebig (2000). Is the "Inner Wall" Here To Stay? Justice Ideologies in Unified Germany; in: *Social Justice Research* 13 (2), S. 177-197.
- Wegener, Bernd und Susanne Steinmann (1995). Justice Psychophysics in the Real World: Comparing Income Justice and Income Stratification in East and West Germany; in: Kluegel, James R./David S. Mason und Bernd Wegener (Hg.) *Social Justice and*

Political Change. Political Opinion in Capitalist and Post-Communist States; New York: de Gruyter, S. 151-175.

Williams, Raymond (1983). Innovationen. Über den Prozesscharakter von Literatur und Kultur.; Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.

9. Abbildungsverzeichnis

Abb. 1)	Typen politischer Kultur nach Almond und Verba	11
Abb. 2)	Grid-Group-Schema nach Mary Douglas	24
Abb. 3)	Sozialpsychologisches Modell der Wahlentscheidung nach Campbell	35
Abb. 4)	Die vier Gerechtigkeitsideologien nach Liebig und Wegener	60
Abb. 5)	Konzentration kombinierter Gerechtigkeitsideologien in West- und Ostdeutschland	88
Abb. 6)	Konzentration kombinierter Gerechtigkeitsideologien zwischen 1991 und 2000 in Ost- und Westdeutschland	91
Abb. 7)	Konzentration kombinierter Gerechtigkeitsideologien von CDU/CSU- Identifizierern in West- und Ostdeutschland 1991-2000	96
Abb. 8)	Konzentration kombinierter Gerechtigkeitsideologien von SPD- Identifizierern in West- und Ostdeutschland 1991-2000	99
Abb. 9)	Konzentration kombinierter Gerechtigkeitsideologien von Bündnis 90/GRÜNE-Identifizierern in Deutschland 1991-2000	103
Abb. 10)	Konzentration kombinierter Gerechtigkeitsideologien von PDS-Identifizierern in Deutschland 1991-2000	104
Abb. 11)	Konzentration kombinierter Gerechtigkeitsideologien von Nichtidentifizierern in West- und Ostdeutschland 1991-2000	106

10. Tabellenverzeichnis

Tabelle 1)	Konfliktlinien nach Lipset und Rokkan	33
Tabelle 2)	Das Wahlergebnis 1994 und 1998 in Ost- und Westdeutschland. Angaben in Prozent	45
Tabelle 3)	Verteilung der auswertbaren Datensätze auf die drei Wellen des ISJP	65
Tabelle 4)	Fragetext und Variablen zur Bestimmung der Gerechtigkeitsideologien	66
Tabelle 5)	Parteiidentifikation in Deutschland 1991-2000, Angaben in Prozent	68
Tabelle 6)	Rotierte Faktormatrix der Gerechtigkeitsideologien, ISJP 1991-2000	75
Tabelle 7)	Korrelation zwischen Gerechtigkeitsideologien	76
Tabelle 8)	„Reine“- und Mischtypen der Gerechtigkeitsideologien. Anteile in Prozent	77
Tabelle 9)	Logistische Regression: Parteiidentifikation und Gerechtigkeitsideologien in Ost- und Westdeutschland (CDU/CSU, SPD und keine Parteiidentifikation)	80
Tabelle 10)	Logistische Regression: Parteiidentifikation und Gerechtigkeitsideologien in Ost- und Westdeutschland (Bündnis 90/GRÜNE und PDS)	83